

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 22. Oktober 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumeration: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Bekanntmachungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (hellgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Katholische Streifbretter-Mission.

Wenn ein Streifbretter, der eine Streifarbeit aufnimmt, weil er Hunger hat, kein Verräter ist, so wird auch der kein Verräter sein, der den Hungernden die Gelegenheit bietet, Arbeit zu finden, auch dann, wenn zufälligerweise diese Arbeit aufgegeben wurde von Leuten, die der Hunger nicht in gleichem Maße drückt. Mit dieser Logik, die sicher den vollen Weisheit der Arbeiterpresse findet, verteidigte ein katholischer Theologe Longo in der Turiner „Unione professionale“ die schmachvolle Streifbretterbegünstigung der italienischen bischöflichen Auswanderermission (Opera di assistenza) und ihres in Freiburg i. B. erscheinenden Organs „Patria“, als deren Treiben von der bürgerlichen Presse Italiens, vornehmlich von Giolitti römischer „Tribuna“, aufgedeckt und gebremst wurde. Das Verhalten der bischöflichen Auswanderermission war allerdings schon zum öffentlichen Skandal geworden; die italienische Kammer hatte sich bereits infolge einer Interpellation Cabrinis, der das Verhalten des Konjuls Rohling in Saarbrücken beim dortigen Maurerstreik zur Sprache brachte, mit ihr beschäftigt und die Gemeindebehörden und Presse der Provinz Udine verwahrten sich öffentlich gegen den durch italienische Streifbretterhanden der Ehre ihrer Heimat angetanen Schimpf. Da brachte die „Tribuna“ aus der Feder ihres Berliner Korrespondenten einen von großer Sachkenntnis zeugenden Artikel, der vor allem auf den Zusammenhang der belagerten Streifbrettererei mit der Tätigkeit der Ponomelli'schen Auswanderermission und ihrer „Patria“ hinwies und ein Einschreiten der Regierung gegen diese verlangte, um die Ehre des italienischen Namens und die wirklichen Interessen der Wanderarbeiter zu schützen.

Die Auswandererkommission ist ein 1902 begründetes kirchliches Unternehmen unter der Leitung der Bischöfe Ponomelli und Scalabrini, das den Zweck verfolgt, den italienischen Wanderarbeitern im Auslande religiösen und rechtlichen Schutz zu gewähren. Hierzu unterhält die Mission in den einzelnen Ländern zahlreiche Missionare und Sekretariate; in Deutschland beträgt die Zahl der letzteren angeblich 31. Die beiden Bischöfe scheinen die Erde unter sich geteilt zu haben, da Ponomelli die kontinentale, Scalabrini die überseeische Auswanderung beherrscht. Ihr deutscher Generalagent in Freiburg i. B., Dr. Bernardino Caselli, ist gleichzeitig Redakteur der seit Februar d. J. in italienischer Sprache wöchentlich erscheinenden „Patria“. Die Opera di assistenza erfreut sich trotz reichlicher Mittel aus Vermächtnissen und Stiftungen einer Subvention der italienischen Regierung von 10 000 Lire, die weniger ihrem Bedürfnis nach Staatshilfe, als dem nach staatlicher Anerkennung entspricht. Durch diese Subvention übernimmt aber die italienische Regierung auch ein gutes Teil der Verantwortlichkeit für das Treiben der Mission, und ihre schamlose Streifbretterförderung wird daher noch eindringlicher in der Kammer behandelt werden. Ob die Regierung ernsthaft gegen die Streifbrettermission vorgehen, ihr zum wenigsten die Subvention entziehen wird, ist freilich sehr zu bezweifeln. — Herr Giolitti trägt wenig Verlangen nach dem Ruhm eines Combes, — desto notwendiger aber ist es, die Arbeiterklasse vor den Taten der Ponomelli-Caselli zu warnen. Zeigt doch der wenig erfreuliche Ausgang der schweren Kämpfe von Königsberg und Bremerhaven, die an der Arbeitswilligkeit italienischer Streifbretterkolonnen scheiterten, wie tiefe Schäden ein solches System der Arbeitersache zufügen kann.

Um mehr als Jahresfrist läßt sich der Zusammenhang dieser Auswanderermission mit italienischen Streifbrettern zurück verfolgen. Derselbe Carlo Masazza, der dem Saarbrücker Konjuls Rohling italienische Maurer während des diesjährigen Streiks zuführte, hat bereits im vorigen Jahre Streifbretter nach Mainz vermittelt; ein anderer Angestellter der Mission, der Messprediger Dupi, hielt es für seine Christenpflicht, die Streifbretterkolonnen von Bremerhaven und Rathenow zu besuchen, ihr gutes Verhalten und ihre Einstellung öffentlich zu loben, sie als gute Christen und gute Italiener zu deklarieren und zum Ausdauern zu ermutigen. Mit ruhrender Liebe weiß er sie über ihre armenlichen Verhältnisse hinwegzutragen und sie der Veranschaulichung der deutschen Arbeiter zu empfehlen. Was mögen bloß diese Streifbretter sich dabei gedacht haben?

Dah diese eigenartige Missionstätigkeit der Angestellten der Opera di assistenza nicht deren persönlichem Handeln, sondern der Tendenz des ganzen bischöflichen Unternehmens zu danken sind, beweist die „Patria“ durch fortgesetzte Aufnahme bezahlter Inserate von Firmen, die mit ihren Arbeitern in wirtschaftlichen Kämpfen stehen, nach Arbeitskräften, so aus Gütrow, Pritz, Offenbach, Basel, Waldum usw. Wiederholt wurden durch diese Inserate italienische Maurer, Handlanger und Steinarbeiter, der Verhältnisse unkundig, nach solchen gesperrten Plätzen hingelockt, und nicht immer gelang es den Streikenden, diesen Zugang wieder los zu werden, da die deutsche Polizei die Ankomenden vor jeder „Besichtigung“ zu schützen suchte. Besonders gemeingefährlich wurden die „Patria“-Inserate dadurch, daß sie von der kirchlichen Presse Italiens mit Vorliebe als Unterlage für die Aufstellung eines förmlichen „Deutschen Arbeitsmarktes“ benutzte und so die Streifbrettervermittlung in ein System gebracht wurde. Ein Unternehmen, das von Kirche und Staat förmlich anerkannt wurde, erschien den unwissenden italienischen Arbeitern durchaus vertrauenswürdig, gab ihm doch schließlich selbst die kirchliche Gewerkschaftsbewegung die soziale Weibe, indem der kirchliche Bauhandwerker-Verband die „Patria“ zum offiziellen Organ für seine Mitglieder italienischer Junge erlor. Wer konnte noch Zweifel daran hegen, daß auch der Inseratenteil der „Patria“ nach gewerkschaftlichen Grundsätzen redigiert sei?

Diese Zweifel wurden indes doch wacherufen durch eine Reihe von Veröffentlichungen der beiden Organe der Generalmission der Gewerkschaften Deutschlands („L'Operaio Italiano“ und „Corr.“) sowie des „Grundstein“ des Zentralverbandes der Maurer. Eine Warnung des „L'Operaio Italiano“ beantwortete die „Patria“ mit einem giftigen Artikel gegen die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften, in dem es hieß:

„Lernen wir, welche Sorte von Solidarität und gegenseitiger Liebe die Sozialdemokratie ihre Anhänger lehrt. Sie sagt, die Arbeiter der ganzen Welt mühten nur eine Familie bilden, um vereint den Kapitalismus zu bekämpfen, — aber wir Italiener sollen in Italien bleiben und hungern, um nur ja die Verdauung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter nicht zu stören, welche, die Tatsache mißbrauchend, daß die vorhandenen Arbeitskräfte nicht ausreichen, die Löhne zu fabelhafter Höhe emporzudrücken möchten. Es schmerzt uns, zu sehen, daß es noch so blinde und dumme italienische Arbeiter gibt, die sich in die deutschen sozialdemokratischen Organisationen aufnehmen lassen und sogar besondere italienische Sektionen bilden, ohne zu merken, daß ihre Handeln nichts anderes bezweckt, als eine Organisation zu stärken, die, wenn sie kräftig genug ist, um es ungestraft wagen zu dürfen, sie mit Fußtritten regulieren und über die Brünne jagen wird!“

Einen Erfolg hatte die Kritik der „Patria“-Inserate aber doch aufzuweisen. Die „Patria“ veröffentlichte eine Liste der Streifbretter, um ihre gewerkschaftliche Objektivität wenigstens äußerlich zu legitimieren. Welchen Wert diese Liste hatte, beweist die Tatsache, daß in Nr. 28 der „Patria“ nicht weniger als 35 der in der christlichen „Baugewerkschaft“ und im „Grundstein“ angegebenen Differenzen fehlten, dagegen vor 24 Orten gewarnt wurde, in denen die Differenzen längst erledigt waren, sowie daß die Streifliste in 6 Nummern der „Patria“ (26—30) ohne jede Änderung wiederholt wurde. Ob das Verzeichnis richtig war, darauf kam es der „Patria“ eben nicht an; es genügt, sich auf dessen Vorhandensein im Notfalle berufen zu können. Die Namen solcher Orte, für welche im Inseratenteil Arbeitswillige gesucht wurden, fehlten natürlich im Verzeichnis.

In diese harmonische Verbindung gewerkschaftlicher und kapitalistischer Interessen brachte der „Tribuna“-Artikel einen scharfen Mißklang, und der Biederhals, den der Artikel in der gesamten italienischen Presse fand, zwang die Ponomelli-Gruppe zu einer Antwort. Zunächst versuchte sie die undoqueme Kritik durch die Veröffentlichung eines angeblichen Interviews des Bischofs von Cremona (Ponomelli) im kirchlichen Organ von Ancona als sozialdemokratische Macho abzutun. Neue Beschäftigungen und Einzelheiten der Provinzpresse von Udine veranlaßten den „Patria“-Redakteur Dr. Caselli, in der „Tribuna“ selbst das Wort zu nehmen. Er bezeichnete den Berliner „Tribuna“-Korrespondenten als Opfer sozialdemokratischer Fälschung, bezief sich auf seine Streifliste und gab nur zu, daß er einmal ein Inserat aus Gütrow aufgenommen habe, da der Name dieses Ortes in der Streifliste der christlichen Baugewerkschaft versehentlich gefehlt habe. Die „Tribuna“ war harmlos genug, hinzuzufügen: wenn sich die Sache so verhielte, so müsse sie annehmen, daß ihr Korrespondent falsch berichtet worden sei, — ein sehr bedingtes Entgegenkommen, das der „Patria“ gerade gelegen kam, um es zu einem Rechtfertigungs-Wahnsinn für die bürgerliche und christliche Arbeiterpresse Deutschlands zu verwerten. Auch der „Corr. f. Buchdrucker“ wurde mit diesem Nachwort hineingelockt, noch dazu durch die Liebeshörigkeit eines Kollegen, anscheinend eines solchen aus der Patriadruckerei.

Um so größer wurde die Blamage der Ponomelli-Caselli, als der besser unterrichtete „Tribuna“-Korrespondent nachwies, daß das Gütrow-Inserat wiederholt (es erschien 7mal!) aufgenommen wurde, — daß die „Patria“ nach Pritz (während eines Streiks), Offenbach (am Vorabend eines Kampfes), nach Basel und Waldum Streifbretter gesucht habe, und die ganze Tendenz der „Patria“ mit scharfen Strichen als ein dem berechtigten Streben der Gewerkschaften feindliche und den italienischen Auswanderern nachteilige Kennzeichen.

Die Antwort des „Patria“-Redakteurs in der „Tribuna“ (die „Patria“ selbst hätte sich wohlweislich, ein Sterbenswörtchen darüber zu bringen) war ein klassisches Zeugnis jesuitischer Aufzucht. Er erklärte: „In Offenbach war kein Streik, sondern nur eine Aussperrung von Seiten der Arbeitgeber. In Pritz war kein Streik, sondern nur über einen Unternehmer hätte die sozialistische Gewerkschaft die Sperre verhängt. Der Streik in Basel existierte überhaupt nicht. Auch in Waldum war kein Streik und es auch jetzt noch keiner; es handelte sich nur um einen Unternehmer, über den von der sozialistischen Gewerkschaft, — nur einen ganz kleinen und nicht einer deutschen, — die Sperre verhängt wurde.“ Und den Höl Gütrow, den vorher ein Versehen der christlichen „Baugewerkschaft“ veranlaßt haben sollte, führte er diesmal auf die Verichterstattung des „Organs der italienischen Sozialisten in Deutschland“ zurück, das nur über einen Handlangerstreik berichtet habe, während das „Patria“-Inserat sich auf Maurer bezöge. Hierzu sei in Kürze bemerkt, daß der Gütrower Streik als Handlangerstreik begann, die „Patria“ aber schon während dieses Streiks 25 Maurer und Handlanger suchte. Als Ende Juni die Maurer aussperrung hinzukam, verlangte das Inserat sogar 40 Maurer und Handlanger und wurde 7mal bis zum Ende des Kampfes wiederholt. In Pritz hatte der Maurerverband über die Firma Ventivoglio wegen Arbeitseinstellung, veranlaßt durch die Nichtregelung von drei Maurern, die Sperre verhängt; für diese Firma suchte die „Patria“ Arbeitswillige. Im Raingegebiet war die Aussperrung durch Kündigung 14 Tage vorher angedroht; am Vorabend der Aussperrung erschien das „Patria“-Inserat für Offenbach, wo auch kirchliche Maurer ausgesperrt wurden. Von Basel aus warnt die dortige Maurer- und Bauarbeitergewerkschaft vor den „Patria“-Inseraten für 2 Firmen, deren Arbeiter sich im Streik befinden. In Waldum endlich verhängte der deutsche Steinarbeiterverband über die Firma Alderle wegen einer Arbeitseinstellung italienischer Arbeiter die Sperre.

Die als kirchliche Gewerkschaftsorgan anerkannte „Patria“ hält es also mit den Pflichten eines solchen für vereinbar, gesperrten Unternehmern Arbeitskräfte zu vermitteln und sogar ausgesperrten Arbeitern ganze Kolonnen Arbeitswilliger in den Rücken zu schicken. Freilich schreibt sie dies nur in der römischen „Tribuna“; selbst den kirchlichen Gewerkschaftsblättern Deutschlands mag sie eine solche Rechtfertigung nicht anbieten. Die Art und Weise, in der die „Patria“-Redaktion sich über die Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern zu stellen beliebt, illustriert noch eine Bemerkung des ersten Briefes von Dr. Caselli, welche über den Fall

Waldum besagt: „Wir werden eine Erhebung anstellen, und wenn wir die Forderungen der Arbeiter vernünftig finden, dann werden wir ihnen Beistand leisten.“ Augenscheinlich hat die Forderung einer gesicherten 15tägigen Lohnzahlung auf die „Patria“-Redaktion keinen vernünftigen Eindruck hinterlassen, denn sie erkennt in ihrem zweiten Brief den Streik in Waldum als einen solchen nicht an. — Ein kirchlich-kapitalistisches Streifbretterorgan als maßgebliche Instanz für die Anerkennung von Streiks, — welche eine Erfolg verheißende Etappe der christlichen Gewerkschaftsbewegung!

Die Organe der Generalkommission liegen nicht nach, den pfäffischen Humbug nach Gebühr zu kennzeichnen, was zur Folge hatte, daß der topographische „Patria“-Schildersnappe im „Corr. f. Buchdr.“ aufs neue versuchte, die Unbescholtenheit der „Patria“ nachzuweisen. Er gab für deren Mißgriffe ungenügenden Informationen und technischen Umständen die Schuld und schob alles andere auf die politische Gehässigkeit der Gegner. Der gute Mann ahnte nicht, was Dr. Caselli in der „Tribuna“ bereits zugestanden hatte, und geriet so mit der Wahrheit in einen unflöhen Widerspruch.

Der kirchlichen Gewerkschafts- und „Patria“-Skandal begreiflicherweise unbekannt geworden; sie übergeht ihn jetzt mit beharrlichem Schweigen, und besonders findet das dabei am meisten blamierte Organ, die „Baugewerkschaft“, nicht den Mut, sich von der Verbandsgemeinschaft eines Streifbretterorgans los zu sagen. Nur Herrn Giesberts „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ hatte sich unflüchtig mit einer Anempfehlung des „Corr.“ in den Kampf gemischt und läßt nun seine Beser vergeblich auf die Darlegung des Ausgangs dieser Angelegenheit warten. Auch der Vorstand des kirchlichen Verbandes der Bauhandwerker hat noch nichts getan, um das Organ der bischöflichen Auswanderermission von seinen Hochtönen abzusütteln. Es hängt ihm mit kirchlicher Zähigkeit an und er wird die Schande der Mitverantwortung für dessen Treiben nicht los. Wir glauben indes nicht, daß er sich diese Schande allzu sehr zu Herzen nimmt. Wer die Streifbretter von Offen, Köln, Düsseldorf usw. verteidigen konnte, der sitzt auch nicht an dem Verrat der „Patria“.

Zur Psychologie der kirchlichen Gewerkschaftsbewegung liefert indes dieser Zusammenhang mit der Wirksamkeit der katholischen Streifbretter-Mission einen neuen wertvollen Beitrag. Er beweist uns, daß die kirchlichen Gewerkschaften, so oft ihnen auch die Logik des Massenkampfes eine entschiedene gewerkschaftliche Haltung aufdringt, durch tausend kleine Rücksichten vom katholischen Klerus abhängig bleiben und dessen feindsüchtiger und arbeitserfeindlicher Propaganda dienlich gemacht werden. Sie schädigen durch letzteres die Gewerkschaftsinteressen gebührend mehr, als sie denselben in wirtschaftlichen Kämpfen, die meist auch ohne sie und häufig gegen sie ausgetragen werden, nützen. Sie bleiben stets ein unbedenkbarer Faktor, auf den kein Verlaß ist und der seine Waffen ebenso leicht gegen Klassengenossen, als gegen das Unternehmertum richtet.

Es muß deshalb die Aufgabe der Gewerkschaften sein, die rücksichtslosen Arbeitermassen dem mißbräuchlichen Einfluß des Klerus zu entziehen, und das geschieht durch die Ausbreitung der freien Gewerkschaften, die die religiöse Überzeugung ihrer Mitglieder tolerieren, den Klerus aber mit Entschiedenheit bekämpfen, wo er arbeitserfeindlich auftritt, wie die Ponomelli-Caselli'sche Streifbrettervermittlung im Gewande der kirchlichen Mission. Der Gegensatz zwischen den freien und den kirchlichen Gewerkschaften konnte gar nicht wirksamer dargestellt werden, als durch das Eintreten der letzteren für die bischöflichen Mäler des Streifbretters.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Die Lage am Schaho hat sich noch nicht verändert. Noch immer stehen sich die beiden Heere untätig gegenüber. Die Meldung von der Vernichtung zweier japanischer Divisionen hat sich als eine Petersburger Gute herausgestellt, was ja von vornherein zu erwarten war. Die russischen Truppen sollen einige Angriffsversuche gemacht haben, die jedoch ohne Erfolg geblieben sind. Wie lange die Pause dauern wird, ist nicht abzusehen. Auch die russischen Meldungen führen den Stillstand der Operationen auf die beiderseitige totale Ermüdung der Truppen zurück. Oberst Gädke meldet vom 21. aus Kabul, daß für die Nacht zum 21. Oktober anscheinend ein allgemeiner russischer Angriff geplant gewesen sei. Die hochangesehene Meldung des Schaho hätten indes diesen Angriff verhindert. Die Wege und Felder befänden sich noch immer in moralistischem Zustand. Am Abend des 20. Oktober hätte der Regen abermals eingesetzt. Oberst Gädke bestätigt auch, daß die russischen Verluste fürchtbare seien. Einzelne Regimenter zählten nur noch 800 Gewehre. Das Regiment Wiborg, dessen Chef der deutsche Kaiser ist, habe allein an Toten 20 Offiziere und 300 Mann verloren; noch sei kein Ende des grauenvollen Nordens abzusehen.

Nach einem Telegramm aus Schenking vom 19. Oktober, das der New Yorker „Herald“ veröffentlicht, soll General Kuroki an Dysenterie schwer erkrankt sein und im Sterben liegen. Diese Nachricht ist natürlich mit dem größten Skeptizismus aufzunehmen. Sie würde, wenn sie zuträfe, sicherlich schon eine japanische Bestätigung erhalten haben.

Die New Yorker Meldung, daß General Kuroki an Dysenterie erkrankt sei und im Sterben liege, wird nach in London vorliegenden Meldungen aus Tokio als unrichtig bezeichnet.

Petersburg, 21. Oktober. Die Wirschewitsch-Bjedomoski lassen sich von ihrem Korrespondenten in Kabul unter dem gestrigen Datum melden: Auch am zweiten Tage nach der Schlacht herrschte auf der ganzen Front Ruhe. Die russischen Soldaten bleiben in ihren Stellungen, rufen nach den zehn Kampftagen aus und beobachten die Bewegungen des Feindes, der mit Truppenverschiebungen fast beschäftigt zu sein scheint. Nach Aussagen von Belangen bereiten die Japaner den Rückzug vor. Ein am 21. d. M. nachts ein Uhr abgegebenes Telegramm desselben Korrespondenten berichtet, daß in der Nacht des 20. eine Abteilung Freiwilliger unversehens eine japanische Batterie angegriffen, die Bedienungsmannschaften getötet, drei japanische Geschütze erobert und dieselben trotz Gefährdung und Schwierigkeiten ins russische Lager gebracht habe.

Petersburg, 21. Oktober. General Sacharow meldet dem Generalstabe unter dem heutigen Datum: Am 19. Oktober unternahmen unsere Truppen eine verstärkte Reconnoissance, um die Stärke des Feindes südlich vom Dorfe Jyndiapu festzustellen. Die Vorhut des Gegners wurde südwärts gedrängt. Eine japanische Batterie, die das Feuer auf unsere Abteilung eröffnet hatte, wurde zum Schweigen gebracht und zum Rückzuge nach Süden genötigt. — Am 20. Oktober fanden keine Kämpfe statt. Am Morgen erbeuteten unsere Freiwilligen unter dem Schutze des Nebels noch ein japanisches Geschütz mit seinem Prohwagen, das beim Buitomberge zurückgelassen worden war. Ein starkes Gewehrfeuer, das die Japaner eröffneten, war infolge des Nebels unwirksam.

London, 21. Oktober. Aus Tokio von gestern meldet der „Standard“: Die Russen befestigen alle geeigneten Stellungen am Schabeko und Hunho. Man zweifelt hier daran, daß die baltische Flotte wirklich nach Ostasien kommen werde. Die Zeitungen erklären aber, die japanische Flotte werde sich freuen, sie zu empfangen. Die russischen Schiffe im Hafen von Port Arthur seien so zerstört, daß man auf sie keine Rücksicht zu nehmen brauche, selbst wenn Port Arthur bis zum Eintreffen des Ostseegeschwaders noch nicht gefallen sein sollte. Das Hauptinteresse Japans bei der Fahrt dieses Geschwaders liege in der Richtung, daß sie Gelegenheit biete, festzustellen, wie die einzelnen Staaten ihre Neutralität auffassen.

Aus dem Rückzug von Liaojang.

Ueber den Rückzug von Liaojang laufen noch nachträglich von den Kriegskorrespondenten der russischen Zeitungen Berichte ein. Wahrscheinlich ist das Bild, welches der Korrespondent des „Grafydanin“ aus diesem Rückzuge entrollt: „Verwundete, Sterbende und Tote, die düsteren Gestalten der orthodoxen und katholischen Priester, das Getöse der Kanonade, übermüdete und hungrige Offiziere in zerrissenen Kleidern, und dicht daneben — das wilde Lachen der Betrunknen, ein Knallen der Champagnerflaschen, elegante Kosakenröde, unflätige Wiwe und einige den Rückzug mitmachende Dirnen, welche sich anheischig machen, den betrunkenen Leutnants das Geld aus der Tasche zu ziehen.“ Nicht weniger unheimlich klingt die Schilderung des Korrespondenten der „Rusija Wiedomosti“: „Die verwüstete Stadt gleich einem zerstörten Friedhof. Es herrschte eine Totenstille, die nur durch das Getöse der Granaten, welches sich alle 30 bis 40 Sekunden wiederholte, unterbrochen wurde. Ein Schreden durchdrang mich, als ich den Bahnhofsplatz betrat; denn was ich da erblickte, überstieg alle meine Erlebnisse... Ein Zechgelage war in vollem Gange. Wahrscheinlich, wie ein Zechgelage während der Fest nahm es sich aus! Die durch die Granatenplitter verbluteten Leichen, die fast in Schmutz und Blut versunken, lagen dicht neben den Körpern der bewußtlosen Jünger!...“ Von der Unordnung, welche bei dem der Terminologie Marokkain zufolge, „erfolgreichen“ Rückzuge herrschte, erzählt derselbe Korrespondent folgendes: „Alle Wege waren durch Eisenbahnwagen gesperrt. Auf den Bahnhöfen war ein Gedränge von Leuten verschiedenster Professionen, die aus Kengier oder in ihren „Geschäftsangelegenheiten“ herbeigeströmt waren. Aus allen Höhlen und Spelunken von Liaojang waren verdächtige Personen hervorgezogen. Dieses Parasitenheer, welches sich den Krieg zur Erwerbquelle gemacht hatte, brachte nun eine Menge von Hausgeräten, Geschütz und allerhand Kram auf die Bahn, und Wagen, die zum Transport von Proviantvorräten dienen sollten, wurden unbegreiflicherweise mit diesen Nichtigkeiten ausgefüllt. Die Vorräte dagegen wurden aus Mangel an Transportmitteln verbrannt. Es war, als wäre das zu einer Lieblingbeschäftigung geworden: jeden Tag kamen Wagen mit Vorräten an und wurden sofort verbrannt. Komisch wirkte es geradezu, daß, während die Verbrennung der Oberseite einer Eisenbahnbrücke unter großem Pomp vor sich ging — es waren nämlich die ganze Elite des Militärs, alle Ingenieure, von einigen Korrespondenten und Photographen schon ganz abgesehen, anwesend —, man vollständig außer Acht gelassen hatte, eine wichtige von russischen Ingenieuren unlangst erbaute Holzbrücke, die nur eine Werst entfernt lag, abzubrechen...“

Die Durchfahrt der russischen Ostseeflotte

durch die Belte und das Kattegat hat in Dänemark große Aufregung hervorgerufen. Aus Kopenhagen meldet ein Privatkorrespondent unserem Kopenhagener Bruderorgan vom 17. Oktober:

„Ganz Kopenhagen ist auf den Beinen und die Nervosität hat alle ergriffen, am meisten aber den Polizeimeister der Stadt, der als eine Art russischer Konsul auftritt. Die Reisenden, die in großen Scharen in Kopenhagen eingeflogen sind, werden vom Polizeimeister und von sämtlichen Polizisten der Stadt förmlich verhört. Der Hafen ist in Belagerungszustand erklärt. Alle, die ein Boot oder ein Schiff mieten wollen, werden angefragt, wer sie sind, wo sie hin wollen und zu welchem Zweck sie fahren wollen! — Aus Slangen wird vom selben Tage berichtet, daß die Strandbögge Befehl erhalten haben, ununterbrochen Tag und Nacht am Strande auf- und abzugehen. — In Langelandsbelt haben drei Kohlendampfer, zwei deutsche, „Astronom“ und „Martha“, aus Hamburg und ein dänischer, der Flotte Kohlen geliefert.“

Wie unser Bruderorgan weiter mitteilt, wird die gesamte Ostseeflotte gemeinsam nach Gibraltar fahren, sich dort in zwei Abteilungen teilen, wovon die eine, die kleineren Schiffe, durch den Sueskanal geht, also den kürzesten Weg nach dem Osten, der ungefähr 2 1/2 Monate in Anspruch nimmt. Die größeren Schiffe werden den einen halben Monat mehr erfordernden Weg um das Kap der guten Hoffnung einschlagen. Es ist jedoch auch davon die Rede, daß sie die noch längere Fahrt um das Kap Horn machen werden. Wahrscheinlich wird die Flotte ungefähr Mitte Januar in Ostasien ankommen können.

Ferner wird mitgeteilt, daß ein Ingenieur der „Helsingfors Schiffbauerei und Maschinenfabrik“ 50 dänische Arbeiter angeworben hat, die binnen kurzem nach Finnland abreisen sollen, um dort Torpedoboote zu bauen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Oktober.

Wallins Rückzug.

Was alle Hinweise auf Recht und Humanität nicht vermocht haben, das hat der wirtschaftliche Zwang erreicht. Die Wallins-Praxis hat sich in ihrer eigenen Falle schließlich selbst gefangen. Der von uns entfallene Skandal hat schließlich dazu geführt, daß die deutschen Schiffslinien von den russischen Auswanderern boykottiert worden sind. Anrufe, die in Russland, Amerika, England verbreitet wurden, kürzten die russischen Auswanderer und ihre Angehörigen im Auslande über die in Deutschland drohenden Gefahren auf und vieten, daß sie über Liban oder, wenn das nicht ginge, über Siume auswanderten. Damit waren die deutschen Schiffahrtsgesellschaften an ihrem empfindlichsten Punkte getroffen, am Profit. Und nun haben die Herren Wallin und Wiegand plötzlich nach, während sie laut Hieben gegenüber allen Vorstellungen des Gesetzes und der Menschlichkeit, dafür aber durch die von ihnen schonlos korruptierte Presse sorgten, daß kein Wort von ihrer Praxis der Exzessivität, Rätigkeit und Freiheitsverachtung über den Leserkreis der sozialdemokratischen Presse — der sich spät und zögernd auch ein paar vereinzelte bürgerliche Organe angeschlossen — hinausdränge.

Schon in den letzten Tagen hörten wir von der Grenze nachrichten über eine angebliche Milderung des bisherigen rechts- und menschlichkeitswidrigen Verfahrens. Und heute abend verbreitet der offiziöse Telegraph, der bisher sich um die ganze Angelegenheit nicht gekümmert hat, die folgende Meldung:

Stalinspöken, 21. Oktober. Seit gestern werden in Emden, wie die „Identischen Grenzboten“ berichten, auf Grund einer telegraphischen Anweisung der deutschen Schiffahrtsgesellschaften die Auswanderer auch auf alle englischen Schiffskarten zur Beförderung durchgelassen.

Diese Verfügung bedeutet zweifellos eine Milderung der bisherigen geflohenen Freibeuterei. Aber sie beruhigt noch keineswegs. Der Vorrat über die deutschen Schiffahrtsgesellschaften muß beschaffen, aufrecht erhalten und mit aller Strenge durchgeführt werden, so lange nicht die zweifelhafte Gewissheit besteht, daß jeder russische Auswanderer und Flüchtling, auch wenn er keinen Paß hat, ungehindert Deutschland passieren und die Grenze wählen kann, die ihm beliebt. Es muß insbesondere die völkerrechtswidrige Zurücklieferung der Deserteur aufhören, und es muß jedem freistehen, auf seine Kosten nach der Schweiz, nach Paris oder sonst wohin zu fahren.

Wir erziehen die Presse aller Länder, nach wie vor darauf aufmerksam zu machen, daß vorläufig noch keine vollständigen Garantien für die Sicherheit der Fremden bei der Durchfahrt durch Deutschland gegeben sind.

Zugleich haben wir Vorkehrungen getroffen, daß die Praktiken der Schiffahrtsgesellschaften und der ihnen Hilfe leistenden Regierung nach wie vor kontrolliert werden. —

Gegen den Krieg.

Schon längst hatte das internationale sozialistische Bureau und dann in überwältigender Rundgebung der internationale Kongress in Amsterdam die Kriegsgreuel in Ostasien verurteilt und die Menschheit zum Protest aufgerufen gegen die Geschehnisse, die ihren Namen schänden. Nun haben die Meldungen der wahrlich geliebten Schlichtungsgrenze die Menge derer selbst erregt, welche allzu lange in stumpfer Gleichgültigkeit verharrten. So scheint jetzt die Möglichkeit gekommen, sich in machtvoller Appell an die weiteste Öffentlichkeit zu wenden und die Gewissen gegen die Fortdauer des Nordens zu schärfen.

Solche Demonstrationen, auch wenn sie kein unmittelbares Ziel verfolgen, finden starken Widerhall besonders in den romanischen Ländern. Wir haben jüngst den Aufruf, den Jaurès gegen den Krieg erhoben, verzeichnet. Wie dieser jetzt mittelst, hat seine Anforderung vielfache Zustimmung gefunden in Frankreich wie in anderen Ländern. Er glaubt annehmen zu dürfen, daß eine Friedenshandlung, die demnächst in der französischen Kammer unternommen werden soll, große Anhängererschaft haben wird. Es wird zugleich bekannt, daß der jüngst in Toulouse abgehaltene Kongress der radikal und radikal-sozialistischen Partei bereits gleichfalls in ausföhrlicher Resolution sich gegen das ostasiatische Kriegsverbrechen ausgesprochen hat, so daß das sozialdemokratische Vorgehen in der Kammer aus dieser Partei Unterstützung erwarten darf. Ebenso haben die belgische und die italienische Sozialdemokratie sich freudig dem Gedanken angeschlossen, in jeder Weise das Volk gegen die Greuel des Krieges für ihre Beendigung aufzurufen.

Wie wir im „Peuple“, dem Wäffeler Organ der belgischen Sozialdemokratie, lesen, hat in der letzten Sitzung des Generalrats der Partei Jules Destré erklärt, „daß die Sozialisten aller Länder die Pflicht haben, in der Welt den stillen Gedanken der Verurteilung jener entmenschten Schlächtereien zu verbreiten“. Destré forderte unter dem Beifall des Generalrats die belgische Partei auf, „eine große internationale Bewegung der Völker gegen den Krieg einzuleiten“. Große öffentliche Versammlungen sollen in allen bedeutenderen Städten an demselben Abend stattfinden.

Aus Italien hat Andrea Costa, der Veteran der italienischen Sozialdemokratie, an Jaurès die folgenden Zeilen der Zustimmung gerichtet:

„Ihr Aufruf kommt zur denkbar besten Stunde. Da die Regierungen nichts tun, so müssen die Parlamente erwachen und durch die Kraft, die ihnen aus der Zustimmung aller zivilisierten Menschen zufließt, den insamen Menschenschlächtereien ein Ende bereiten.“

Wir befinden uns in Italien in der Wahlbewegung, aber wenn die Wähler uns in das Parlament zurückrufen, so wird der Aufruf gegen den Krieg ein weithin hallendes Echo finden. Mehrere unter uns sind bereits am Werke, in dieser Bewegung der Menschlichkeit die Initiative zu ergreifen.“

In der „Humanité“ wendet sich Jaurès gegen die kritischen Unterlegungen, die wir unserer Mitteilung seines Aufrufs hinzugefügt haben. Er nennt sie „Vorbehalte, die keineswegs berechtigt erscheinen“. So fern es um sie, eine Aktion, der wir vollständigen Beifall zollen, durch Einwurfe irgendwie schwächen zu wollen — das war nicht der Sinn und nicht die Absicht unserer Bemerkungen —, so müssen wir doch ein Wort der Erwidrerung sagen.

Wir haben keinerlei Vorbehalte gemacht zu der Aktion selbst, für die, wie wir nicht zweifeln, in Frankreich der besonders günstige Augenblick gekommen ist. Es liegen auch auf unserer Seite keine „Vorbehalte“ über die Absicht Jaurès vor, wie er annimmt. Wir haben lediglich darauf aufmerksam gemacht, daß die Folgen, die aus einer Friedensvermittlung zwischen Russland und Japan seitens einer oder mehrerer Regierungen entstehen können, keineswegs den Beifall derer haben müssen, welche den Krieg der allgemeinen Empörung zu überliefern gedenken. Wir Sozialdemokraten haben die große Aufgabe, die öffentliche Meinung aufzuwachen gegen die Unmenschlichkeit, aber wir haben — darüber darf keine Täuschung sein — keinen entscheidenden Einfluß auf die Handlungen, welche die Diplomatie daraus entwidelt.

Jaurès allerdings stellt die Frage: „Wer wohl in der Welt könnte nach den verhängnisvollen Folgen des Eingriffs von 1895 und nach den neun Monaten des Krieges, in dem Japan seine Lebenskraft bewiesen, wer wohl könnte ihm seine Stellung als große Nation und die dafür nötigen Garantien verweigern? Russland muß diese Garantien bewilligen, andererseits darf Japan seine Forderungen nicht über das Maß dessen treiben, was als seine Lebensnotwendigkeit und als Bedingung seiner Sicherheit anzusehen ist.“

Weiter spricht Jaurès noch davon, daß infolge des Volksvotestes die Herbeiführung des Friedens sowohl für die kriegführenden Mächte als für die „nicht interessierten Diplomaten“ erleichtert sein wird.

Wir sind der Ansicht, daß in diesen Aeußerungen Jaurès ein starkes Maß Zynismus enthalten ist. Eine nächsterne Beurteilung der internationalen Verhältnisse vermag schwerlich die Zuversicht zu setzen, als sei im Falle einer Friedensvermittlung eine Lösung gesichert, wie sie Jaurès erwartet, wie sie im Interesse des Westens und der Erneuerung des inneren Russlands liegt. Niemand ist im stande mit Sicherheit zu sagen, wie ein Eingreifen der internationalen Diplomatie in den ostasiatischen Streit wirken wird. Im höchsten Maße zweifelhaft aber ist es, daß eine Lösung der Angelegenheit, wie sie die Sozialdemokratie im Interesse der Kultur wünscht, daraus hervorgeht. Bei der Verteilung der Machtverhältnisse in den kapitalistischen Staaten des Erdballes ist die Sozialdemokratie wohl in der Lage, die Ideen der Menschlichkeit und des Friedens laut zu verkünden, aber bisher hat die Diplomatie noch kein den Friedensgedanken reaktionär zu mißbrauchen gewußt. Auf diese Gefahr hinzuweisen hielten

wir für dringend. Es gilt nicht nur, schließlich für den Frieden zu demonstrieren, sondern auch die Mänke der Diplomatie, die nirgendwo „nicht interessiert“ ist, in aller Sorgfalt zu beachten, auf daß wir nicht in die bedauerliche Situation geraten, die Däpieren der eigenen Ideale zu werden.

Der Wahlausruf des italienischen Parteivorstandes.

Rom, den 19. Oktober. (Sig. Ver.) Der heutige „Avanti“ veröffentlicht den Wahlausruf des Parteivorstandes, der gleichzeitig in Hunderttausenden von Exemplaren als Flugblatt verbreitet und in allen Orten Italiens angeschlagen wird. Er hat folgenden Wortlaut:

Genossen! Mitbürger!

Nach den siegreichen Kämpfen der Obstruktion hat vor nunmehr vier Jahren ein feierlicher Urteilspruch der Volkssouveränität die politische Freiheit befestigt und erhöht, so daß sie nunmehr eine unantastbare Errungenschaft geworden ist, nicht durch das Wohlwollen der Regierung, sondern durch deren Unterwerfung unter den Volkswillen. Und wenn trotzdem die Regierung es wagt, die Volksrechte anzutasten, so geschieht das nur in den rücksichtslosen Landes teilen, wo das Proletariat noch unterdrückt und wehrlos ist.

Jetzt ist mit der Regierung ein neuer Appell an das Volk ausgegangen worden durch den Generalstreik, der in seiner bewundernswerten proletarischen Solidarität ein sicheres Zeichen der politischen Reife darstellt. Vergebens sucht jetzt die Gewalt der Regierung, um die Verantwortung der Schuldigen zu verschleiern, nur „künstlich und ohne Grund herausbeschworene Unordnungen“ in dieser großartigen proletarischen Bewegung zu sehen, die ein Akt des souveränen Volkswillens war gegen die systematischen, kraftlosen, ja sogar belohnten Missetaten von Verri bis Candela, von Putignano bis Torre Annunziata, von Suggerra bis Castelluzzo und Sefiri Ponente.

Jedem der Generalstreik durch das Aufeinanderprallen widerstreitender Klasseninteressen die äußerste Linie zeichnet hat, hat er der sozialistischen Partei das Bewußtsein wiedergegeben, daß ihre höchste Kraft und ihr geschichtlicher Daseinsgrund in dem Eringen der Sozialisierung der Produktionsmittel liegt, auf dem offenen Boden des Klassenkampfes, denn die Eroberungen der bürgerlichen Revolution als nicht mehr zu schmälernde Mittel dienen.

Jetzt möge das Volk nun über sein Geschick entscheiden. Vor allem möge es entscheiden zwischen den Interessen und Rechten der großen Mehrheit der von der täglichen Arbeit lebenden und der Tyrannei des Schmarohertums, das durch ungeheure Jölle auf den Lebensmitteln, durch wachsende, jeder Kontrolle entrückte unproduktive Ausgaben die Quellen des Wohlstandes der nationalen Arbeit austrocknet und jede wirtschaftliche und sittliche Fortschritt zeitigende Reform unmöglich macht.

In den letzten vier Jahren — wie auch in den vorhergehenden — hat die Regierung dem Lande keine wirkliche Erleichterung gebracht, nur einige empirische Heilmittelchen, ohne jemals jene Summen zu schaffen, die aus den Versprechungen Wirklichkeit machen konnten und ohne der Verschleuderung der öffentlichen Gelder Einhalt zu tun.

Und so hat heute die Regierung unter den wieder aufgewärmten Wahlversprechungen nur zwei, die deutlich und offen sind: die kostspielige Erhöhung der Polizeimacht — als Mittel gegen die Verelendung des Volkes — und die Unantastbarkeit der Militärausgaben — zum Heile der Schmaroher, die das Staatsbudget auslaugen — jener Militärausgaben, die von 1870 bis heute mehr als 11 000 Millionen verschlungen haben!

Gegen dieses Ministerium, das sich nicht einmal herabwagt an die mehr als 600 Millionen Zinsen für die öffentliche Schuld, wirkt und handelt einzig und allein die fortschreitende Energie der sozialistischen Partei. Nur ihre unermüdete Propaganda, Organisation und Erziehungsarbeit kann die arbeitenden Klassen befähigen, durch die Verminderung der unproduktiven Ausgaben sofortige Erleichterungen und tatsächliche Reformen zu erzwingen, die die volle Entwicklung einer modernen Bourgeoisie zeitigen und so das geschichtliche Werden jener sozialen Ordnung der Gerechtigkeit und des Friedens beschleunigen, die wir Sozialismus nennen.

Die bevorstehenden Wahlen werden eine neue Etappe bezeichnen auf dem Marsch des Proletariates einer neuen höheren Kultur entgegen, aber der sozialistische Ideal leuchtet.

Das Vertrauen des souveränen Volkes wird unserer Partei nicht fehlen. Es wird ins Parlament Vertreter senden, die, stark im Glauben an die Wahrheit und Gerechtigkeit, das Volkwerk der wirtschaftlichen Ausbeutung und unendlichen Verwaltung der öffentlichen Gelder erschüttern werden.

Und unter der Zustimmung des Volkes wird die sozialistische Partei, wie sie die politischen Rechte gegen die Reaktion zu schützen verstand, jetzt auch ihre Kampfesenergie entfalten für die Befreiung von der Ausbeutung und mit verdoppeltem Eifer ihre Pflicht tun im Dienste ihres großen Menschheitsideals.

Das ist die feierliche Verpflichtung, die die Partei auf sich nimmt in diesem entscheidenden Augenblicke und zu der sie sich laut bekant vor dem italienischen Volke.

Es lebe der Sozialismus!

Rom, den 19. Oktober.

Der Parteivorstand.

Deutsches Reich.

Urzeugung von Gottesgnadentum.

Alle Welt lacht über den Kaiser der Sahara, der den Ehrgeiz hat, mit Hilfe seiner Millionen in der Wüste neues Gottesgnadentum zu begründen. Das Prinzip der Monarchie wird sofort für jeden lächerlich, wenn es, der Mythos geschichtlicher Ueberlieferung entkleidet, aus den Wolken dunstiger Vergangenheit heraussteigt und sich in der Gestalt einer modernen Weltanschauung verwickelt, auf genau dieselbe Weise, wie man einen Herringsladen etabliert oder eine Aktien-gesellschaft zu stande bringt. Deshalb, nur deshalb ist Lebaudy I., Kaiser der Sahara, eine Poffenfigur. Die heutige Zeit ist denn doch respektlos genug, um der Urzeugung von Gottesgnadentum in unseren geschäftsmühternen Tagen keine besondere Weihe abzugewinnen. Lebaudy I., der Gottesgnadenmann von gestern, befiht vorläufig nicht die Wunderkraft, monarchische Gefühle zu erzeugen.

Dennoch begibt es sich, daß Herr Lebaudy auch in einem sich für ernsthaft haltenden Blatte, an dem Hauptorgan des preussischen Junkertums, der „Kreuz-Zeitung“, Bewunderer und Nach-eiferer findet. Der Landesausflug von Elshag-Lothringen hat, wie schon mitgeteilt, einen Antrag angenommen, der einmal die Verwandlung der Reichslande in einen selbständigen gleichberechtigten Bundesstaat und zweitens das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht verlangt.

Die „Kreuz-Zeitung“ ist natürlich durchaus gegen die Einföhrung des Reichstags-Wahlrechts, aber auch die Vereinfachung des staatsrechtlichen Ausnahmezustandes und die Schaffung eines gleichberechtigten Bundesstaates scheint ihr schwierig. Denn woher soll man einen Fürsten für den neuen Bundesstaat hernehmen?

Gegenwärtig ist bekanntlich Elshag-Lothringen nicht, wie die deutschen Bundesstaaten, Miteilhaber an der Souveränität des Reiches, sondern als Reichsland lediglich Objekt der Reichsgewalt. Es ist also kein wirklicher Bundesstaat, wenigstens es in vielen Beziehungen wie ein solcher behandelt wird. Aus diesem Grunde hat Elshag-Lothringen auch kein Stimmrecht im Bundesrat;

die von ihm entsendeten Bevollmächtigten nehmen nur an den Beratungen, nicht aber an der Beschlussfassung dieser Körperschaft teil. Die Wünsche nach einer Beilegung dieses Zustandes und nach einer Gleichstellung Elsas-Lothringens mit dem Bundesrate an der Ausübung der Reichsgewalt beteiligten Staaten erscheinen nun zwar an sich begründet, aber ihre Ausführung führt auf schwer überwindliche Schwierigkeiten staatsrechtlicher Natur (?). Dem ihre Vorbedingung ist, daß Elsas-Lothringen zu einem wirklichen Staat umgestaltet wird, also zu einem öffentlichen Verbände, dessen Unabhängigkeit nur durch seine Mitgliedschaft im Reiche und durch die nur nach Maßgabe der für die übrigen Bundesstaaten geltenden Vorschriften der Verfassung beschränkt ist, der also wie diese Mittelhaber an der Reichsgewalt ist und seinen Einfluß auf die Angelegenheiten des Reiches durch seine ausschließliche von ihm zu insinrierenden, vom Kaiser als solchem völlig unabhängigen Vertreter ausübt. Damit wäre die bisherige Ausübung der Landesstaatsgewalt durch den Kaiser oder auch nur im Namen des Kaisers unübertraglich. Es müßte also bei Durchführung der ersten Forderung eine neue Landesstaatsgewalt konstruiert werden, und diese müßte so beschaffen sein, daß sie selbständig an der Reichsgewalt teilnehmen könnte. Da nach Lage der Sache eine republikanische Verfassung für Elsas-Lothringen angeschlossen ist, bliebe nur die Möglichkeit, ihm eine Monarchie einzurichten. Wer soll aber Landesherren werden? Schon diese Frage deutet auch die Schwierigkeiten an, die sich der Erfüllung des ersten Teiles jenes Beschlusses entgegenstellen.

Die „Kreuz-Zeitung“ wünscht also eine Art Kaiser der Sahara in Elsas-Lothringen. Die Reichsländer sollen plötzlich einen „angestammten“ Monarchen kriegen, vielleicht auf dem Wege der Substitution oder der Lotterie. Jemand ein Lebaudy mit Ahnen soll Fürst von Gottes Gnaden in Elsas-Lothringen werden. Und da die Konkurrenz zu groß, fürchtet die „Kreuz-Zeitung“ Schwierigkeiten.

Und scheinen solche Schwierigkeiten gar nicht zu existieren und das Experiment der Gründung eines Sahara-Fürstentums in Deutschland doch gar zu grotesk. Der natürliche Landesherren von Elsas-Lothringen ist längst gefunden: das Volk der Reichsländer selbst!

Von der „besseren Gesellschaft“.

Eine nicht uninteressante Selbstkritik der „besseren Gesellschaft“ wird in der „Allniedrigen Volkszeitung“ geübt. In neuerer Zeit habe in den Kreisen der sogenannten „besseren Gesellschaft“, der höheren Beamten, Offiziere, Ärzte ein beständig sich erhöhender Luxus Oberhand gewonnen, der in bedenklicher, ja verderblicher Weise die deutsche Aufrichtigkeit in manchen Fragen unterdrückt und zahlreiche konventionelle Lügen züchtet. Man vernähme, was das Zentrumblatt im Leben der höheren Zehntausend erschant hat:

Von jedem, der als „Mann von Welt“ zur sogenannten Gesellschaft gerechnet werden will, wird erfordert, daß er zunächst bei seinen Mitgliedern dieser Kreise, zum allerwenigsten bei seinen häufig sehr zahlreichen Amtsgenossen „Versuche schneidet“, die regelmäßig darin bestehen, daß er an einer Reihe von Tagen sich im Landauer durch Stadt und Land herumjage und durch einen betretenen Diener Visitenkarten abwerfen läßt. Wehe demjenigen, der sich diesem lächerlichen gesellschaftlichen Zwange nicht unterwirft! Mögen ihn auch noch so triftige Gründe veranlassen, keinen gefälligen Verkehr zu unterhalten oder doch denselben auf einen kleinen vertrauten Kreis zu beschränken, er kann mit Sicherheit darauf rechnen, von dem allergrößten Teile der „Gesellschaft“ nicht nur nach allen Regeln der Kunst kritisiert, sondern vielfach geradezu geächtet zu werden. Und ein seltenes Glück für ihn ist es, wenn er einen Vorgesetzten gefunden hat, der sich als vernünftig und wahrhaft liberal denkender Mensch von diesem gesellschaftlichen kategorischen Imperativ emanzipiert hat und ihm seine Aussichten auf ein Vorwärtkommen im Verne nicht ein für allemal durch geheime Personalienvermerke etwa der Art: „Vermag nicht gesellschaftlich zu verkehren“ oder „Seine bescheidenen Verhältnisse eignen ihn nicht zur Bekleidung eines höheren Postens“, vernichtet.

Nur wenige haben daher den Wahnwitz, dem drohenden gesellschaftlichen Postkott zu trotzen. Und so wiederholt sich denn jahraus, jahrein im Winter das traurige Schauspiel, daß zahlreiche Menschen der höheren Gesellschaftsklassen heucheln und notgedrungen an gesellschaftlichen Veranstaltungen sich beteiligen, für die es ihnen ebenso sehr an Lust als auch am Gelde mangelt und obwohl sie beständig die damit vergeudete kostbare Zeit innerlich bedauern.

Wie verhält es sich aber mit dem Gewinne, den diese erzwungenen Massen-Vergnügungen den Herrschaften und ihren Gästen verschaffen? Dieser Gewinn steht im umgekehrten Verhältnis zu der großen Mühe und den bedeutenden Kosten, die dafür von der ganzen erwachsenen Familie aufgewendet werden müssen. Denn leere Phrasen, leichte Tisch- und Wallgespräche vermögen dem menschlichen Geiste keine wirkliche Erholung zu verschaffen, und nur zu oft sorgen Neid und Mißgunst, denen der Welt vortrefflich die Zunge zu lösen versteht, für Verbeugung, Verbitterung und auch wohl offene Feindschaft unter den Geladenen.

Aber auch dem menschlichen Körper sind diese endlosen Reizen von in der Regel die halbe Nacht dauernden Festivitäten aller Art nur schädlich! ...

Einweg darum, ruft der Allniedrige Kapuziner, mit diesem von der Unvernunft errichteten laudischen Joche!

Die „Allniedrige Volkszeitung“ predigt gar eindringlich, aber ihr Eifer wird sich nicht mächtiger erweisen als beispielsweise die Erlasse des Kaisers über den Luxus in der Armee. Mamon beherrscht die Zeit und zerlegt die „bessere Gesellschaft“. Müßelze zu einfacheren Sitten zu fordern ist aussichtslos, so lange der müßelose Gewinn des Goldes durch Spekulation und Ausbeutung dauert. Die höchsten Staatsämter sind im alles niedertretenden Kapitalismus zu Vorposten an Bankdirektionen und Aufsichtsratsstellen geworden. „Rach Golde drängt, am Golde hängt doch alles!“

Die Kanalkommission des preussischen Abgeordnetenhauses beschäftigte sich am Freitag mit dem Hochwassfahrweg Berlin-Stettin. Minister v. Budge wies in seinen einleitenden Betrachtungen darauf hin, daß gerade die Dürre des letzten Sommers gezeigt hat, wie viel billiger der Transport zu Wasser als der auf der Eisenbahn sei. Er rechtfertigte bei dieser Gelegenheit, daß keine Kostensanktionen für die Industrie auf der Eisenbahn bewilligt worden seien.

Bei der allgemeinen Beratung wurde vom Minister darauf hingewiesen, daß eine Bewachung des Schiffsens durch den neuen Kanal nicht erfolgen werde, da schon jetzt die englische Kohle ihren Weg nach Berlin über Hamburg nehme. Wenn der neue Kanal gebaut werde, so führe ein Mitglied der Kommission aus, müsse man zum Ausgleich für die Nachteile, die Schiffsens dauernd erleide, günstigere Eisenbahntarife fordern, wie es im Antrage des Grafen Strachwitz geschehen sei. Diese schließliche Kompensationsforderung wird auch von verschiedenen anderen Mitgliedern der Kommission bekräftigt.

Vom Minister wird von neuem darauf hingewiesen, daß die englische Kohle bei guter Elbschiffahrt nach Berlin komme, ohne der schließlichen Kohle in dessen Konkurrenz zu machen. Mit der englischen Einfuhr sei auch die in Schlefien gefestigt; die englische Kohle mache nur infolge ihrer Qualität Konkurrenz; an dem bestehenden Handel wolle man Stettin durch den Kanal einen Anteil sichern.

Geschäftsplan des Abgeordnetenhauses. In den Plenarsitzungen des preussischen Abgeordnetenhauses wird, nach neuerlichen Dispositionen, bald nach dem Zutritt des Plenums eine einwöchige Pause eintreten, wenn der Wunsch der Kanalkommission, zwei ganze Tage für sich zu beanspruchen, erfüllt wird. Am Dienstag (25. d. M.) und Mittwoch (26. d. M.) werden die beiden Interpellationen Träger und Warg (Witbach und Saarbrücken) verhandelt

werden, am Donnerstag, den 27., und Freitag, den 28., soll nur die Kanalkommission tagen.

Kalbe-Nischerleben. Als sozialdemokratischer Kandidat für den Kreis Kalbe-Nischerleben ist, wie uns mitgeteilt wird, von den Parteigenossen des Kreises Genosse Albrecht-Halle in Aussicht genommen worden. Albrecht hat von 1898-1903 den zweiten anhaltischen Wahlkreis vertreten, der 1898 nur mit sehr geringer Mehrheit genommen wurde und im Vorjahre unserer Partei verloren ging.

Ueber die Militär- und Marineforderungen, welche die nächste Reichstagsession bringen soll, wird das Material in den Zeitungen wieder fleißig betrieben. Es ist nichts irgendwie Sicheres über die Pläne der Kriegs- und der Marineverwaltung bekannt, aber man weiß, was außer Zweifel ist, daß in beiden Ressorts die stärksten Reaktionen zu neuen bedeutenden Forderungen bestehen, und so kann man denn einigermaßen aufs Geratewohl vermuten und raten. Die einen glauben an eine bedeutende Erhöhung der Heerespräsenz, man raunt von einer Vorlage von nicht weniger dem 20000 Mann oder gar noch mehr. Die anderen meinen, die Regierung werde die Flottenvermehrung für dringlicher erachten, und andere wiederum sündigen an, daß sowohl starke Heeres- als Flottenvermehrung sicher in Aussicht genommen sei; nur verfolge die Regierung die Taktik, erst den einen Gang in den sicheren Hasen zu bringen, um dann zum andern auszuholen.

Nicht wenig bemerkenswert sind die Erörterungen, welche die „Allniedrige Volkszeitung“ über das Thema macht. In einem Artikel, der dem Blatte aus Berlin zukommt, wird allerlei auf und ab geredet über die Notwendigkeit, sowohl bezüglich der Heeresvermehrung als der Marinevermehrung die mannigfaltigsten Umstände in sorgfältiger Rücksicht zu ziehen und nicht, wie die Draufgänger der Kriegserwartungen wünschen, bestimmungslos alle Forderungen zu bewilligen. Es wird, ähnlich wie wir es bereits getan, darauf verwiesen, daß die Gestaltung der gesamten europäischen Lage einer Armeevermehrung überaus ungünstig sei. Ausland ist auf viele Jahre festgelegt und der Kriegsdienst werde keine leichte Aufgabe haben, seine Forderungen als unbedingt nötig nachzuweisen. Das Zentrumblatt gelangt zu dem Schluß: „Man sieht hieraus, daß es nicht leicht fallen wird, die Notwendigkeit einer Armeevermehrung zu erweisen.“

Also selbst das linksstehende Organ der Zentrumspartei nimmt auch gegenüber einer Armeevermehrung, deren Unmöglichkeit deutlicher denn je ist, keineswegs eine rundweg ablehnende Stellung ein. Herrn v. Einem mag es „nicht leicht fallen“, die Notwendigkeit dieser Forderungen zu beweisen; aber wenn er sich schwere Mühe geben wird — und daran wird es nicht fehlen — dann wird auch das Zentrum sich befehlen lassen.

Noch liebenswürdiger stellt sich das Zentrumblatt zur Flottenvermehrung:

„Die Weltlage ist heute so, daß man für eine Flottenvermehrung augenblicklich mehr Gründe aufzählen könnte als für eine Armeevermehrung. Man denke nur an die Zustände der Hereros und Dönnertotten, den ostasiatischen Krieg, die Seezürungen Amerikas, die marokkanische Frage usw. Geschichtliche Dialektik können daraus eine Menge Material zugunsten einer Flottenvermehrung zusammenstellen.“

Genau erhebt der Artikel auch gegen diese Gründe für die Flottenvermehrung Bedenken und Einwände mancherlei Art: es komme nicht nur auf die Zahl der Kriegsschiffe, sondern auch auf ihre Güte an; bei den Ausgaben für Südwestafrika sei die Kostenfrage sehr zu erwägen; das Deutsche Reich müsse sich entscheiden, ob es in erster Linie überseeische Politik oder kontinentale Politik treiben wolle. Eine erstklassige Armee und eine erstklassige Flotte zugleich könne es auf die Dauer schwer halten u. s. f.

So wägt man bedächtig Gründe und Gegenstände ab, bis man zum guten Schluß gelangt, daß die Forderungen der Regierung selber doch unumgänglich sind und bewilligt werden müssen. Man zieht ein Zehntel ab und verläßt der gläubigen Menge, wie sorgfältig man die Frage geprüft und wie erheblich man auf die Steuerzahler Rücksicht genommen.

Es müßten schon überaus wilde Forderungen von der Regierung in der bevorstehenden Reichstagsession erhoben werden, oder aber es müßten überaus scharfe Proteste aus den Wählerkreisen des Zentrums laut werden lassen, daß die Partei des allerchristlichsten Militarismus es auf einen Militär- oder Marinekonflikt ankommen ließe. Seit 1898, da die Zentrumspartei die Caprivivermehrung ablehnte; ist es militär- und marinefromm geworden. Es beginnt, wenn solche Fragen auftauchen, indem es sich ziert und spröde tut; bald aber wird es handelseins mit der Regierung und eine Hand wäscht die andere.

Die Fälschung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“.

Wir konstatieren in unserer gestrigen Nummer, daß die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ einen von ihr wiedergegebenen Soldatenbrief aus Südwest-Afrika dadurch tendenziös gefälscht habe, daß sie wohl den Text daraus veröffentlichte, der von den angebliehen Versämlungen der gefallenen deutschen Soldaten spricht, dagegen die Stelle unterschlug, in der der Briefschreiber behauptete, daß unsere Truppen keinen Pardon gäben.

Auf unsere Feststellung dieser Fälschung antwortet heute das offiziöse Organ folgendermaßen:

„Der Vorwärts“ hält es für überaus unehelich, daß wir aus dem gestern mitgeteilten Briefe des bei dem Patrouillenritt des Leutnants v. Dönnertausen verwundeten Reiters Wals einen Satz ausgelassen haben, worin dieser über die Mordt der Hereros spricht und seine Ansicht dahin äußert, Gefangene würden nicht gemacht, es werde alles niedergemacht. Wir haben darauf nur zu erwidern, daß wir nur den tatsächlichen Mitteilungen derartiger Briefe einen Wert beimessen können, andere Neuherungen eines einzelnen Reitersmannes aber für völlig gleichgültig für die Öffentlichkeit erachten und es blättern von der stillen Höhe des „Vorwärts“ überlassen, derartig sachlich belanglose Wendungen agitatorisch auszubuten.“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ begeht durch diese Entgegnung eine zweite Fälschung. Sie behauptet, der Briefschreiber habe nur die Ansicht geäußert, daß alles niedergemacht werde. Davon kann aber keine Rede sein, da es in dem Briefe wörtlich heißt:

„Gefangene werden nicht gemacht, es wird alles niedergemacht.“

Diese Behauptungen stingen nicht wie Ansichten über eine künftige Taktik, sondern wie die Verichterstattung über bereits geschehene Ereignisse!

Daß diese Briefstelle der Wahrheit entspricht, haben ja auch wir nicht behauptet. Wir haben nur dargelegt, daß sie mindestens so wahrheitsgetreu klinge, wie die Schilderung von den Verhältnissen der Hereros, deren innere Unwahrscheinlichkeit wir überzeugend nachwiesen.

Trotzdem erklärt heute wieder die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die angeblichen Verhältnisse der Hereros für „tatsächliche Mitteilungen“, während sie die Schilderung des Hunnentums unserer Soldaten zu einer „Ansicht“ stampelt. Diese klägliche Ausrede ist aber nur durch eine neue Fälschung möglich! —

Südwestafrika.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt, daß es unmöglich sei, die für Südwestafrika vorgesehenen Verstärkungen mit einem Male zu verschiden. Die Landungsverbände in Swakopmund und in der Lüderibay seien derartige, daß die Ladung eines Schiffes nur mit den allergrößten Schwierigkeiten gelöst werden könne. Die Landungsverbände seien so schlecht, daß die Ausschiffung einer Kompagnie mit ihrem Zubehör drei Wochen in

Anspruch nehme! Die Transporte müßten deshalb in Pausen von drei Wochen abgehen.

Diese Darstellung des offiziellen Blattes entspricht sicherlich den wirklich vorhandenen Verhältnissen. Die Verhältnisse werden wiederum „höflichweise“ nach Südwestafrika geschickt werden. Diese Verzögerung der Truppentransporte wird die Niederwerfung der Eingeborenen ganz erheblich verzögern und zu einer unabsehbaren Verlängerung des Krieges führen. Die Landungsbeschwerden werden deshalb nicht etwa die Truppenzahl, die nach Südwestafrika geschickt werden wird, verringern, sondern im Gegenteil die Entsendung einer größeren Truppenzahl notwendig machen.

Berlin, 21. Oktober. (Amtliche Meldung.) Militär-

Krankequartier Hermann Köbele ist am 18. Oktober im Lazarett Zivilkolono am Tpphus gestorben. Reiter Albert Martin Kauf, geboren 10. November 1882 in Leipzig, früher Gardebataillon, ist am 19. Oktober im Lazarett Oshandja an Herzschwäche gestorben.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Lueger-Fadelsing im niederösterreichischen Landtag. Wien, 21. Oktober. Niederösterreichischer Landtag. Die Besetzung des Dringlichkeitsantrages Gehmann wird von der Majorität mit lebhaftem Beifall und Entrüstungsrufen gegen die Regierung aufgenommen. Abgeordneter Weisfänger beantragt, den Dringlichkeitsantrag als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen und teilt mit, daß die Statthalterei die Beschwörung gegen das Verbot des Fadelzuges abgewiesen habe. (Lebhafte Pfuirufe.) Der Antrag Weisfänger wird angenommen. Abgeordneter Gehmann begründet hierauf die Dringlichkeit seines Antrages. — Im weiteren Verlaufe der Dringlichkeitsdebatte spricht Abg. Seitz gegen die Dringlichkeit und wird von der Majorität wiederholt unterbrochen. Neben beschäftigt sich mit der Tätigkeit des Bürgermeisters Lueger und sagt, wer dessen Tätigkeit in den letzten Jahren verfolgt habe, dürfe dem psychischen Gutachten, welches die „Arbeiter-Zg.“ nach der Beilegung des Proletariats durch den Ausbruch „Lumpen“ ausgesprochen habe, zustimmen. (Stürmische Pfuirufe.) Der Landtagsmarschall erteilt dem Abgeordneten Seitz eine Ordnungsstrafe und entzieht ihm schließlich das Wort. Abgeordneter Steiner polemisiert heftig gegen die Regierung und wirft ihr vor, daß sie sich vor den Sozialdemokraten untergebe. Statthalter Graf Kielmannsegg verweist auf das wiederholte Verbot von Fadelzügen und ähnlichen Veranstaltungen, wenn Reichstag oder Landtag tagen. Den Arbeitern sei wiederholt untersagt worden, in geschlossenem Zuge mit Fahne und Standarte durch die Straßen zu ziehen. Der Statthalter protestiert dagegen, daß die Regierung einer Partei zuliebe das Verbot erlassen habe. Im weiteren Verlauf der Debatte ruft Abg. Viellohmet dem Abgeordneten Böll zu: „Armengelderdefraudant!“ Abg. Böll erwidert: „Mächsten komme ich mit dem Kolobolter und schieße Sie nieder!“ (Anhaltender großer Lärm und Aufregung.) Der Landtagsmarschall ruft Viellohmet zur Ordnung und unterbricht die Sitzung zur Konstituierung des Bildungsausschusses in der Affäre Viellohmet-Böll. Das Haus nahm den Dringlichkeitsantrag Gehmann, der Regierung seine Billigung auszusprechen, mit den Stimmen der Christlich-Sozialen an.

Frankreich.

Der Anschluß Jevads. Die autonome sozialistische Föderation des Departements Nere bei in einem außerordentlichen Kongress, der in Grenoble tagte, den sozialistischen Abgeordneten Alexander Jevads und seinen Redaktionssekretär für abgeschlossen erklärt. Jevads war bis vor einigen Jahren einer der extremsten Anhänger der Guesdisten, schloß sich dann plötzlich den Jaurèsisten an. Als der Kreisparteitag im Juni d. J. statt seiner den Genossen Martin als Kandidaten für den Generalkongress aufstellte, trat er diesem als Gegenkandidat gegenüber und beschloß in dem Parteitag, das er als Redakteur in der Hand hat, seine bisherigen Parteigenossen. Bezeichnend für die französischen Parteizustände ist der Umstand, daß Jevads trotzdem noch am letzten Sonntag in einer Pariser Versammlung der Handelsangehörigen neben anderen bekannten Genossen als Redner auftreten konnte und in dem Bericht der „Petite Republique“ noch als „Genosse“ bezeichnet wird.

Amerika.

Zur Einwanderungsfrage.

Zwischen China und den Vereinigten Staaten werden Verhandlungen gepflogen über einen neuen Vertrag, die Chineseneinwanderung betreffend. — Eine solche Kunde erregt sofort die Aufmerksamkeit der organisierten Arbeiter, denn dieselben wissen, daß in Kapitalistenkreisen die Meinung besteht, das Verbot der Einwanderung aufzuheben. Die Chinesenfrage ist in Amerika von großer Bedeutung für die Arbeiter, die ihren „standard of life“ (die Höhe der Lebenshaltung) aufrecht erhalten wollen. Am meisten bejagt sind die Staaten an der Küste des Pacific Ozeans, Kalifornien, Oregon und Washington, weil dort die gelbe Menschenflut zuerst hereinbrechen würde. In der Politik des Staates Kalifornien spielte die Chinesenfrage lange Jahre hindurch eine große Rolle. Kein Politiker hatte Aussicht, gewählt zu werden, der sich nicht verpflichtete, gegen die Chineseneinwanderung zu wirken. Im Jahre 1898 wurde zwischen China und den Vereinigten Staaten ein Vertrag abgeschlossen, der die Einwanderung zuließ. Dagegen erhoben sich bald Warnungen und Proteste von Seiten der Amerikaner und in einem neuen Vertrage, 1890, wurde die Einwanderung durch geeignete Bestimmungen erschwert und beschränkt. Diese Beschränkungen genühten nicht, große Massen von Chinesen drangen ins Land und der Vertrag von 1894 brachte das Verbot der Einwanderung mit genau bestimmten Ausnahmen. Dieser Vertrag wurde von Zeit zu Zeit erneuert. Jetzt heißt es, die chinesische Regierung habe dagegen Protest erhoben, daß die Einwanderungs-Behörden zu streng und ungewohnt vorgingen. Chinesische Würdenträger, Studenten und reiche Kaufleute hätten die größten Schwierigkeiten bei der Landung in Amerika zu überwinden. Die amerikanischen Arbeiter kennen den Wert dieser Klagen aus früheren Jahren; sie wissen, daß die schlaunen Chinesen jede Bestimmung in einem Vertrage, die zu ihren Gunsten lautet, auszunutzen wissen, und daß nur rücksichtslose Strenge die chinesische Invasion fernhält. Als es z. B. in einem Vertrage hieß, daß Kaufleute der Eintritt ins Land gewährt sei, ließ die Einwanderung nicht nach, aber alle Einwanderer waren Kaufleute und bezogen sich auf das Zeugnis eines Landmannes im Chinesenquartier von San Francisco oder einer anderen Stadt.

Die Regierung in Washington ist aber geneigt, dem Protest Chinas Gehör zu geben, und im nächsten Dezember soll dem Senat der Entwurf eines neuen Vertrages vorgelegt werden.

Gewerkchaftliches.

Entrüstungsstoff für die „Germania“.

Ein in der Dieberei des „Humboldt“ zu Kall beschäftigter Fernmacher wurde deshalb entlassen, weil er nicht mehr an die „Alleinseligmachende“ glaubt und weil er nach reiflicher Überlegung, ohne von den freien Gewerkschaftlern aufgefordert worden zu sein, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angeschlossen hatte. Solange der Betreffende noch „gut christlich“ war, ist man des Lobes voll gewesen über seine Leistungen und Führung, ja man hat versucht, ihm nahe zu legen, sich nicht durch besonders hohe Leistungen in der Arbeit hervorzuheben, da sonst vielleicht anderer christlicher Streiter in den Augen des Meisters an Wohlwollen einbüße. Zu allem Ueberflus sei noch bemerkt, daß der betreffende Arbeiter durch die Christlichen erst in den Betrieb huffiert worden ist.

Jetzt haben nun die Christlichen so lange auf den Meister eingewirkt und ihm zu verstehen gegeben, daß sie mit einem rüchigen Schaf nicht mehr zusammenarbeiten könnten, bis man nach endlosen

Schlanen endlich die Stirn hatte, dem Rame zu sagen: „Hätten Sie es nicht so gemacht, wäre noch alles beim Alten!“ Hier wird die Duldsamkeit und christliche Nächstenliebe der „Germania“-Schützlinge an einem Beispiel recht trefflich demonstriert.

Berlin und Umgegend. Polizei und Streikposten.

Dieses schier unerschöpfliche Kapitel erfährt bei dem gegenwärtigen Streik in der Metall-Industrie wiederum manche recht drastische Veranschaulichung. Nach dem Ausbruch des festigen Polizeiministers von Puttkamer soll ja hinter jedem Streik die „Hydra der Revolution“ lauern. Und von dieser eilt unerbittlich staatsverhaltendens Ansehung scheint sich die Polizei auch heute noch nicht frei machen zu können. Daher noch heute die Unsumme unverständlicher polizeilicher Maßnahmen gegen streikende Arbeiter, die bei diesen das Gefühl wachrufen müssen, als stelle sich die Polizei bei Streiks und Ausperrungen einseitig in den Dienst des Unternehmertums. Unzählige Eistrierungen von Streikposten sind schon vorgenommen worden, denen dann regelmäßig das Strafmandat auf Grund der „Strafverordnung“ folgt. Selbst die Unterbeamten scheint diese ewige Jagd auf Streikposten schon anzumühen, denn vielfach geben sie bei den Eistrierungen absehlend ihrem Bedauern darüber Ausdruck, daß sie ja nur einem „Befehl von oben“ nachkommen mühten und fügen gewissermaßen ermunternd hinzu, es könne ja nicht den Kopf kosten. Reizend sind es denn auch nur jüngere Schupleute, die teils in strikter „Ausführung des Befehls“, teils in übertriebenem Dienstfeiern mit ausgeführter Schärfe gegen die Streikposten vorgehen, weil sie von dem inneren Wesen der Arbeiterbewegung in der Regel noch keine blasse Ahnung haben. Das Beispiel ihrer Vorgesehten, der Herren Polizeioffiziere, in der bürgerlichen Beurteilung von Streiks ist für sie vorbildlich. Wie derartige Vorbilder aber zu weilen ausfallen, davon legt folgender Vorfall bereites Zeugnis ab:

Geht zu kirchlich ein Streikposten der ausgesperrten Metallarbeiter vor der Fabrik der Firma Krndt u. Markus am Elisabethufer auf und ab. Als er dann einen anscheinend Arbeitstüchtigen in das Gebäude hineingehen sieht, folgte er ihm und machte ihn auf die Aussperrung aufmerksam. Bei der Unterredung stellte sich dann heraus, daß der Arbeitstüchtige gar kein Metallarbeiter war, sondern ein Glaschleifer, deren Organisation sich gegenwärtig ebenfalls im Streik befindet. Beide trennten sich denn auch natürlich in freundschaftlicher Weise. Nun hatte aber der Portier des Hauses gesehen, wie sich die beiden Arbeiter unterhielten, und als getreuer Diener seines Herrn denunzierte er den Metallarbeiter einem daherkommenden Schutzmännchen wegen „Belästigung eines Arbeitstüchtigen“ mit dem Bemerkten: „Arretieren Sie mal den Mann!“ Sofort erfolgte die Eistrierung mit einer Präzision, als gelte es für den Schutzmännchen, einen kategorischen Befehl des Polizeipräsidenten selber auszuführen. Auf der Wache soll nun der Revierleutnant den noch jugendlich aussehenden, zwanzigjährigen Streikposten mit dem militärischen „Adelsschiff“ von oben bis unten gemustert und an die umstehenden Schupleute die Frage gerichtet haben: „Haben Sie diesen Burschen schon öfter gesehen?“ Als sich der Arbeiter die Verzeichnung „Bursche“ höflich aber entschieden verbat, meinte der Herr Leutnant: die Arbeitstüchtigen mühten den Streikposten jedesmal ein paar hinter die Ohren haufen, wenn sie von ihnen angesprochen würden. Damit war der Mann entlassen; sein Strafmandat wird er mit unsehbarer Sicherheit erhalten, obgleich hier von der „Belästigung eines Arbeitstüchtigen“ gar keine Rede sein kann, weil der Angesprochene selbst ein Streikender war. Gleichzeitig wird der Beleidigte aber auch gegen den Leutnant Klage erheben. — Wo sich ein „gebildeter“ Polizeioffizier eine derartige Behandlung eines Streikpostens heranzumimmt, da ist es weiter kein Wunder, wenn auch ein Teil der Unterbeamten sich allerhand Freiheiten gegen Streikposten erlaubt und die Arbeitstüchtigen sich von vornherein zur Ausübung von Gewalttätigkeiten gegen streikende Arbeiter berechtigt glauben. Wehrt sich ein Streikposten dann aber gegen einen auf besonderen polizeilichen Schutz pochtenden gewalttätigen Arbeitstüchtigen, so wird ihm das Recht der Rottwehre nur in den seltensten Fällen zuerkannt. Geschieht es aber wirklich einmal, so wird solch ein Arbeitstüchtiger in der Regel viel milder bestraft als ein Streikposten, der einen Arbeitstüchtigen „auch nur scheinbar“ anfißt.

Die Aussperrung der Möbelmacher. Bisher hat sich nichts ereignet, was die Situation des Kampfes nach der einen oder der anderen Seite veränderte hätte. Die Zahl sowohl der Aussperrten wie der Streikenden nimmt langsam zu. Gestern sind dem Holzarbeiter-Verbande 26 Mitglieder als neu hinzugekommene Aussperrte gemeldet. Die Zahl der aussperrten Betriebe hat sich um drei vermehrt. Auf der anderen Seite fanden auch wieder neue Arbeitseinstellungen statt. Die Tischler der Firma Pfaff sollten Arbeiten der ausständigen Tischler verrichten, sie weigerten sich dessen und legten die Arbeit nieder. Auch die Montagetischler des Pfaffschen Betriebes in der Französischenstraße haben sich gleichfalls ihren streikenden Kollegen angeschlossen. Die in der Tischlerei von Fischer beschäftigten Bildhauer haben zugunsten der ausständigen Tischler die Arbeit niedergelegt. — Bis jetzt ist es nur erst ein Bruchteil der in Frage kommenden Betriebe, der sich an der Aussperrung beteiligt hat.

Die Lage des Klavierarbeiterstreiks ist unverändert. Was die Unternehmer tun werden, nachdem ihre Verlangen, am vergangenen Mittwoch die Arbeit bedingungslos aufzunehmen, von keinem der Streikenden erfüllt wurde, ist noch nicht bekannt. Wie es heißt, soll erst am Montag darüber Beschluß gefaßt werden.

Das Ende des Streiks in der Berliner Zugschleifer-Industrie. Der vier Wochen lang mit rühmten Einnütigkeit der Streikenden durchgeführte Lohnkampf in der Zugschleifer-Industrie ist gestern nachmittags in einer zahlreich besuchten Streikerversammlung für beendet erklärt worden. — Wie der Referent Drauch der Versammlung mitteilte, hat die Vereinigung Berliner chromolithographischer Anstalten als Antwort auf die von der vorigen Streikerversammlung gefaßte Resolution über Anbahnung von Verhandlungen folgenden Beschluß gefaßt, der der Kommission der Streikenden zugestellt wurde:

„Sobald die über der Vereinigung angehörende Fabriken abhängigen Sperrten aufgehoben sind, hebt der Wiederaufnahme Arbeitstüchtiger nichts entgegen, soweit noch unbesetzte Arbeitsplätze vorhanden sind.“

Die Fabrikantenvereinigung hat sich also nicht bereit finden lassen, einen auf annehmbaren Zugeständnissen gegründeten, dauernden und christlichen Frieden mit ihren Arbeiterinnen und Arbeitern zu schließen. Sie will also nichts tun, um der unbeschränkten Ausbeutung der Arbeitskräfte irgend welche Grenze zu setzen. Der Referent führte nun weiter aus, daß in einer größeren Anzahl von Fabriken Streikbrecher und Streikbrecherinnen tätig sind, daß ferner in anderen Fabriken sich Arbeiter und Arbeiterinnen bereit finden lassen, Streikarbeit zu machen, so daß die vom Streik betroffenen Firmen ihre notwendigen Arbeiten fertiggestellt erhalten; daß außerdem die gute Geschäftslage in einigen Wochen vorbei sein werde und daß aus diesem Grund die Lohnkommission in Gemeinschaft mit den Vertrauensleuten nach reiflichen Erwägungen zu dem Entschluß gelangte, der Versammlung zu empfehlen, den Streik abzubrechen. Was zu diesem Entschluß geführt habe, seien nicht etwa finanzielle Bedenken — die verfügbaren Mittel seien durchaus nicht erschöpft, der Streik hätte auch das Zehnfache kosten können. Auch die Haltung der Streikenden sei über allen Tadel erhaben, obgleich sie zum Teil erst seit kurzer Zeit organisiert waren. Wohl aber hätte der Umstand, daß sich eine größere Anzahl von Leuten zu Betrübendienstern an den Streikenden bereit finden lassen, daß unter den so zahlreichen Arbeitern und Arbeiterinnen der Branche noch ein großer Teil unorganisierter vorhanden sei, und schließlich auch die Tatsache, daß die dem Unternehmertum allzu dienstwillige Polizei durch Verfolgung der Streikposten die Aufklärung Arbeitstüchtiger erschwert habe, zu dem ungünstigen Abschluß des Lohnkampfes beigetragen.

Was aber heute den Streikenden nicht gelungen sei, werde später nachgeholt werden. Der Kampf werde abgebrochen, um ihn zu gelegener Zeit und mit besserorganisierten Kräften wieder aufzunehmen. Diejenigen der Streikenden, die vielleicht nicht sofort wieder eingestellt würden, sollten selbstverständlich auch fernerehin von der Organisation ihre Unterstützung erhalten. — Die Versammlung beschloß nach einer Debatte, in der sich mehrere Redner für Fortsetzung des Streiks aussprachen, mit geringer Majorität, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen.

Der Streik der Glaschleifer, Polierer und Beleger. In der Streikerversammlung, die gestern vormittags stattfand, und ebenso zahlreich besucht war wie die zu Beginn des nun in die siebente Woche dauernden Streiks abgehaltenen, teilte Wellisch mit, daß der Zentralvorstand des Glasarbeiterverbandes sich mit den in der vorletzten Streikerversammlung abgeleiteten Vorschlägen über Anbahnung von Verhandlungen mit den Arbeitgebern einverstanden erklärt hat und ersucht die Versammlung, die Streikkommission zu ermächtigen, an diesen Verhandlungen teilzunehmen. Der Redner bemerkte, daß bei den Unternehmern der aufrichtige Wille zum Frieden vorhanden sei und daß es deswegen nicht als ein Zeichen von Schwäche aufgefaßt werden könne, wenn nun die Streikenden die Hand zum Frieden bieten würden, zumal da die Haltung der Streikenden keineswegs erschüttert sei, wofür schon der Umstand zeuge, daß während der langen Dauer des Streiks schließlich nur drei von den Ausständigen abtrünnig geworden seien. Uebrigens bleibe es ja der Versammlung der Streikenden überlassen, über Annahme oder Ablehnung der sich aus den Verhandlungen ergebenden Einigungsvorschläge zu entscheiden, so daß auch in dieser Hinsicht durch das einstimmige Verhalten der Streikenden dafür gesorgt sei, einen ungünstigen Abschluß des Streiks zu vermeiden. — Die Versammlung nahm den Vorschlag des Redners einstimmig an. Da die Verhandlungen bereits eingeleitet sind, kann man nun wohl erwarten, daß es endlich zu einer Einigung kommt. Der Redner machte noch darauf aufmerksam, daß der Streik selbstverständlich unverändert fortbauert, bis die Streikenden selbst ihn für beendet erklären, und fordert die Anwesenden auf, die bisher bewiesene Einmütigkeit und Ausdauer auch bis zum Schluß beizubehalten und sich auch nicht durch die noch immer andauernden Polizeiverfolgungen abhalten zu lassen, streng im Rahmen der gesetzlichen Rechte ihre Pflicht als Streikposten zu erfüllen.

Der Streik der Kohlenarbeiter bei der Firma Kupfer u. Ko. hat keine Ursachen in einer Verlängerung der Arbeitszeit. Im August d. J. hatte sich die Firma nach einmonatlichem Streik schriftlich verpflichtet, die zehnstündige Arbeitszeit bei einem Tageslohn von 3,75 M. einzuführen. Die Inhaber des Geschäftes haben die Verechtigung der Forderung seinerzeit auch anerkannt. Als jedoch bei den anderen Kohlegeschäften nach wie vor noch 11 Stunden für 3,75 M. gearbeitet wurde, wurde am Dienstag morgen auch den Arbeitern von Kupfer u. Ko. das Ansehen gestellt, von nun an 11 Stunden für den gleichen Lohn zu arbeiten, worauf diese nicht eingingen, sondern in den Ausstand traten. Trotz eifriger Mühens hat die Firma Streikbrecher bis dato noch nicht gefunden. Selbst der Anschlag an den Palasttürmen hat verfehlt. Die Firma versucht nun auch noch die Firmen, welche heute noch den zehnstündigen Arbeitstag haben, zu bewegen, ebenfalls davon Abstand zu nehmen und 11 Stunden arbeiten zu lassen. Eine Kohlenfirma hat das strikte abgelehnt. Die Streikenden halten fest zusammen und sind gewillt, den Kampf bis zum endgültigen Siege zu führen.

Deutsches Reich.

Ein schweres Urteil wurde vom Schwurgericht in Gütrow gegen eine Anzahl Arbeiter ausgesprochen, die an einem Straßenbau aus Anlaß der Bauarbeiter-Ausperrung in Rostock beteiligt waren. Angeklagt waren:

1. Arbeiter Karl Pulgam, 2. Arbeiter Hermann Grube, 3. Arbeiter Heinrich Stender, 4. Arbeiter Friedrich Quandt, 5. Arbeiter Wilhelm Warning, 6. Arbeiter Friedrich Stier, 7. Arbeiter Friedrich Eggers, 8. Maurer Karl Schme, 9. Arbeiter Ernst Koeple, 10. Arbeiter Joachim Bülow, 11. Maurer Wilhelm Krüger, 12. Arbeiter Wilhelm Göbbe, 13. Zimmermann Johann Papendro, 14. Arbeiter Heinrich Treisse.
- In Untersuchungshaft befinden sich seit Monaten die Angeklagten Pulgam, Grube, Stender, Quandt und Stier. Als Rädelsführer aufgetreten zu sein, sind angeklagt die Arbeiter Pulgam und Grube.

Die Anklage verweist auf den Kampf im Rostocker Baubereich und erklärt, im Verlauf desselben hätten die Aussperrten die „Arbeitstüchtigen“ auf dem Heimwege „unter Schimpfreden, Anpöbelungen und Mißhandlungen durch die Straßen in Rostock begleitet und verfolgt“. Die Belästigungen sollen nach der Anklage „planmäßig“ erfolgt sein. „Auf dem Zentralbureau der Streikenden wurde die Anweisung gegeben,“ heißt es ferner in der Anklage, „von welchem Bau an den einzelnen Tagen die Arbeitstüchtigen „abgeholt“ werden sollten.“ Nachdem so die Anklage einen „Situationsplan“ gegeben, geht sie zu der direkten Beschuldigung der Angeklagten über.

Am 24. Juni hätte sich eine große Menge der Aussperrten planmäßig zur „Abholung“ der „Arbeitstüchtigen“ von dem Bittschens Bau in Bramow auf der Döberaner Landstraße bei der Steinwürfen bedacht worden, nachdem sie mit Gefahr und Gefahr bei ihrem Erscheinen an jener Stelle begrüßt worden seien. Der ganze Trupp habe die Arbeitstüchtigen eine Strecke begleitet und sei aus ihm heraus geschimpft und mit Steinen geworfen worden. Die Menge sei durch hinzukommende Aussperrte und anderes Publikum auf 100 Mann angewachsen.

Die meisten Angeklagten leugneten nicht, durch Zufall in die Menge geraten zu sein, hielten aber jede Absicht, sich zu einem Landfriedensbruch zu vereinen, in Abrede und betonten namentlich, daß vom Streikbureau alle Gewalttätigkeiten ausdrücklich untersagt gewesen seien.

Das Urteil lautete, wie uns ein Privattelegramm meldet, auf Freispruch für Schme, Koeple, Krüger, Göbbe, Papendro und Treisse. Verurteilt wurden Pulgam, Grube und Quandt zu je 6. Warning zu 4. Stier, Eggers und Bülow zu je 5. Stender zu 8 Monaten Gefängnis. Die Untersuchungshaft wurde aufgehoben.

Die struppellose Aussperrung durch das Unternehmertum büßt also die Rostocker Arbeitererschaft außerdem noch mit 3 Jahren und 9 Monaten Gefängnis!

Eine Aussperrung von 50 Proz. der organisierten Brauereiarbeiter von Rheinland und Westfalen beabsichtigt die Brauereigeheiligen des Bezirks. Eine Vollversammlung in Wülheim an der Ruhr hat den Boykott über die Brauereien Juglang und Bing verhängt, weil diese Brauereien einen von dem Brauereiarbeiterverband vorgelegten Tarif nicht anerkennen wollten. Um den fortwährenden Reibereien ein Ende zu machen und um geregelte Zustände in den Brauereien herbeizuführen, beabsichtigt der Verband in allen in Betracht kommenden Städten mit den Brauereibesitzern Tarifverträge abzuschließen. In vielen Orten ist dieses schon gelungen, doch stieß die Kommission in Wülheim auf Widerstand, den man, wie bemerkt, durch Boykott beseitigen will. Den Brauereien kam es noch weniger auf die Höhe des Lohnes an, als darauf, daß sie durch Abschluß des Tarifvertrages die Arbeiterorganisation anerkennen. Sie wollen den Herren im Hause bleiben, sie wollen nicht in völlige Abhängigkeit von ihren sozialdemokratischen Arbeitern geraten, erklären sie in einem Schreiben, die behaupteten Beschlüsse. Die Verhängung des Boykotts dient dem Boykott-Schutzbund Rheinisch-Westfälischer Brauereien (siehe 70. Bericht) gerade dem Verbande an) als Vorwand, einen Söldner gegen die verhöfete Organisation ihrer Arbeiter zu führen. Sie erlassen eine Erklärung, daß, wenn der Boykott bis zum 27. Oktober nicht aufgehoben ist, die Hälfte sämtlicher organisierten Brauer ausgesperrt wird, um endlich vor der

berufsmäßigen Agitatoren Ruhe zu haben, heißt es so schön in der Erklärung. Die Drohung haben die Unternehmer insoweit schon wahr gemacht, daß sie der Hälfte der Organisierten kündigt. Es soll also die Organisation, die den Herren so un bequem ist, weil dieselbe mit den alten patriarchalischen Zuständen in den Brauereien aufträumt, vernichtet werden. Daß dieser Vernichtungskampf aber auch einen anderen Ausgang als den von den Unternehmern gewünschten haben kann, scheint ihnen nicht einzuleuchten.

Die Säckelsterinnung in Hamburg läßt jetzt ein wahres Schredensregiment aus. Sie hat alle Meister aufgefordert, die ihnen von der Gesellschaftskommission zugestellten Reverses beim Innungsbureau abzuliefern; auch hat sie die Reverses eingefordert. Namen die Meister der Aufforderung nicht nach, so wurden sie in Verzug erklärt und ihnen der Kredit wie die Vieh- und Fleischlieferung unterbunden. Dem Schredensregiment der Innung haben die meisten Meister nicht stand gehalten, sie haben die auf dem Innungsbureau ausgestellten, von derselben Hand geschriebenen Formulare, lauten: „Ich ziehe meine Bewilligung zurück“, unterschrieben und der Lohnkommission der Gesellen zugestellt. — Auf ein ganz originelles Mittel ist die Altonaer Säckelsterinnung verfallen. So sollen die Meister, welche das Plakat ausgehängt haben: „Hier sind die Forderungen der Gesellen bewilligt“, wegen unklarer Wettbewerbserbes belangt werden, falls sie keine Gesellen beschäftigen. — Das sind fast genau die Mittel, die im Berliner Bäckerstreik — nicht gewirkt haben!

Eine Metallarbeiter-Ausperrung in München in Sicht!

In der Maschinenfabrik Raffel in München streiken die Tender-, Maschinenbauer und Winkelschmiede. Herr v. Raffel beabsichtigt nun auf diesen Streik mit einer Aussperrung des Gesamtpersonals zu antworten. Da die Fabrik dem Industriellenverband angehört, ist sogar zu befürchten, daß die Aussperrung auf alle dem Industriellenverband angehörigen Betriebe ausgedehnt wird. In dem Betriebe des Herrn v. Raffel lämen etwa 1300 Arbeiter in Betracht, außerdem noch etwas über 3000 in den übrigen Etablissements der Branche.

Der Fabrik- und Gewerbe-Inspektor Priem und der Vorsitzende des Gewerbegerichts Dr. Brenner sind bemüht, eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen. Ueber den Erfolg der diesbezüglichen Verhandlungen ist noch nichts bekannt.

Ein Telegramm des Wolffschen Bureaus meldet:

Der Ausstand im Raffeischen Eisenwerk beendet.

München, 21. Oktober. Durch Eingreifen des Gewerbegerichts Dr. Brenner wurde heute nachmittags vor dem Gewerbegericht des Einigungsamtes nach fünfstündiger Verhandlung der Ausstand der Arbeiter im Raffeischen Eisenwerk „Hirschau“ beigelegt. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Angriff auf einen Wachtposten.

Rönigsberg, 21. Oktober. (W. T. N.) Am Pulvermagazin Groß-Hirschau ist am Donnerstagabend neun Uhr, wie die „Hartungische Zeitung“ meldet, abermals ein Posten von Stralchen überfallen worden. Er wurde mit Steinen bedorfen und am Gesicht verletzt, konnte aber noch zwei scharfe Schüsse abgeben und dadurch die Wache alarmieren. Die Täter sind entflohen.

Französische Deputiertenkammer.

Paris, 21. Oktober. (W. T. N.) Das Haus ist dicht besetzt. Gauthier (Nationalist) protestiert in längerer Rede gegen die Verlegung der Beratung der von der Minderheit des Hauses eingebrachten Interpellationen. Hieran wird die Beratung der Interpellationen begonnen, welche sich auf die Kirchenpolitik beziehen. De Castellane (Nationalist) hebt hervor, daß Combes mit Delcassé bezüglich des Protektorats über die Christen im Orient nicht einig sei. De Groussau (liberal) wirft Combes vor, daß er durch seine Rede in Luzerne und ohne den Ministerrat zu befragen, Frankreich für die Trennung von Kirche und Staat engagiert habe. Er wirft dem Ministerpräsidenten weiter vor, daß er die Beziehungen zum Vatikan abgebrochen und als Vorwand dazu die Angelegenheit der Bischöfe von Dijon und Labal benützt habe. Die Regierung sei infolge ihrer Weigerung, ein einstweiliges Einvernehmen mit dem Vatikan herzustellen, für die gegenwärtigen Verhältnisse auf Bischofsstühlen verantwortlich. Redner wirft Combes schließlich vor, er wolle eine Nationalkirche gründen. Ministerpräsident Combes erklärt dies für unbegründet. Abbé Cahraud betont, daß alle Katholiken einmütig auf Seite des Papstes stehen.

Deschanel erklärt, die Republik sei in der Lage, das Problem der Trennung von Kirche und Staat zu lösen, aber die Regierung müsse wissen, was sie wolle. Notwendig sei, daß die Regierung einig und bezüglich dessen, was sie beschließen habe, un nachgiebig sei. In einer derartigen Frage müsse die Regierung die Initiative ergreifen. Redner bedauert den religiösen Streit, der einer jeden Partei schade und fügt hinzu, die Interessen Frankreichs dürften durch die Trennung von Kirche und Staat nicht leiden. Man dürfe nicht auf das Protektorat über die Katholiken im Orient verzichten. Auch würde es unpolitisch sein, wenn man das Land glauben mache, es gebe kein anderes Hilfsmittel gegen den religiösen Streit, als die Kündigung des Konkordats. Man solle Frankreich davon überzeugen, daß eine Trennung von Staat und Kirche möglich sei, welche Gewähr bietet sowohl für die Freiheit des Staates als für die der Bekenntnisse. (Beifall auf links.) Hieran wird die Beratung auf morgen vertagt.

Die Brüsseler Judenkonvention.

Brüssel, 21. Oktober. (W. T. N.) Der von der Brüsseler Judenkonferenz eingeleitete ständige Ausschuss hat dieser Tage hier über die Frage beraten, in welchem Umfang die Bestimmungen der Brüsseler Konvention auch auf etwaigen verwehrteten Bedarf Anwendung finden. Diese Frage hat, wie die Blätter melden, nahezu mit Einstimmigkeit eine so befriedigende Lösung gefunden, daß es für wahrscheinlich gehalten wird, daß auf fünf Jahre getroffene Abkommen werde vor seinem Ablaufe verlängert werden. Die nächste Versammlung des Ausschusses soll im April nächsten Jahres abgehalten werden.

Verhaftung eines Desfraudanten.

Wien, 21. Oktober. (W. T. N.) Der wegen Unterschlagung von 235 000 Kronen zum Schaden der Zentralbank deutscher Sparbanken flehentlich verfolgte Bankdirektor Jenner wurde hier in der Wohnung eines Photographen verhaftet.

Friedensbestrebungen des Präsidenten Roosevelts.

Washington, 21. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Präsident Roosevelt wird im Laufe der nächsten Tage die formellen Einladungen an die Mächte abgeben lassen, ihre Vertreter zu einer neuen Friedenskonferenz im Haag zu ernennen und wird gleichzeitig einen Zeitpunkt für deren Zusammenkommen vorschlagen. Staatssekretär Hay hat in der heutigen Kabinettsitzung den Entwurf der Einladung vorgelegt.

Shanghai (Tibet), 20. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die ganze englische Expedition ist nach einem sehr schwierigen und infolge des Schnees ermüdenden Marsch jetzt hier angekommen; viele Leute werden von Schneeblindheit betroffen.

Genossen und Genossinnen Berlins und der Vororte! Sonntag früh 8 Uhr Flugblattverbreitung!

Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur.

Wir machen die Parteigenossen auf die in unserem Parteiverlage erschienenen Gesetze-Führer aufmerksam, in denen die für die Arbeiter wichtigsten Gesetze gemeinverständlich dargestellt sind.

Führer durch das Invaliditätsversicherungsgesetz, durch das Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz, durch das Bau-Unfallversicherungsgesetz, durch das Forst- und Landwirtschafts-Unfallversicherungsgesetz, Preis je 25 Pf.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Freigesprochene sozialdemokratische Flugblattverbreiter.

Von der Anklage eine verbotene „öffentlich bemerkbare Arbeit“ durch Verteilen sozialdemokratischer Wahl-Flugblätter verurteilt zu haben, wurden seinerzeit 32 Parteigenossen vom Landgericht Breslau freigesprochen.

Der erste Strafenat des Kammergerichts verwarf am 20. Oktober die hiergegen eingelegte Revision der Staatsanwaltschaft und führte begründend aus: Allerdings greife das Urteil des Landgerichts in mehrfacher Hinsicht fehl.

Soziales.

Landwirtschaftliche Unfallstatistik.

Die vor etwa dreieinhalb Jahren angeordnete besondere Unfallstatistik für Land- und Forstwirtschaft auf das Jahr 1901 ist, wie berichtet wird, im Reichs-Versicherungsamt fertiggestellt worden.

Willkürliche Lohnabzüge wegen angeblich nicht vollwertiger Leistungsfähigkeit zeitigen am Donnerstag einen interessanten Termin vor dem Gewerbegericht zu Hohagen-Kummelsburg.

nur 50 Pf. Stundenlohn. Jetzt klagte der Geselle beim Gewerbegericht auf Nachzahlung von je 20 Pf. für 173 Arbeitsstunden, sowie Erhaltung der Versäumnislohn.

Aus Industrie und Handel.

Zur Hibernia-Angelegenheit. In Düsseldorf findet heute, am Sonntag, die Generalversammlung der Hibernia-Gesellschaft statt, die erneut über die Verstaatlichungsanfrage der Regierung und die Erhöhung des Aktienkapitals um 8 1/2 Millionen Mark entscheiden soll.

Fortschritte der Arbeiterorganisation. Im deutschen Westen ist nun ein allgemeiner Arbeitgeber-Verband der Eisen- und Stahlindustrie zustande gekommen, der seinen Sitz in Düsseldorf hat und Rheinland (ohne das Saar- und Rostelgebiet), Westfalen, Nassau und Luxemburg umfaßt.

Syndikat der Walzdrahtwerke. Die Verhandlungen in Aöln über die Bildung eines der Walzdrahtwerke, Drahtziehereien und Stahlfabriken umfassenden Verbandes sind nach 3 1/2 tägiger Dauer zu einem vorläufigen Abbruch gekommen.

Ueber die Arbeits- und Produktionsverhältnisse in den südafrikanischen Goldminen liefert ein Bericht des deutschen Generalkonsulats in Kapstadt recht interessantes Material.

Den nachdrücklichen und andauernden Vorstellungen der Minenarbeiter ist es unter diesen Umständen gelungen, den beteiligten Regierungen ihre endgültige Zustimmung zur Durchführung des angeblich einzig wirksamen Mittels gegen die Arbeiternot, der Einführung chinesischer Kulis für die Minenarbeit, abzugewinnen.

Seit kurzer Zeit arbeiten nun neben den Schwarzen auch Chinesen in den Minen. Der Wettbewerb, der dem afrikanischen Eingeborenen vonseiten der gelben Arbeiter droht, scheint gleichwohl den Schwarzen wenig zur Arbeit anzureizen zu haben.

war die Anzahl der eingeborenen Arbeiter niemals höher als bis auf 78 613 gestiegen.

Die Ziffern der Regierungsstatistik stellen die Aufwärtsbewegung der Goldproduktion, die mit Mai 1901 wieder begonnen hat, folgendermaßen dar:

Table with 3 columns: Year (1901, 1902, 1903), Tons (238 004, 1 704 417, 2 955 749), and Pfd. Sterl. (1 014 857, 7 458 998, 12 589 248).

Die höchste Ziffer der Ausbeute vor dem Kriege hatte das Jahr 1898 mit einem Werte von 16 240 690 Pfd. Sterl. aufgewiesen.

Aus der Frauenbewegung.

Weigensee. Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Ulrich, Köllnstr. 20: Mitgliederversammlung.

Sitzung haben Sonnabend:

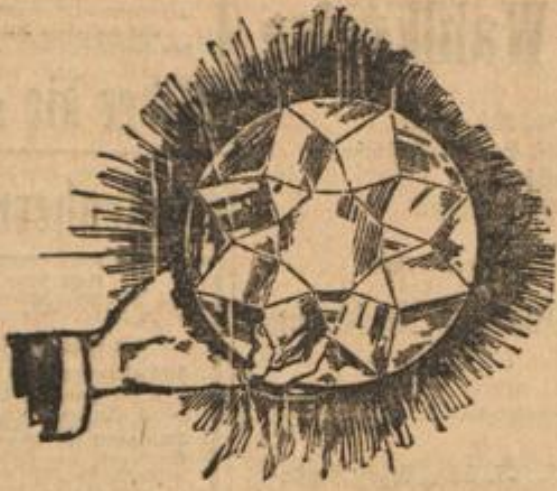
- Deutscher Arbeiterverein Brüssel. Verkehrs- und Vereinslokal Maison du peuple. Arbeiter-Kameradschaft Berlin und der Umgegend. Kenderungen im Vereinslokal...

Briefkasten der Redaktion.

R. 1870. Wenden Sie sich persönlich an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. Sie erfahren so am besten alle näheren Umstände...

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich im Anschluss des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gedruckt: 7 Uhr.



Beeilen Sie sich

wenn Sie eine nie wiederkehrende Gelegenheit benutzen wollen. — Wir offerieren Ihnen

TAIT'S Diamanten

zu einem Preise, der es Jedermann ermöglicht, sich hervorragende Schmucksachen zuzulegen.

Der Versand geschieht ab unserer Adresse:
BERLIN W., Friedrichstr. 169

Zwei Gegenstände werden gegen Voreinsendung von 2.30 Mark franco oder gegen Nachnahme von 2.50 Mk. verschickt. Weniger wie zwei Gegenstände werden nicht verschickt. Wir bitten stets um Angabe mehrerer Nummern, für den Fall, dass wir die eine oder andere, wenn nicht mehr vorhanden, nicht senden können. Nichtkonvenientes wird bereitwilligst kostenlos umgetauscht.

Zum Preise von nur **1 Mk.** pro Stück incl. Fassung

bieten wir eine enorme Auswahl aller Arten Ringe, Ohrgehänge Broschen, Manschettenknöpfe, Cravattennadeln etc.

Machen Sie Ihre Bestellung schleunigst, ehe es zu spät ist.

Tait's American Diamond Palace ≡ Berlin

FRIEDRICH-STR. 169
zwischen Behren- u. Französische Str.

FRIEDRICH-STR. 143
zwischen Dorotheen- u. Georgen-Str.

Bernhard Baer

Telephon
Amt III 1120.

5. Rosenthalerstrasse 5.

Telephon
Amt III 1129.

Parterre und I. Etage

Grosse Auswahl

fertiger Herren-Kleidung



Paletots

dunkel, fein gestreift
30, 28, 26, 24, 22, 20, **18.-**

Sacco-Anzüge

klein gemustert und Cheviots
34, 31, 29, 26, 24, 22, **20.-**

Paletots

Englisch Cheviots, prima Verarbeitung.
40, 38, 35, 33, 30, 28, **25.-**

Gesellschafts-Anzüge

schw. Satin u. Tuchkammgarn
55, 53, 50, 45, 42, 38, **34.-**

In der I. Etage

Special-Abteilung für Anfertigung eleganter Herren-Moden nach Mass.

Täglicher Eingang von englischen und französischen Stoffen.
Neueste Dessins. — Volle Garantie für guten Sitz.

Zentral-Leihhaus

Abteilung
für Damen - Moden

70 Jägerstraße 70

Nur Gelegenheitskäufe!

Capes von 4 Mk. an, Paletots von 3 Mk. an,

Blusen von 1 Mk. an.

Kostüme und Kleider von 7 Mk. an.

Grosse Auswahl von getragenen Sachen zu billigsten Preisen. 789L.

Die seit 1863 bestehende rühmlichst bekannte Firma Louis Gordon, Oranienstr. 42, am Driegenplatz, deren guter Ruf strengste Realität garantiert, hat durch die Neueinrichtung einer grossen **Wah-Abteilung** für „Kostüme“, „Blusen“ und „Wäsche“ einem stets steigenden Bedürfnis seiner geehrten Kundenschaft abgeholfen.

Die im Hause selbst eingerichteten „drei Ateliers“ fertigen unter bewährter Leitung alle **Wah-Bestellungen** „ohne Preiserhöhung“ der sonstigen Lager-Verkaufspreise unter Garantie des tadellosen Eigens nach neuesten Modellen an.

In den Abteilungen für Seiden und Sammete, Kleiderstoffe, Weißwaren, Besätze, Passanterien, Spitzen etc. sind die Ausstellungen für Herbst- und Winterarbeiten eröffnet.

Die Firma gewährt bei Barzahlungen 5 Proz. Rabatt.

1742*

Enorm billig

unübertroffener Eleganz und tadellosem Sitz
empfehlen für 20-40 M. in vornehmster Schneiderarbeit aus feinsten Maßstoffen gef. **Herrenanzüge** und

Paletots

Zurückgesetzte nur vornehme Herren-Garderoben gelangen täglich, auch Sonntag, 8-10 u. 12-2 zum Verkauf.

Herren-Anzüge . . . Maßpreis bis 60 M., jetzt 16-38 M.
Sommer-Paletots . . . Maßpreis bis 50 M., jetzt 16-38 M.
Herren-Hosen . . . Maßpreis bis 21 M., jetzt 7-12 M.

Deutsches Versandhaus

Etablissement für feine Maßschneiderei
Jägerstraße nur 63, 1 Treppe. Hausnummer beachten.

S. Piket,

Herren- und Knaben-Garderoben,
jetzt 44, Prinzenstr. 44, Laden.

Zeige meiner geehrten Kundenschaft hierdurch ergebenst an, dass ich mein Geschäft von Prinzenstr. 77 in die bedeutend vergrößerten Räume

44 Prinzenstr. 44, gegenüber dem alten Geschäft, verlegt habe.

Monats-Garderobe.

Zähne 2 W. Teils, 10jähr. Garantie. Schmerz. Zahnop. 1 R. Plomb. 1 R. Dr. d. v. Schröder. Landbergerstr. 69. (Gold. Medaille.)

Pelz-Waren

alle Neuheiten,
alle Pelzarten
in größter Auswahl

Stolas, Kolliers, Muffen.

Georg Gottmann, Große Frankfurterstr. 130

Gottmann's Spezial-Hut ist der neueste, eleganteste, leichteste haltbarste, billigste Herrenhut der Welt!

Der Falschmünzer-Prozess.

Im großen Falschmünzer-Prozess Gelhaus und Genossen nahm der Vorsitzende Landgerichts-Direktor Kanow die Verhandlung gestern mit der Vernehmung einiger Zeugen wieder auf, die über den Geisteszustand der Angeklagten Lache und Gelhaus Befragungen machen sollen.

Rechtsanwaltschaft beschäftigt

gewesen sei. Lache tritt aus dem Anklageraum heraus und erläutert den Geschworenen die Unterschiede der beiden Arten von Fälschungen. Seine Ausführungen spitzten sich immer wieder dahin zu: Panide habe ihn feinerzeit wegen des Golddiebstahls denunziert und ihn ins Justizhaus gebracht, er solle ihm doch nun einmal ins Gesicht sagen, wer der Lump und Verbrecher ist?

„familiärsich“ behandelt

worden sei. — Der Vorsitzende stellt aus den Großstrolcher Akten fest, daß Lache im Justizhaus einmal in die Zuchthauszelle gebracht worden ist und Handschellen bekommen hat, damit ein Ausbruchsvorfall verhindert werde.

Nachdem dieser Zeuge eine Reihe von Fragen des Oberarztes Dr. Kortum und des Rechtsanwalts Pauke beantwortet hat, folgt die Vernehmung des Gefängnisinspektors Richter. Nach dessen Beobachtungen hat sich Lache im ganzen ruhig und anständig benommen, er ist aber dem Zeugen doch immer etwas angekränkt vorgekommen.

Naturmenschen

sei* und erklärte, nur Weißbrot essen zu können. Er hat gar nicht gearbeitet und viel gelesen, von Religion wollte er nichts wissen, seine Ideen sind mindestens die eines ausgeprägten Anarchisten (1). Er hat zumeist technische Bücher gelesen, er wollte sich offenbar technisch weiter bilden, um später seine gewonnenen Kenntnisse irgendwie zu verwerten.

Dr. Petersen, der Direktor der Landesirrenanstalt in Briesen gibt sein Gutachten dahin ab, daß der Angeklagte Lache während seines Aufenthaltes in der Anstalt zweifellos geisteskrank und das Vorhandensein einer Simulation nicht wahrscheinlich sei. Ein so geisteskranker Mensch wie Lache damals war, sei für jede Handlung unverantwortlich, da er eben unzurechnungsfähig sei.

Verfolgungswahn Sinn gestitten

er ist auch degeneriert, er hat einen außergewöhnlich großen Schädel etc. Auf verschiedene Fragen der Sachverständigen Medizinalräte Dr. Rittenberg und Dr. Leppmann, sowie des Staatsanwalts Dr. Creischmar und des Präsidenten erklärt der Sachverständige, daß der große morphologische Defekt, der bei Lache trotz der Intelligenz bestanden ist, sich seiner Meinung angeboren

sei. — Rechtsanwält Pauke fragt, ob es dem Sachverständigen wahrscheinlich vorkomme, daß ein solcher Mensch, der sich so verhalten hat, wie Lache in Briesen und Briege, seine Krankheit sofort von sich wegwerfen kann, wenn er wieder in Freiheit kommt?

Assistenzarzt Dr. Lehmann von der Anstalt in Briege hat Lache dort speziell in seiner Obhut gehabt. Er schließt sich dem Vorgutachten völlig an: In Briege sei Lache zuweilen geisteskrank gewesen. Wenn Lache auch gelegentlich bezüglich seiner Krankheitserscheinungen übertrieben habe, so beweise dies doch nichts für eine Simulation. Lache sei ein chronischer Kranker und das gelegentliche Zurücktreten der Krankheit in der Freiheit sei nur ein scheinbares und spreche auch nicht für Simulation.

Sorgfältige Prüfung

ob das ganze Verhalten des Kranken den angeblichen Wahnsinn entspricht, ferner durch die Beobachtungen der Wärter etc. — Der Sachverständige hat noch viele Fragen des Vorsitzenden, des Ersten Staatsanwalts und des Rechtsanwalts Pauke zu beantworten. Er glaubt, daß sich Laches Zustand seit seiner Entweichung aus Briege viel eher verschlimmert als verbessert haben dürfte und daß er für seine verbrecherische Tat nicht verantwortlich sei.

Auf Aufforderung des Vorsitzenden lassen sich die Sachverständigen Medizinalrat Dr. Leppmann, Prof. Dr. Straßmann, Oberarzt Dr. Kortum, Professor Dr. Koepfen, Medizinalrat Dr. Rittenberg und die Gerichtsarzte Dr. Hoffmann und Dr. Störmer über die Frage aus, welche Sicherheit die Psychiater gegen Simulationen haben. Sie stimmen in längeren Ausführungen darin überein, daß bei einer dauernden Beobachtung der Kranken das Gutachten der Psychiater doch nicht auf so schwachen Füßen stehe, wie es manchmal erscheinen mag.

außerordentliche Kriterien

Geisteskrankheit und Simulation schließen sich nicht immer aus, im übrigen seien die Fälle wirklicher Simulation außerordentlich selten. Es werden dann noch mehrere Zeugen, wie der Gefängnisarzt Dr. Pflieger, Gefängnisdirektor v. Malgahn, Direktor Reismann-Paderborn, der Leiter des Angeklagten Gelhaus, Lehrer Hoffmann aus dem Posenischen, vernommen. Sie sind auf Antrag des Angeklagten geladen, können aber nichts Wesentliches über eine etwaige Geisteskrankheit desselben bekunden.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Flugblatt-Agitation in den Vororten

erfordert besonders zahlreiche Kräfte, und die Parteigenossen müssen daher

- Sonntag früh
Mann für Mann auf dem Posten sein. Die Verteilung geht in den einzelnen Orten wie folgt vor sich:
Bries: 7 Uhr von den bekannten Lokalen aus.
Friedenau: 8 Uhr von Grube aus.
Lichtenberg: 7 1/2 Uhr von den Bezirkslokalen aus.
Rawow: 8 Uhr von Grünl, Priesterstraße, aus.
Rantow: 7 1/2 Uhr (nicht wie gestern gemeldet, 8 1/2 Uhr).
Treffpunkte: Mierke, Berlinerstr. 52, Adenroth, Röhlenstr. 25, Clemen, Wollanstr. 122, Wolf, Wollanstr. 23, Nieder-Schönhausen: Restaurant Sasse, Hahndammstr.
Rummelsburg: 7 1/2 Uhr: Werner, Schillerstr. 24, Vothe, Kantstraße 88, Jage, Prinz Albertstr. 13/14, Wanger, Neue Prinz Albertstraße 17, Schulz, Goethestr. 11, Tempel, Alt-Vogelagen, Ede Bahnhofsstraße.
Schöneberg: 7 1/2 Uhr in folgenden Lokalen: Ständer, Hohenstaufenstraße 79, Schäling, Aufhäuserstr. 18, Krüger, Vorderstr. 9, Döring, Wertheburgerstr. 7, Obst, Weiningerstr. 8, Doremann, Kaiser-Friedrichstraße 8, Reimer, Hohenfriedbergstr. 28, Hansen, Sedanstr. 60, Welner, Golkenstr. 51, Hoffmann, Magstr. 25 (Ede Ebersstraße), Woll, Sponholzstr. 34.
Stralau: 8 Uhr. Treffpunkt im Lokale von G. Hänisch, Marktgrafenwall 10.
Trepow-Baumschulenweg: 8 Uhr. Treffpunkt für Trepow in folgenden Lokalen: Schmidt, Riebolzstr. 22, und Preuß, Neue Krug-Allee 59; für Baumschulenweg: Rest. Schäfers, Baumschulen- und Grenzstrassen-Ede.
Wilmersdorf: 7 1/2 Uhr. I. und II. Bezirk bei Genosse Veher, Hahndammstr. 88; III, IV, und V. Bezirk bei Salomon, Berlinerstr. 40; VI. Ortsteil Friedenau-Wilmersdorf bei Lieplad, Durlacherstr. 8.
Halensee bei Koleyak, Westfälischestr. 60.
Bries. Heute, Sonnabend, hält der Wahlverein bei Veitge, Chausseestr. 30, sein Stiftungsfest ab. Der Arbeiter-Gefangenverein Bries und der Kadsharer-Verein Kitzdorf wirken mit, außerdem

Auftreten des beliebten Berliner Trio. Entree 20 Pf. Tanz 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

Trepow-Baumschulenweg. Das 8. Gründungsfest findet heute, Sonnabend, in Kiermanns Festhale statt. Der Eintrittspreis ist trotz des reichhaltigen Künstlerprogramms auf nur 40 Pf. festgesetzt. Heute ist kein Zahlabend. Im übrigen finden die Diskussions- und Zahlabende Sonnabends nach dem 1. und 15. statt.

Lokales.

Ein Universalmittel gegen die Unzufriedenheit.

Endlich ist's gefunden, was so lange und so emsig von unseren Geheimräten, Geistlichen und sozialpolitischen Quacksalbern aller Art gesucht worden ist, ein Mittel, jede Unzufriedenheit aus der Welt zu schaffen und damit — das ist ja die Hauptsache — der Sozialdemokratie den Nährboden zu entziehen.

Der Herr Präsident Kranold ist kürzlich aus seinem Amte ausgeschieden und in den Ruhestand getreten. Dies gab den Bahnhofswirten des Bezirks Berlin Veranlassung, ihrem „höchsten Vorgesetzten“ als ein Zeichen der Dankbarkeit und der Verehrung ein Album zu schenken. Eine Deputation der Bahnhofswirte überbrachte dem Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrat Kranold dies Ehrengeschenk und bei dieser Gelegenheit hielt, wie das Organ der Bahnhofswirte berichtet, der „höchste Vorgesetzte“ eine schwingvolle Ansprache an seine „ehemaligen Untergebenen“ (die Bahnhofswirte), denen er stets ein „gerechter und unparteiischer Vorgesetzter“ gewesen sei.

Welch hoffnungreichen Ausblick gewähren uns die Worte des scheidenden Herrn Präsidenten. Wenn die Wagenabteile der Eisenbahnzüge überfüllt sind, wenn namentlich die Reisenden vierter Klasse, trotzdem sie der Eisenbahn das meiste Geld einbringen, jede Bequemlichkeit entbehren müssen, wenn die Reisenden auf den preussischen Eisenbahnen jahrelang vergeblich um eine vernünftige Tarifreform kämpfen, immer ist das beste Mittel, all diese Unzufriedenheit gegen die Eisenbahnverwaltung zu bannen, die Eisenbahn-Restaurierung. Hier wird alles wieder gut gemacht, was dort gefündigt wurde.

Was Schadet's, wenn die arme Proletarierfamilie, die eine sumbenlange Fahrt, womöglich stehend, in einem elenden Kumpellasten, dessen ausgeleertem Rücken den Oberbau des Waggons ständig hin- und hersehleudert, zurückgelegt hat und nun vollständig durchgeschüttelt, ermüdet und mürrisch den Zug verläßt — in der Bahnhofswirtschaft, nachdem ihr einige Beiseite verbracht sind, wandelt sich der Grimm und Kerger in eitel Lust und Freude. Ein anderes Bild: Die Forderung eines Jahrgeldes, der fuchsend dem Zug entsteigt, das Beschwerdebuch vorgelegt zu erhalten, wird mit dem höflichen Ersuchen beantwortet, doch zunächst in die Bahnhofswirtschaft einzutreten. Hier empfängt der freundlichschmelnde Wirt den ausgebrachten Reisenden, führt ihn an das reichgebedeete Büffet; Küche und Keller spenden ihr Bestes — ist es doch ein Reisender I. Klasse und ein Gourmand dazu, den es hier zu befriedigen gilt. Aber der Wirt ist seines Sieges gewiß, und in der Tat, schon nach den ersten Gängen erheitert sich das Gesicht des Jämrenden und am Schlusse des opulenten Mahles ist aller Groll und das heiße Begehren nach dem Beschwerdebuch verschwunden. Alle drei, der Reisende, der Wirt und dessen „höchster Vorgesetzter“ sind befriedigt, denn Beschwerde machen immer Scherereien, auch wenn sie abgelehnt werden.

Aber die geniale Anregung, die der Herr Präsident gegeben hat, kann an diesem Punkte nicht Halt machen. In noch viel höherem Maße, als bei den Reisenden, ist die allgemeine Unzufriedenheit bei den Angestellten und Arbeitern der preussischen Staatsbahnen verbreitet. Wir sehen im Geiste die reichbesetzten Tafeln, an denen in Zukunft nach schwerem Dienste die Eisenbahner sich göttlich tun. Vergessen sind die Beschwerden über die lange, körperzerrüttende Arbeitszeit, über die Hungerlöhne und die Entrechtung der Beamten und Arbeiter. Die Lockungen der Sozialdemokraten werden bei diesen wohlgenährten Staatspensionären keine Erfolge mehr erzielen. Herr Wubbe kann ruhig schlafen, in seinem Messort ist die „Magenfrage“ gelöst und damit ein Stück, das größte Stück der sozialen Frage überhaupt.

Und wie schön ordnen sich in diese treffliche Organisation staatlicher Magenfürsorge die Herren Bahnhofswirte ein; „Arzu, pflichtbetuugt und freudig“ werden sie, wie es in dem oben bezeichneten Berichte heißt, „unter keinem (des Präsidenten) Szepter“ arbeiten zum Besten der Eisenbahner, zum Wohle des Staates. Wir befürchten, bald davon zu hören, daß alle Messortminister, alle Staatsbehörden und Kommunalverwaltungen nach dem Rezept des Herrn Geheimrat Kranold verfahren. Dann: Wehe uns! Aus ist's dann mit der Sozialdemokratie.

An der Weiterführung der kaiserlichen Straßbahn (Siemens- und Galste-Linie) Mittelstraße—Rantow bis Nieder-Schönhausen hat die Stadt Berlin ein großes Interesse. Der Einspruch der Gemeinde Rantow verzögerte jedoch die Durchführung des Projekts und führte zu einem Verwaltungs-Streitverfahren. Jetzt hat der Kreisaußschuß die strittige Angelegenheit zugunsten Berlins entschieden. Rantow muß die Genehmigung zur Vernehmung der für die geplante Verlängerung der Straßbahn erforderlichen Strafen, der Schönholzer und Krugstraße, bis zum Ablauf des Vertrages im Jahre 1943 ohne Entschädigung erteilen. Die Rantower Gemeindevertretung will sich bei dieser Entscheidung nicht beruhigen, sondern in einer außerordentlichen Sitzung über die weiteren Maßnahmen beraten. Gegen den Bescheid des Kreisaußschusses soll beim Bezirksausschuß Beschwerde eingereicht werden.

Der Entwurf eines Ortstatuts über die Errichtung eines Kaufmannsgerätes in Berlin wurde gestern vom Magistratskollegium beraten und beschlossen, den Entwurf einer Kommission von sieben Magistratsmitgliedern zur Vorbereitung zu überweisen.

Aus der Magistrats-Sitzung vom Freitag. Der Magistrat hat dem Antrage der Krankenhaus-Deputation wegen Errichtung verschiedener Krankenstationen in mehreren Krankenanstalten genehmigt. Im Krankenhaus am Urban sollen u. a. der Bau eines Krankenstübchens und einiger Ergänzungsbauten ausgeführt werden. Es handelt sich um ein mediko-mechanisches Institut und eine Liegehalle für tuberkulöse Kranke. Eine Vorlage wird der Stadtverordneten-Versammlung zugehen. Im Rudolf Virchow-Krankenhaus soll eine Obduktionshalle für das königl. Institut auf Kosten der Regierung errichtet werden. Die Paraden der Charité sollen für andere Zwecke eingerichtet werden. Der Magistratssekretär Thiergarten von der Schulverwaltung wurde vom Magistrat zum Oberstadtssekretär gewählt.

Die Gattin des deutschen Kaisers hat heute Geburtstag. Seitdem die Stadtverordneten-Versammlung nicht mehr gratuliert, betreibt die evangelische und nicht minder die katholische Orthodorie die Abwendung von Glückwünschen als eine Art politischen Sport. Die „Germania“ gab besonders die Geschäfte bekannt, in denen fromme Katholiken ihren Namen in die zum heutigen Geburtstag abgegebene Adresse eintragen konnten. Sehr schön ist die folgende Stelle aus einem Gratulations-Artikel des „Reichsboten“: „Mit welcher treuen Eingebung die Kaiserin von der Zeit an, wo sie als Prinzessin von Preußen an die Seite ihres Gemahls getreten war, bemüht gewesen ist, nach besten Kräften für das religiöse und sittliche Wohl des Volkes zu wirken, beweist die großartige Tätigkeit der durch ihre Anregung geschaffenen Vereine, an deren Spitze sie als Protektorin steht, und denen sie ihr besonderes Interesse zugewandt hat: des Kirchbauvereins und des kirchlichen Hilfsvereins. Um so schmerzlicher aber wird sie berührt worden sein von den oft so häßlichen Anfeindungen, denen der Mann in der letzten Zeit ausgesetzt war, der als ihre rechte Hand in diesen Arbeiten anzusehen ist, und dessen Wirken die Erfolge größtenteils zu danken sind. Hoffentlich aber erleiden diese Werte keinen Schaden durch den Rücktritt des Freiherrn v. Mirbach von ihrer Leitung.“

Wer nicht ganz des Vertrauens in die Ehrlichkeit des „Reichsboten“ voll ist, mag es für eine Possen halten, daß das Blatt die Angelegenheit Mirbach am heutigen Tage erwähnt. Allerdings hat der „Reichsbote“ nur im ersten Satze ob der Entlassungen des Pommerenbankprozeßes Herrn v. Mirbach in die Wüste gestochen. Als der fromme Herr später wirklich die Kassenschlüssel abgeben mußte, besagte der „Reichsbote“ sein Geschick.

Die städtischen Anstalten in Dalkdorf, Herzberge und Wuhlgraben besitzen Feuerlösch-Einrichtungen. Neuerdings haben diese eine wertvolle Bereicherung durch Anschaffung von großen mechanischen Leitern der Firma Gwald in Köstritz erfahren. Die Anstalten in Dalkdorf sollen ebenfalls eine bis ins Detail schon ausgearbeitete Feuerlösch-Einrichtung erhalten, in deren Gebrauch die städtischen Beamten noch besonders ausgebildet werden sollen, um für alle Fälle vorbereitet zu sein. Auf schnelle Hilfe der Berliner Feuerwehr kann angezählt der großen Entfernung kaum gerechnet werden. Der Weg ist, selbst wenn vierpännig gefahren würde, nicht unter eine Stunde mit den schweren Fahrzeugen der Feuerwehr, die annähernd 80 Zentner wiegen, zurückzulegen. Das Verladen per Eisenbahn würde unter den heutigen Verhältnissen, wie die Erfahrung gezeigt hat, vielleicht noch mehr Zeit in Anspruch nehmen, falls nicht schon im voraus auf dem Stettiner- oder dem Nordbahnhof besondere Vorkehrungen für solche Zwecke getroffen werden.

Leichtfertiges Kirchenbauen. Die Rückzahlung der Kirchenbau-gelder, die von der Stadtgemeinde Berlin beigetragen wurden, ist von den Kirchengemeinden bisher noch nicht erfolgt. Diese befinden sich einer Zeitungsmeldung zufolge in einer schwierigen Lage, die auch die Stadt in Rechnung gezogen hat. Allein das Kapital, das laut dem letzten Erkenntnis des Reichsgerichts der Stadt Berlin wieder erstattet werden muß, beträgt zwei Millionen Mark. Hierzu kommen noch die Zinsen und die Kosten der langwierigen Prozesse, so daß der Anspruch der Stadtgemeinde sich auf etwa 2 1/2 Millionen Mark beläuft. Für die Kirchengemeinden besteht die Schwierigkeit aber nicht nur in der Rückzahlung einer so bedeutenden Summe, sondern auch in der Verschönerung, namentlich aus eigener Kraft den Bau der Kirchen zu vollenden, die man im sehr unbedachten Vertrauen auf die Rechtsgültigkeit der alten Konfessionsordnung begonnen hatte. So haben die Kirchengemeinden ihre Gläubiger, die Stadt, davon verständigt, daß die Aufnahme einer Anleihe beabsichtigt werde, um einerseits die zwei Millionen zurückzahlen und andererseits den begonnenen Bau der Kirchen vollenden zu können. Die Ende dieses Jahres zusammen tretende Synode wird sich daher mit dem Anleiheprojekt beschäftigen.

Stadtvorordneten-Vorsitzer Dr. Langerhans sprach gestern Abend im freisinnigen Bezirksverein Alt-Berlin über den Schul-Konflikt. Er machte der Orthodorie den Vorwurf, daß sie, was ja wohl auch ihre Aufgabe ist, immer die Entwidlung des Gemeindegewesens erschwert habe. Durch die neueste Verfügung des Provinzial-Schul-Kollegiums würde die Autorität untergraben und der Anarchie Vor-schub geleistet. Die unteren Organe des Magistrats seien angewiesen worden, den Anweisungen ihrer vorgesetzten Behörde zu wider-zuhandeln. Die Stadtschulräte würden durch ihre Untergebenen, die Schulinspektoren, die selbständig Konferenzen abhielten, auf Ver-anlassung staatlicher Behörden fast gestellt. Die Schuldeputation, die 1829 zur Leitung des äußeren und inneren Schulwesens von Berlin unter Aufsicht des Magistrats mit Zustimmung der Regierung eingesetzt worden sei, werde bald ganz überflüssig sein und der Magistrat sich darauf beschränken müssen, die Kosten für die Schulen zu be-zustimmen und alles Uebrigere der Regierung zu überlassen. Der Ober-bürgermeister müsse heute schon gewärtig sein, daß er beim Besuch einer städtischen Schule von dem städtischen Schuldiener ge-fragt werde, ob er auch die Erlaubnis zum Besuch der Schule von der Regierung habe. Als der Prinz von Preußen, Kaiser Wilhelm I., die Regenschaft in Preußen übernommen habe, da habe er in einer Proklamation die Heuchelei der Orthodorie verurteilt. Alle großen Herrscher, wie der alte Fritz, seien ohne diese groß und populär geworden. So wie bisher könne es unmöglich weiter gehen; es führe zum Chaos. Alle Bürger müßten an den Maßnahmen der Regierung Anstoß nehmen. Auf die Stadtvorordneten von Berlin könne man sich verlassen, hoffentlich könnten sich nun diese auf die Berliner Bürgerchaft verlassen.

„In freien Stunden“, illustrierte Wochen-schrift für das arbeitende Volk. Heute gelangt Heft 43 dieser Zeitschrift zur Ausgabe. Es bringt die Fortsetzung des Romans „Der Jesuit“ von E. Spindler, ferner die Fortsetzung der Erzählung „Eine Scheine und ihre Folgen“ von J. R. Potapenko und eine historische Skizze „Die Jarenstadt eine Jährenstadt“. „Dies und Jenes“, „Witz und Scherz“ beleben den Inhalt des Heftes, das für 10 Pf. durch jede Parteidruckhandlung in Berlin auch durch die Partei-Expeditionen und die Zeitungs-Redaktionen bezogen werden kann.

Wenn nicht Frechbeldigung, dann Unzuchtvergehen. Ein an-gewöhnliches Vorkommnis in einer Kaserne, in welche einige Soldaten eine Dirne mit hinein genommen hatten, war in der Nr. 30 der „Welt am Montag“ in einer Weise geschildert worden, daß die Staatsanwaltschaft Anstoß daran nahm und gegen den Ober-Redakteur der genannten Zeitung, Dr. Georg Korn, Anklage nicht wegen Beleidigung, sondern wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften erhob. Die Verhandlung fand gestern vor der dritten Straf-kammer des Landgerichts I unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und endete mit der Verurteilung des Ange-klagten zu 100 M. Geldstrafe.

Diese Angelegenheit erinnert an einen Unzuchtprozeß, den der „Vorwärts“ vor Jahren zu bestehen hatte. Ein Ge-richtssekretär hatte durch Zeitungsanzeige zu sehr eindeutigen Zweck ein Zimmer gesucht. Unser Blatt sprach seine christliche Entrüstung über diese Verleitung zur Unzucht aus und wurde darauf vom Staatsanwalt mit einer Anklage wegen — Unzuchtvergehen bestraft. Das Schöffengericht verurteilte auch richtig unseren Kollegen Kunert zu 30 M. Geldstrafe, die Berufungsinstanz verminderte

aber doch nicht eine solche Verurteilung gutzuheißen und sprach den Redakteur frei.

Küffelhafte Inschrift. Ein Kranz mit einer sonderbaren Inschrift ist am Kaiser Friedrich-Denkmal vor dem Brandenburger Tor niedergelegt worden und lag gestern noch dort. Der aus Lorbeer, Palmen und Chrysanthemen gewundene Kranz hat eine weiße Schleife mit goldenen Franzen. Auf der einen Seite der Schleife liest man wörtlich: „Die dankbare Tochter den geliebten Vater den Kaiser Friedrich“. Auf der anderen Seite stehen die Worte: „Ruhe sanft“. Wer den Kranz niedergelegt hat, wußten auch die aufgestellten Schutzmänner nicht zu sagen.

Kein Hochverräter. Das Verfahren gegen den vielerwähnten Steffens, soweit es Bezug hat auf das Verbrechen gegen das Reichsgesetz über den Verrat militärischer Geheimnisse, ist jetzt auf Antrag der Rechtsanwälte Morris und Bahm durch Verfügung des Oberreichsanwalts eingestellt worden. Das Verfahren wegen der übrigen gegen Herrn Steffens anhängig gemachten Sachen schwebt noch bei dem Landgericht Berlin I und es wird in dieser Beziehung die Entscheidung des Staatsanwalts noch abgewartet.

„Wider die Pfaffenherrschaft“, Kulturbilder aus den Religions-kämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts, reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Im 28. Heft des Werkes beginnt das 10. Kapitel: „Das Ende des Bauernkrieges“, in dem der Verfasser u. a. behandelt: Nachzuden des Bauernkrieges — Aufstand von Zobern — Michael Gaismayer und der Albenauaufstand — Gais-mayers Ermordung — Aufstand in den Deutschordensländern — Resultat des Bauernkrieges — Zurückbarer Aderlaß der Kirche — Die Säkularisation des Kirchengutes — Anschließ des Kleinadels an die Fürsten — Untergang der städtischen Selbständigkeit — Der Kapitalismus — Das Fürstentum — Liebedienerei vor der fürst-lichen Macht — Luther und Melancthon verteidigen alle politische und soziale Unterdrückung — Glendsohn der Bauern — Hundert-tausend Erschlagene — Raube der Herren — Uebermütiges Triumphieren der Sieger — Vermehrung der Auechtshaft. — Die Illustrationen des Heftes stellen Szenen aus den Bauernkriegen dar.

Das Werk erscheint in wöchentlichen Lieferungen à 20 Pf. und kann von allen Parteidruckhandlungen und Kolporturen, in Berlin auch durch jede Zeitungs-Expedition bezogen werden. Abonnenten können jederzeit eintreten und die bereits erschienenen Hefte nach-beziehen.

Die Einweihung des Verbandshauses der Hirsch-Dunderscher Gewerbevereine, in der Greifswalderstraße 221/223, fand Donnerstagnachmittag in Gegenwart zahlreicher Delegierter der ver-schiedenen Ortsgruppen statt. Baumeistermeister Viebendt als Erbauer des Hauses übergab nach kurzem Ueberblick über die Bau-perioden den Schlüssel an den Vertreter der Gewerbevereine. Dann hielt Dr. Max Hirsch eine Ansprache. Die innere Einrichtung des Hauses umfaßt neben Vereins- und Versammlungsräumen auch kleinere Räume, die für Sonderzwecke vorgesehen sind. Auch Verbergs-räume sind eingerichtet, um den nach Berlin zureisenden Verbands-follegen vorübergehend Unterkunft zu bieten.

Die Firma A. Wertheim hat das Haus Vohstraße 33 für den Preis von 1 350 000 M. angekauft.

Ein Psychologe über den „Augen Hans“. In der gestrigen Sitzung der Psychologischen Gesellschaft zu Berlin äußerte sich der Vorsitzende der Gesellschaft Dr. Albert Röll über den „Augen Hans“ und zwar nur deswegen, weil aus der Mitte der Gesellschaft der Wunsch geäußert worden war, über dieses gebildete Pferd einen Vor-trag vielleicht von Herrn v. Oken selbst halten zu lassen. Der be-rühmte Berliner Psychologe führte nun aus, warum ein solcher Vor-trag überhaupt nicht in die Psychologische Gesellschaft gehöre. Schon im Juni 1903 habe er Herrn v. Oken besucht und in der Hirsch-straße mit seinem Hengst Versuche angestellt. Diese Experimente glückten nur dann, wenn der Reiter und der Wärtter des Pferdes die Fragen und deren Antworten kannten. Sobald dies aber nicht der Fall war — und das ist für die Psychologie allein das richtige — mißglückten die Versuche vollständig. Der „Augen Hans“ besitzt keine eigene Begriffsbildung, sondern enthält zweifellos Signale und Zeichen für seine Antwort. Es kommt gar nicht darauf an, daß diese Zeichen sichtbar oder hörbar seien, sondern darauf, daß überhaupt ein solcher Konnex bestehe. Für die psychologische Wissenschaft gibt es in dieser Sache also nur zwei Fragen: Klopft das Pferd unter der Reaktion auf gegebene Zeichen, oder hat es die ihm gestellten Aufgaben selbstständig gelöst? Nur die zweite Frage hat wissenschaft-lichen Wert, die andere gehört in das Gebiet der Dressur. Dr. Röll berichtete auch von den anderen jetzt in Berlin gezeigten „Augen“-Pferden, die mindestens dasselbe leisten wie der Hengst des Herrn v. Oken, bei denen aber doch die Dressur offen zugegeben werde. Zwei Briefe, die er an den Verfasser des „Augen Hans“ gerichtet, und worin er diesem die für eine wissenschaftliche Untersuchung des Pferdes unumgänglichen Bedingungen gestellt, seien unbeantwortet geblieben.

Die Neue Berliner Schnell-dampfer-Gesellschaft teilt uns mit, daß sie den Verkehr per Dampfer und Schlepper zwischen Hamburg und Berlin im vollen Umfange wieder aufgenommen hat. Soweit es die Verhältnisse gestatten, wird die Gesellschaft jeden zweiten Tag von Hamburg als auch von Berlin expedieren, und zwar werden die Güter zu Kontraktfrachten angenommen.

In der Klagefrage wegen der Abonnement-erhöhung, welche der Kaufmann Niedel gegen die Große Berliner Straßenbahn an-gestrengt hatte, wurde gestern durch das 1. Amtsgericht I das Urteil gefällt. Der Kläger wurde abgewiesen. Die Klage stützte sich auf die §§ 2 und 5 der alten Bedingungen für die Erteilung von Zeit-karten“. Der § 2 lautet: „Zeitkarten werden erteilt auf die Dauer von 1—12 Kalendermonaten innerhalb eines Kalenderjahres und sind gültig während der durch die Monatskarte belegten Zeit“. Der § 5 bestimmt die Gültigkeit der Zeitkarten sofern eine Linieneränderung vorgenommen wird. In der Begründung des Urteils heißt es: Nach § 2 der allgemeinen Bedingungen, denen sich die Abonnenten durch Unterschrift unterworfen haben, werden Zeitkarten auf die Dauer von 1 bis 12 Kalendermonaten ausgegeben. Es könne sich somit nicht um Jahres-Abonnement handeln, da es den Abonnenten überlassen bleibe, nach Belieben auf 1, 2 oder mehrere Kalendermonate zu abonnieren. Die Vertragsparteien seien immer nur für die Zeit gebunden, für welche Monatsmarken gelöst sind und in die Abonnementkarte eingelebt seien. Würde immer ein Jahresabonnement vorliegen, so würde die Straßenbahn berechtigt sein, von den Abonnenten, welche für einzelne Monate im Jahre nicht abonnierten, den Abonnementpreis einzufordern. Dies sei nie geschehen, läge auch offenbar nicht in der Absicht der Parteien. Auch § 5 der Bedingungen ergäbe nichts anderes. Der Vorbehalt der Großen Berliner Straßenbahn hinsichtlich der Linieneränderung während der Dauer des Abonnements bezöge sich offenbar auf den Fall, wo ein Abonnent von vornherein für mehrere Monate Marken gelöst und eingelebt habe. Auch wenn die Behauptung des Klägers richtig sei, daß auf einem Bahnhofe Marken für sämtliche Monate im Jahre nicht zu erhalten gewesen seien, so könne auch dies nichts an der vorstehenden Auslegung ändern. In diesem Fall sei es Sache des Abonnenten gewesen, im Wege der Ver-schwerde die Herbeischaffung der erforderlichen Marken zu bewirken. Auch aus der Benutzung der alten Karten nach dem 1. Oktober 1904 sei nichts gegen die Beklagte zu folgern, da durch Ausgabe der Marken für den Preis von 7,50 M. deutlich klar gestellt sei, daß trotz Benutzung der alten Karten die neuen Abonnementbedingungen gelten sollten. Dies sei auch dem Kläger bekannt gewesen, der ja selbst 7,50 Mark bezahlt habe.

Die gestohlene Erbsen. Arbeitslosigkeit hat den 48 Jahre alten Gutsputzer Johann Reichenberg aus der Burgdorffstraße in den Tod getrieben. Der Mann war vor drei Jahren ein halbes Jahr lang in einer Lungenheilstätte und wurde dann als geheilt entlassen. Seit zwei Jahren arbeitete er bei Hoffmann u. Kühnemann, bis er vor acht Tagen aufhörte, weil ihm die Arbeit zu schwer war. Seine

Sonntags, leichtere Beschäftigung zu finden, schlug fehl. Aus Ver-zweiflung ging er am Mittwoch morgen nach dem Keller seiner Wohnung und erhängte sich am Fensterkreuz. Frau und Kinder, die ihn vermisten und überall suchten, fanden ihn erst gestern Abend als Leiche wieder.

Zu dem Mord in der Boyenstrasse ist von der Behörde in Jälichow der hiesigen Kriminalpolizei eine vielleicht bedeutungsvolle Mitteilung zugegangen. Der Schiffszimmermann Fritz Mittag in Jälichow wurde am Sonnabend vormittag um 9 Uhr 50 Minuten von einem Manne, der Berliner Wandart sprach, angeredet und gefragt, ob er schon gehört habe, daß in Berlin wieder ein Mord verübt sei. Der Mann erzählte darüber genaue Einzelheiten und meinte zuletzt, die Polizei werde den Mörder wohl nicht kriegen. Darauf ging er in der Richtung vom Jälichower Bahnhof nach dem Stettin-Jaseniger Kleinbahnhof weiter. Wenn diese Mitteilung des Schiffszimmermannes zutrifft, so muß jener unbekanntes Namme der Mörder oder mindestens ein Mitwisser gewesen sein. Die Berliner Kriminalpolizei sandte den Kommissar Krüger nach Jälichow zur Verfolgung der neuen Spur. Die Entdeckung des Mordes ist in Berlin am Sonntag erst nach 11 Uhr vormittags erfolgt. Die Kriminalkommissar Krüger berichtet, macht der Schiff-zimmermann Mittag einen durchaus vertrauenswürdigem Eindruck. Wichtig ist auch die weitere Befragung Mittags, daß der Fremde je eine Strahpunde an der linken Seite der Nase und an der linken Halsseite hatte. Mittag beschreibt den mutmaßlichen Mörder als einen Mann von etwa 30 bis 40 Jahren. Dieser hat dunkles Haar, einen ziemlich starken Schnurbart und trägt einen dunklen ge-sprengelten Anzug und einen schwarzen halbleinen Hut mit ab-stehender Krempe. Was die Zeitangaben betrifft, so stehen sie mit der Eisenbahn-Jahresgelegenheit durchaus im Einklang. Der Morgen-zug nach Stettin verläßt um 6 Uhr den hiesigen Stettiner Bahnhof. Dorthin ist von der Boyenstrasse höchstens ein Weg von 10 Minuten. Der Zug trifft um 9 Uhr 7 Minuten in Stettin ein. Nach wenigen Minuten ist dort Anstich nach Jälichow, bis wohin die Kleinbahn 30 Minuten fährt. Gegen 9 Uhr 40 Minuten könnte also der Mörder in Jälichow sein und von dort nach dem Stettin-Jaseniger Bahn-hofe weitergehen.

Eine Befählichkeit mit der Beschreibung des Mannes, der nach der offiziellen Bekanntmachung von mehreren Personen in der Nähe des Lazarettes in der Sonntagnacht gesehen wurde, glaubt man un-sicher zu erkennen. Daß Mörder über ihre Tat sprechen, bevor sie noch weiter bekannt wurde, ist nichts Neues und psychologisch sehr wohl zu erklären. Wenn wir nicht irren, war es der Hausdiener Günzel, der sich auf diese Weise im Frühjahr 1887 hier betriet. Nachdem er am 10. April den Kaufmann Kreis ermordet und beraubt hatte, fragte er am nächsten Morgen früh, als das Kapitalverbrechen noch gar nicht entdeckt war, eine Zeitungsfrau, ob schon etwas von dem Mord in den Blättern stehe. Der Mörder der Frau Walscher mag am Sonntag morgen wohl neugierig gewesen sein, ob durch Benachrichtigung der Behörden in der Provinz die Kunde von seiner Bluttat schon weiter verbreitet war.

Zu den Mitteilungen über die Ermordung der Plätterin Walscher meldet uns der Hausdiener Kaiser, daß er zu der Haus-suchung, die dieser Tage in der Wohnung der Ermordeten abgehalten worden ist, nicht hinzugezogen wurde. Der Nachricht, die diese Mitteilung enthielt, liegt eine Verwechslung mit dem Arbeiter Köhlmeg zu-grunde. Kaiser hat die Walscher nur oberflächlich gekannt und wußte keineswegs in ihrer Händlichkeit derart Bescheid, daß er hätte genauere Auskunft geben können.

Durch einen Sturz in den Fahrstuhl verunglückte gestern nachmittag auf dem Vieh- und Schlachthof der Fahrstuhlführer Gustav Wolf aus der Gormannstraße 5, ein Mann von 56 Jahren. Er zog sich einen Bruch des rechten Oberschenkels zu und wurde nach der Charité gebracht. Ob ein Verschulden des Verunglückten vorliegt oder der Fahrstuhl nicht in Ordnung war, bedarf noch der Unter-suchung.

Ein schweres Unglück ereignete sich Freitag nachmittag 4 1/2 Uhr in der Lindenstraße. Als ein Arbeiter aus dem Torweg des Hauses Nr. 84 herauskam, fuhr ihm ein Straßenbahnwagen in so schneller Fahrt entgegen, daß der Arbeiter nur mit Lebensgefahr eine Zertrümmerung der Fahrwerke verhindern konnte. Inmitten erfolgte ein Zusammenstoß, bei dem der Arbeiter vom Bord ge-schleudert wurde. Der Arme erlitt einen Verbruch und Verletzungen am Kopfe und wurde der Unfallstation zugeführt. Die Straßen-passanten bedauerten sehr, daß drei Schulleute, die gegenüber dem Neubau zugunsten der Firma Schäfer u. Walder gegen Streifposten zu wirken hatten, ganz und gar in die Beobachtung der den Unter-nehmern drohenden Gefahr aufgehen mußten und so keine Zeit er-übrigen konnten, der Gefahr im Straßenverkehr ihr Auge zuzu-wenden. Das Unglück hätte sich sehr wahrscheinlich vermeiden lassen, wenn einen Augenblick vorher irgend ein Zeichen gegeben worden wäre.

Drei Personen bei einem Straßenbahnunfall verletzt. Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Wech-selwagen wurden vorgestern nachmittag drei Personen verletzt. Als ein Wagen der städtischen Linie Behrenstraße—Reptow die Wassertor-strasse hinunter fuhr, versuchte ein Wechsellager, vor ihm weg über die Straße hinüber in den Expeditionshof auf dem Grundstück Nr. 42 einzufahren. Der Straßenbahnwagen fuhr aber das Wechsellager mit großer Wucht. Der Wagenführer Wilhelm Jüttner trug innere Verletzungen, der Schaffner Bog äußere Verletzungen davon. Beide mußten die Hilfe der Rettungswache am Göllicher Bahnhof in An-spruch nehmen, konnten aber von dort nach Hause entlassen werden. Eine Dame stieg mit dem Kopfe gegen die Wand des Straßenbahn-wagens und zog sich erhebliche Abschürfungen zu.

Feuerbericht. In der Nacht zum Freitag lief von der königl. Charité in der Schumannstraße aus Feueralarm aus. Da ein Alarm von dertartigen Gebäuden von vornherein als „Mittelfeuer“ angesehen wird, so riefte sofort ein großes Löschaufgebot nach dorthin aus. Wie sich aber herausstellte, handelte es sich nur um einen unbedeutenden Zimmerbrand, der durch die Explosion einer Petroleumlampe ent-standen war und so konnten die Löschzüge bis auf einen sofort wieder kehrt machen. Innerhalb einer halben Stunde war jede Gefahr beseitigt. — Kurz vorher hatte die Wehr einige Häuser davon in der Luisenstr. 58 zu tun. Dort war in einem Keller im linken Seiten-süßgel Feuer ausgebrochen, das größere Posten Holzwohle, Bretter, Körbe u. dergleichen hatte und einen größeren Umfang anzunehmen drohte. Der 14. Löschzug mußte energisch vorgehen, um den Brand auf den Keller zu beschränken. — Garbinnen und Wäschezüge gingen in der Reichstr. 45 in Flammen auf. Die übrigen ganz vereinzelt eingelaufenen Alarmierungen betrafen durchweg Brände, die teils vor Eintreffen der Löschzüge bereits von Hausbewohnern beseitigt waren, teils die Wehr nur ganz kurze Zeit in Anspruch nahmen.

Der Berliner Verein für Schulgesundheitspflege veranstaltet am Dienstag, den 25. d. M., abends 8 Uhr, im Bürger-saal des Rathauses einen öffentlichen Vortrag. Prof. Dr. Baginsky wird über: „Die Schule im Dienste der öffentlichen Gesundheits-pflege“ sprechen. Gäste sind willkommen.

In der neueröffneten Kunstaussstellung Wertheim fallen uns dieses Mal besonders der Hamburger Siebelst und einige seiner Schüler mit ihren Freizeitskizzen auf. Siebelst unterhält in Hamburg eine Kunstschule. Größere Kollektionen haben außerdem ausgestellt der jetzt nach Danzig berufene A. v. Brandis und Werner Jehme-Berlin. Ferner finden wir Werke von Otto Adernann-Düsseldorf, F. Winters-Helfermann-Hamburg, Hans Peter Fedderfen-Kleistee-Koog, Gertrud Stitz-Berlin, Franz Köllen-Hamburg, W. A. Rosam-Hamburg, W. Schollmann-Worpswede, W. Voltmer-Altona.

Freie Hochschule Berlin. Am Sonnabend, den 22. Oktober, um 8 1/2 Uhr pünktlich, findet im Bürger-saal des Rathauses der erste außerordentliche Vortrag der Freien Hochschule Berlin statt. Herr Dr. W. M. Meyer, der Gründer der Berliner Urania, spricht über das Thema: „Ein Ausflug zu außerordentlichen Wesen“, mit vielen Bildnissen. Nichtmitglieder des Zentralvereins

zahlen 50 Pf. Eintrittsgeld. — Am Sonntag, den 28. d. M., von 11—1 Uhr beginnen die seit dem Festen Hochschule sehr beliebten Führungen durch den Zoologischen Garten durch die Herren Direktor Dr. Hed und Dr. Reinroth. Hörsgebäude 4 M. resp. 3 M. für 5 Vorträge an den nächsten 5 Sonntagen. — Am Montag, den 24. Oktober, um 8 Uhr, eröffnet der bekannte Kunstgelehrte Dr. Alfred Meppen in der Aula der X. Realschule (Auguststraße 21), seinen Doppelkursus über Raffael, Leonardo und Michelangelo mit zahlreichen farbigen Bildnissen. — Die Vorträge von Dr. Rud. Benzig, die infolge eines Arrimus am 18. Oktober ausfielen, beginnen am Dienstag, den 25. Oktober in der Charlottenstraße 20. Um 8 Uhr Michelsches Parakultur und um 9 Uhr Menschenziehung. — Programme unentgeltlich bei Beirheim, in sämtlichen Filialen von Koefer u. Wolff und beim Generalsekretär.

Theater. In Gerhart Hauptmanns Schauspiel „Florian Geher“, das im Lessing-Theater am heutigen Sonnabend zum erstenmal in Szene geht, sind die Hauptrollen folgendermaßen besetzt: Florian Geher — Rudolf Küttner; Wöh von Verklängen — Wily Berthmann; Jacob Kohl — Albert Patry; Harter Dubenleben — Adolf Kurth; Flammenbecker — Bruno Wiener; Lorenz Süßholz — Oskar Sauer; Rektor Wesenmeyer — Karl Forest; Schultheiß — Gustav Nidelt; Stephan v. Reuzinger — Wily Grünwald; Tellermann — Albert Bassermann; Wilhelm v. Grünwald — Alwin Reuß; Thomas v. Hartheim — Leopold Wald; Lorenz v. Gutten — Kurt Scheler; Wolf v. Kestell — Oskar Judas; Karsthat — Adolf Klein; Marei — Irene Trisch; Strager — Karl Reinhard; Schäferschans — Hans Marr; der blinde Wönd — Emanuel Meider; eine alte Frau — Margarete Albrecht; ihr Sohn — Paul Marr; Anna v. Grünwald — Hedwig Pauly. — Eleonore Duse, die gegenwärtig in Wien und Budapest Triumphe feiert, beginnt ihr hiesiges Gastspiel im National-Theater am 1. November d. J. als „Ronna Banna“. Am 3. November spielt die Künstlerin die Magda in der „Heimat“, am 5. wird „Ronna Banna“ wiederholt, am 8. geht die „Kameliedame“, am 10. „Hedda Gabler“ in Szene und am 12. beschließt die Duse ihr Gastspiel mit einer Aufführung von Maurice Donnay, „Die andere Gefahr“, worin die berühmte Künstlerin soeben in Wien Sensation erregt hat. — Der Vorverkauf zu den Duse-Vorstellungen beginnt am 24. d. M.

Aus den Nachbarorten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung in Spandau. Die Renovation zweier unbesetzten Stadträte, welche durch die Ablehnung der bereits früher erfolgten Wahl durch die Herren Dr. Engelhardt und Vender nötig geworden war, ergab die Wahl der Stadtverordneten Reinecke und Kersten. Der Stadtverordneten-Vorsteher verlas alsdann ein Schreiben, worin der Magistrat mitteilt, daß er dem letzten Beschluß der Stadtverordneten betreffend den Sommerurlaub der städtischen Arbeiter nunmehr „gern“ zugestimmt habe. — Hieraus kommt die Vorlage betreffend den Fortverkauf an den Stadtverordneten und Raurermeister Kleinfeld zur Veratung. Der Berichterstatter, Stadtv. Kersten, verliest eine Eingabe des Kleinfeld, worin dieser unter einer längeren Begründung um eine Prolongation des einstweiligen Kaufabkommens mit der Stadt bis zum 1. April 1905 bittet; trotz seiner Bemühungen und bedeutenden Aufwendungen sei es ihm unmöglich gewesen, den Kauf, wie von ihm beabsichtigt war, bis 1. Oktober 1904 perfekt zu machen. Stadtv. Kersten empfiehlt die Prolongation, beantragt jedoch, das Regelgeld von 5000 auf 15000 M. zu erhöhen. In der ausgedehnten und lebhaften Diskussion wendet sich zunächst Stadtv. Jenne mit aller Entschiedenheit gegen die Vorlage, feinerzeit habe er zwar für das Abkommen mit A. gestimmt, weil er damals noch daran geglaubt habe, daß es ihm Ernst sei mit dem Kauf; inzwischen sei er aber zu einer anderen Ueberzeugung gekommen, heute glaube er fast doch bereits, daß Herr A. nur offensichtlich als Reflektant auf das Millionenobjekt genannt werden wollte, und daß er sich so mit einem Schlags Ansehen und Kredit verschaffen wollte. Redner bezeichnete es als den Gipfel der Geschäftsfähigkeit, die wohl in Deutschland ohne Beispiel sei, daß sich Kleinfeld auf seinem Firmament „Stadtverordneter und Raurermeister“ nenne; wo er die Verechtigung zur Führung des Raurermeister-Titels herleite, wolle Redner ununtersucht lassen. Redner sei immer für den Verkauf städtischer Ländereien zur Herabdrückung der Steuerlasten gewesen und so auch noch heute; nur solle man sich nicht weiter mit A. einlassen. Das schade dem Ansehen der Stadt und halte auch am Ende andere Reflektanten auf Teile der Stadtfürst ab. Stadtv. Neger (Soz.) schließt sich dieser Kritik völlig an; die Erkenntnis bei den bürgerlichen Stadtverordneten komme zwar spät, aber sie komme doch. Seine Freunde hätten die Vorlage von Anfang an grundsätzlich und überdies soweit es sich um A. handelte, mit denselben Argumenten bekämpft, wie heute Herr Jenne. Wer wolle dem die moralische Verantwortung gegenüber den kleinen Leuten übernehmen, die später als die Geschädigten Vorteile gegen die Stadtverwaltung wegen ihrer Leichtgläubigkeit erheben würden? Man solle sich doch nicht noch weiter blamieren, sondern die Vorlage rundweg ablehnen. Ober-Bürgermeister Köhler tritt natürlich für die Vorlage ein, schon um deswillen, weil doch die Hoffnung auf ein Zustandekommen des Fortverkaufs seiner Meinung nach nicht von der Hand zu weisen sei, und weil doch durch die beantragte Prolongation die Stadt keinen Schaden erleide.

Stadtv. Dusch (Soz.) bezeichnet den A. als einen nicht ernst zu nehmenden Projektmacher. Er erinnert an die Gründung einer Straßenbahnverbindung mit Döberitz, einer Automobilverbindung mit dem Spandauer See, des Ankaufs des Gutes Wandorf und eines ganzen Bauerndorfes, alles Projekte, deren Durchführung sich Herr A. öffentlich gerühmt, und von denen aber sonst niemand etwas weiß. Stadtv. Sturm: Er sei von Anfang an gegen das Abkommen mit A. gewesen und habe es bedauert, daß die Majorität feinerzeit auf den „Scherz“ eingegangen sei. Es sei schon besser, wir ziehen uns jetzt zurück und — lassen die Leute lachen. Die weitere Debatte gestaltete sich zu einer ziemlich heftigen Auseinandersetzung mit dem Stadtv. Kuple, dem von Neger nachgefragt worden war, daß er an der Vorlage direkt oder indirekt persönlich interessiert sei, und der heute mit Verne für die Magistratsvorlage eintritt, und mit dem Stadtv. Reinecke, der Herrn A. als einen Mann feiert, der sich durch seine Spekulationsgeschäfte um das Wohl der Stadt sehr — verdient gemacht habe. Inlere Genossen ließen es an der nötigen Abfertigung dieser beiden Befürworter der Prolongation nicht fehlen. Schließlich wurde die Vorlage samt dem Zusatzantrag Kersten mit 26 gegen 13 Stimmen abgelehnt! —

Ein Teil der 26 Millionen-Anleihe, die die Körperkassen in Schöneberg bekanntlich im Frühjahr votiert hatten, soll bis zu einem Gesamtbetrag von 12 Millionen Mark in der Zeit vom 1. Januar bis 30. April 1905 auf Grund einer beschränkten Submission an die Reißbietenden begeben werden. Diese Vorlage wird die Stadtverordneten-Sitzung am Montag beschäftigen und die Finanzdeputation wird sodann mit der Begebung beauftragt werden. Aus der Anleihe sollen bekanntlich die Kosten der neuen Kanalisation, verschiedene Hochbauten (unter diesen auch die schon fast Jahren auf der Tagesordnung stehende städtische Volksbade-Anstalt), sowie Schulbauten und ein städtisches Armenhaus bestritten werden. Wann zu diesem Bau wenigstens „Roh genommen“ wird, sind auch wir begierig zu wissen; eine große Stadt, die ein so erbärmliches Armenhaus besitzt wie Schöneberg, dürfte so leicht nicht gefunden werden.

Die neue städtische Gasanlage in Tegel geht nunmehr ihrer Vollendung entgegen. Die Hauptbetriebsgebäude sind fertig gestellt und die maschinelle Ausrüstung wird derartig gefördert, daß im Frühjahr 1905 die Industriebetriebe der Anstalt erfolgen kann.

Dreizehn „Eis-Polizei-Bezirken“ ist laut Bekanntmachung des Regierungs-Präsidenten zu Potsdam die Ausübung der „Eis-Polizei“ auf der Havel, Spree und Dahme und den Seen in der Umgebung von Berlin, Potsdam und Spandau übertragen worden. Sie werden gleichzeitig mit der neuen Polizeiverordnung zur

Verhütung von Unglücksfällen auf den Eisflächen jener Gewässer veröffentlicht. Nach dieser Verordnung ist das Betreten des Eises von polizeilicher Freigabe und außerhalb der abgesteckten Grenzen der zugelassenen Eisbahnen und Uebergänge bei Geldstrafe bis 60 M. (eventuell Haftstrafe) verboten, und zwar: die Havel von den Hüttereien Gaisberg-Zemlin bis zum nördlichen Ende des Nieder-Neuendorfer Sees, einschließlich des Jungferns, Wamssees und des Tegeler Sees, des Spandauer Schiff-fahrkanals westlich der Salsseer Pflanzsee, die Spree von ihrer Mündung bei Spandau bis zum großen Müggelsee einschließlich und der westlichen Spree und Dahme von Köpenick bis zur Schleuse Neue Mühle, einschließlich des Wernsdorfer, Seddiner u. Sees. Eingehend sind daneben die Pflichten der Wächter von Eisbahnen festgelegt und das Einbauen von Löchern behufs Eisentnahme u. dgl. nach bestimmten Grundsätzen geregelt.

Gerichts-Zeitung.

Im Hochkaplerprozess Walowski und Genossen kam gestern ein Vortrag zur Erörterung, den der Angeklagte Huber gegen den damaligen Vater seiner Braut, den Genossenschaftsleiter Walowski zu Schneidemühl befohlen haben sollte. Bald nachdem Huber sich mit der Angeklagten Margarete Walowski verlobt hatte, schrieb er an ihren Vater, dem er seine glänzenden Aussichten schilderte. Sodann bat er ihn um ein Darlehen von 4000 M., die er zur Tilgung einer Ehrenschuld dringend benötigte. Walowski kam seiner Bitte nach. Als die 8 Tage, nach denen die 4000 M. zurückgezahlt werden sollten, verfloßen waren, kam Huber seiner Verpflichtung pünktlich nach und erwarb dadurch das Vertrauen seines zukünftigen Schwiegervaters. Bald darauf kam Huber mit einer neuen Bitte um Geld; diesmal verlangte er aber 12 000 M. Er gab an, daß er 10 000 M. gebrauche, um das Dampfschiffboot von Amerika herüber holen zu können. Wenn Walowski instande sei, das Geld zu besorgen, so solle er dafür 1 v. H. als Gewinnanteil von dem Dampfschiffgeschäft erhalten, was etwa 100 000 M. ausmachen würde. Da das erste Darlehen so pünktlich zurückgezahlt worden war, so legte Walowski kein Mißtrauen, sondern beschaffte gegen Hubers Akzept 7000 M. Dieser Wechsel wurde nicht eingelöst, sondern mußte eingelagert werden. Die Pfändung gegen Huber fiel fruchtlos aus. Walowski nahm nun keine Rücksicht mehr, er drohte dem Angeklagten mit Anzeige bei der Staatsanwaltschaft und erzielte dadurch, daß er Abschlagszahlungen erhielt. Er ist aber immer noch um 2500 M. geschädigt.

Mit der schweren Urkundenfälschung, welche den Angeklagten Lydia und Margarete Walowski und Erdmann zur Last gelegt wird, hat es folgende Verwandnis: Margarete Walowski wollte eine Frau Pauli bewegen, ihr 2000 M. zur Gründung eines literarischen „Bureau“ zu leihen. Sie erzählte dabei, daß ihre Mutter im Jahre 1893 23 000 M. die Wohnungseinrichtung geerbt habe. 20 000 Mark habe sie davon ihrem Schwager, einem Herrn v. Gysidi, in Verwahrung gegeben. Nun verlangte Frau Pauli hierüber aber eine eidesstattliche Versicherung und ebenso eine Empfangsbestätigung des Herrn v. Gysidi. Lydia Walowski fertigte diese eidesstattliche Versicherung an, die von Margarete Walowski als Zeugin unterschrieben wurde. Wegen der Empfangsbestätigung wandte sie sich an den Angeklagten Erdmann, welcher ein solches Schriftstück mit der Unterschrift des Herrn v. Gysidi gefälscht haben soll. Diese beiden Urkunden wurden der Frau Pauli vorgelegt, die darauf das Geld hergab. Die Urkunde soll Erdmann dann sofort vernichtet haben. Dieser bestritt seine Schuld, wird aber durch die Mitangeklagten belastet.

Die Heiligkeit des Eigentums. Wegen Diebstahls von Gras hatten sich gestern vor der Strafkammer zu Ebing drei Schulknaben zu verantworten. Ein Wisenbesitzer hatte sie vor einiger Zeit dabei erwischt, wie sie — zum Zütern ihrer Kaninchen — einige Büschel Gras von seinem Eigentum austrupfen, worauf der Besitzer Strafanzeige erstattete. Das Gericht sprach indessen die kleinen Uebelthäter frei und der Vorsitzende führte aus: „Unsereins kann selbst einmal in die Lage kommen, sich ein Büschel Gras auszureihen, ohne sich etwas dabei zu denken. Als Diebstahl kann man das doch nicht ansehen!“ Die armen Knaben können von Glück sagen, daß sie es mit einsichtsvollen Richtern zu tun hatten.

Verfammlungen.

Der Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter beriet in seiner Generalversammlung am Mittwoch den vom Vorstände ausgearbeiteten Entwurf des neuen Statuts. Es wurde erst ein Teil des Entwurfs erledigt. Dadurch ist der bisherige Wochenbeitrag von 50 Pf. auf 75 Pf. erhöht worden und die Krankenunterstützung in der bisherigen Höhe von 1 M. pro Tag für die Dauer von 26 Wochen beibehalten. Der noch nicht erledigte Teil des Statuts, der in einer demnächst stattfindenden Generalversammlung beraten wird, enthält unter anderem die Säge der Arbeitslosen- und Sterbe-Unterstützung.

Ueber die Beteiligung der Maschinenarbeiter an den gegenwärtigen Streiks und Aussperrungen wurde mitgeteilt, daß durch die Aussperrung der Möbelfabrik 81, durch den Streik der Klavierarbeiter 26 Maschinenarbeiter in Mitleidenhaft gezogen sind, während 16 Maschinenarbeiter streiken, um gestellte Forderungen durchzusetzen.

Der Verband der Möbelpolierer hielt am 17. Oktober im Saale der „Königsbühl“, Große Frankfurterstraße 117, seine Generalversammlung ab. Die recht zahlreich erschienenen Mitglieder erhielten beim Eintritt den gedruckten Kaschenbericht für das 3. Quartal 1904, der eine Einnahme von 11 472,75 M. ausweist. Die Ausgaben betragen einschließlich Arbeitslosen- und Streikunterstützung 8731,30 M. Unter Hinzurechnung eines Bestandes von 30 445 M. besieht das Vermögen jetzt aus gesamt 33 186,45 M. Der Vorsitzende Rischke führt in seinem Bericht des Vorstandes aus, daß das letzte Jahr für die Organisation ein sehr bewegtes und arbeitsreiches gewesen sei; die umfangreiche Propaganda, die entfaltet worden ist, hat gute Früchte getragen. Es ist gelungen, die Kollegen auszurücken und dem Verbandszugezuführen, so daß die Lohnbewegung mit gutem Erfolge geführt werden konnte. Gegenüber den Behauptungen der Arbeitgeberorgane, daß die Erfolge der Möbelpolierer nur sehr geringfügige seien, weist Redner nach, daß der jetzt erzielte Reinertrag nur für die Verbandsmitglieder allein jährlich circa 400 000 M. beträgt. Die Aussperrung der Tischler zieht nun die Polierer wiederum in den Kampf hinein, so daß heute schon circa 300 Mitglieder arbeitslos sind. Der Redner erwähnt, bei der Streiküberwindung recht leidenschaftlos und besonnen zu Werke zu gehen, ruhig dem Schuttmann bei etwaigen Arrestierungen zu folgen, ohne Widerstand in irgend einer Form zu leisten. Ueber die Tätigkeit des Arbeitsnachweises ergibt die Statistik des letzten Vierteljahres, daß auf 100 gemeldete Adressen im Juli 146 Arbeitslose waren, gegen 149 im Jahre 1903; im August 94 gegen 103; im September 93 gegen 82 im Vorjahre. Befreit wurden von 100 gemeldeten Stellen im Juli 1904 81 gegen 91 im Jahre 1903; im August 71 gegen 88; im September 73 gegen 62 im Vorjahre. Ferner teilt Redner mit, daß der diesjährige Delegiertentag am vierten Weihnachtstferietage stattfindet. Dann wurde über einige Streikbrecher zu Gericht gefessen und dieselben aus dem Verbands ausschließen resp., soweit es neu gemeldete Mitglieder waren, ihnen die Aufnahme verweigert. — Es folgt nun die Beratung verschiedener vom Vorstände gestellter Anträge. Der Antrag: „Kollegen, welche aus anderen Organisationen übertreten, haben 52 Wochenbeiträge zu zahlen, ehe sie Arbeitslosen-Unterstützung erhalten.“ wird mit großer Mehrheit angenommen. Angenommen wird auch ein Antrag Haas, den Arbeitsnachweis nur vormittags von 9—12 Uhr offen zu halten. Diese Veränderung tritt mit dem 1. Januar 1905 in Kraft. Der Antrag: „Der Vorstand des Verbandes wird beauftragt, sofort die nötigen Schritte zu tun zwecks Anschlusses an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sowie Anschlusses an des Internationale Holzarbeiter-Sekretariat“, ruft eine ausgedehnte Debatte hervor, an der sich

unter anderem Vermuth, Schulz, Wolf, Reuter mehrmals beteiligen; dabei wurde auch die Frage des Uebertritts zum Holzarbeiter-Verbande wieder erörtert. Reuter stellte fest, daß der Verband der Möbelpolierer diesen Uebertritt bewirkt, wenn er bedingungslos geschehen soll, und eine Aufnahme mit Bedingungen nicht erfolgen kann, weil das gegen die Statuten des Holzarbeiter-Verbandes verstößt. Er wünscht, daß die fortwährenden Beunruhigungen der Mitglieder durch die Auflösung dieser Frage durch einen Beschluß, der ganz bestimmte Stellung nimmt, aus der Welt geschafft werden möge. Es wird schließlich der Antrag geteilt und der Anschluß an die Generalkommission abgelehnt, dagegen der Anschluß an das Internationale Holzarbeiter-Sekretariat angenommen. Der Antrag: „Die Jahrsliste Berlin des Verbandes der Möbelpolierer tritt zum 1. Januar aus dem Berliner Gewerkschaftsartikel aus und schließt sich der Berliner Gewerkschaftskommission an“, wird nach kurzer Debatte abgelehnt. Ein Antrag Albert Schreiber für die Jahrsliste Berlin lautet: „Wünscht ein weibliches Mitglied 30 Pf. Beitrag zu zahlen, so ist dem Folge zu geben und erhält dieses Mitglied dann die Hälfte der staatsweisen Unterstützung der männlichen Mitglieder.“ Der Antrag wird dem Vorstände zur geeigneten Behandlung und Ausarbeitung überwiesen. Reuter teilt mit, daß es noch nicht möglich gewesen sei, genügendes Material über die auch in der Möbelpolierbranche eingetretene Heimarbeit zu sammeln. Es werden Tischfüße, Rohrstütze und andere passende Gegenstände an Heimarbeiter vergeben. Reuter fordert alle Kollegen auf, die Kenntnis von derartigen Hausarbeit erhalten, dies dem Vorstände mitzuteilen. Da Reuter sein Amt als Delegierter zum Berliner Gewerkschaftsartikel niedergelegt hat, wird der Vorstand einen anderen Delegierten ernennen, nachdem die von der Versammlung vorgeschlagenen sämtlich abgelehnt. Unter Verschiedenem wird der Fall Kerlich dadurch aus der Welt geschafft, daß die Versammlung einstimmig beschließt, eine ältere kleine Darlehensschuld an den Verband (circa 14 1/2 M.) als gestrichen anzusehen und R. als wohlwolligen Kollegen zu betrachten, da er durch Leitung nachgewiesen hat, daß er feinerzeit diese Summe nicht für sich verwendete. Wolfram befuhrwortete, daß die Möbelpolierer-Vereinigung Jahrschuldenunterstützt erhalten. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß durch Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule diese Ansehung ihre anderweitige Erledigung findet.

Vermischtes.

Zum Münchener Straßenbahn-Vorfall. Die „Münchener Zeitung“ konstatiert, daß der Tramway-Vorfall wirkt und daß die Einnahmen der elektrischen Tramway stark zurückgehen. Die Wagen fahren fast leer.

Eruption. Strahburg i. E. Unter fürchterlichem Knall explodierten gestern morgen in Rillingen dem „Elsässer“ zufolge ein Hochofen der Zementfabrik. Durch herausströmende Ergüsse wurde ein Arbeiter getötet, acht mehr oder minder schwer verletzt.

Blut. In der verfloßenen Nacht wurden auf dem hiesigen Hauptbahnhof einem jungen von auswärts zugezogenen Mädchen beide Beine abgefahren. Die behauerntwerte Unbekannte ist im hiesigen Hospital ihrem Leiden erlegen.

Selbstmord. Lorch (Rhein). Eine 26jährige Krankenschwester vom Roten Kreuz aus Frankfurt a. M. hat sich auf dem Abort der hiesigen Bürgermeisterei erschossen.

Russische Choleraepidemie. Ueber den Stand der Cholera in Rußland wird aus Petersburg folgendes gemeldet: Im Transkaspische Gebiet ist vom 10. September bis zum 17. Oktober nur eine Erkrankung vorgekommen; auch in Baku wurde während der gleichen Periode eine Abnahme beobachtet; es sind 60 Personen erkrankt und 24 gestorben. Bei der Untersuchung der dortigen Bäder wurden in 8 von 48 Choleraabfällen gefunden. In Saratow sind vom 11. September bis zum 17. Oktober 10 Erkrankungen festgestellt, von denen 5 einen tödlichen Verlauf nahmen. Im Gouvernement Astrachan sind keine neuen Erkrankungen vorgekommen. Auf dem rechten Wolgaufer gegenüber Astrachan sind vom 14. bis 16. Oktober 3 Personen an Cholera erkrankt. In der Stadt Samara sind keine neuen Erkrankungen zu verzeichnen. Vereinzelt Fälle wurden in Novo Uzensk und 6 Dörfern der Kreise Samara sowie Nikolajewsk und Wusuluf festgestellt. Das Gouvernement Samara ist daher für Cholerafrei erklärt worden.

New Yorker Untergrundbahn. Am 27. d. M. wird die unterirdische oder Tunnelbahn der Stadt New York eröffnet werden. Die Eisenbahnlinie geht von City Hall, vom Broadway nach Harlem, der äußersten Spitze der Manhattan-Insel, führt also über eine Entfernung von nahezu zehn englischen Meilen. Die Erbauer der unterirdischen Bahn hatten den New Yorkern versprochen, diese beträchtliche Entfernung in — 15 Minuten zu durchfahren. Dieser Tage sind nun mit einem sogenannten Uligang Probefahrten abgehalten worden, die das Resultat ergaben, daß man bei einer Fahrt nur 14 Minuten und bei der zweiten Fahrt sogar nur 10 Minuten und 45 Sekunden gebraucht.

Aus New York wird gemeldet: Der Selbstmord eines Deutschen namens Adam Engelhardt aus Landau (Bayeren) erregt wegen der Begleitumstände in deutschen Kreisen tiefes Mitleid. Engelhardt beging den Selbstmord am Freitagmorgen vor der Tür des Cafe Hochstein, weil Hochstein, ein alter Freund von ihm, in einer Geldangelegenheit sein Wort angezweifelt hatte. Engelhardt hatte zu dem Selbstmord das Eisenerz und die Kriegsgeldmünzen von 1871 sowie verschiedene andere Ehrenzeichen angelegt. Er hinterließ eine große Anzahl Briefe nach Weinsheim in Baden.

Antwerpen. Infolge dichten Nebels ist der gesamte Schiffsverkehr auf der Schelde lahmgelegt. Seit 48 Stunden sind Schiffe weder ein- noch ausgefahren, eine Tatsache, die seit Menschengedenken nicht zu verzeichnen gewesen ist.

Eisenbahnunglück in Frankreich. Letzte Nacht sind unweit Clouth (Bezirk Blois) zwei Zugentgleise, wodurch drei Personen getötet, drei schwer und mehrere leicht verletzt wurden. Es heißt, der Unfall sei böswillig herbeigeführt worden.

Marktpreise von Berlin am 20. Oktober. Nach Ermittlungen des Hof-Vollgeheimes. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen*, gute Sorte 17,65—17,63 M., mittel 17,61—17,59 M., geringe 17,57—17,55 M. Roggen**, gute Sorte 13,85—13,84 M., mittel 13,83—13,82 M., geringe 13,81—13,80 M. Ruttgergerle**, gute Sorte 15,50—14,40 M., mittel 14,30 bis 13,20 M., geringe 13,20—12,20 M. Hafer*, gute Sorte 16,40—15,60 M., mittel 15,50—14,70 M., geringe 14,60—13,90 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—30,00 M. Speltzbohnen, weiße 50,00—30,00 M. Bohnen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 9,00—7,00 M. Mätkersch 0,00—0,00 M. Heu 0,00—0,00 M. Für ein Kilogramm Butter 3,50—2,00 M. Eier per Schock 4,50—3,20 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 20. Oktober. Elbe bei Müllig — 0,42 Meter, bei Dresden — 1,76 Meter, bei Magdeburg + 0,62 Meter, — Unstrut bei Straußfurt + 0,75 Meter. — Oder bei Rathow + 1,50 Meter, bei Weislaue Ober-Pegel + 4,94 Meter, bei Weislaue Unter-Pegel — 1,20 Meter, bei Frankfurt + 0,57 Meter. — Elbe bei Havel bei Drahmeinde + 2,40 Meter. — Barthe bei Posen — 0,06 Meter. Reger bei Uq — Meter.

Witterungsübersicht vom 21. Oktober 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mittl.	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer-stand mittl.	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Sminende	767	SHW	heiter	10	Haparanda	769	R	2wolken	-1		
Damburg	768	SHW	Rebel	6	Petersburg	760	RWB	1halb bb.	2		
Berlin	767	RWB	1bedeckt	11	Tort	—	—	—	—		
Frankf. a.M.	767	RD	2wolken	10	Albedeen	780	S	2bedeckt	12		
München	768	RWB	2halb bb.	6	Paris	765	ESD	1bedeckt	11		
Wien	766	S	2bedeckt	11							

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 23. Oktober 1904. Etwas kühl, vorherrschend wolkig oder neblig mit leichten Regenschauern und schwachen nordöstlichen Winden.

Grösstes Putzgeschäft des Ostens.

6182*

Königsbergerstrasse No. 10. **N. Haase** Königsbergerstrasse No. 10.

Englische garnierte Hüte
von 95 Pf. an.

Damen-Hüte
schick garniert.
von Mk. 2.25 an bis Mk. 30.—

Kinder-Hüte
0,95, 1,25, 1,75 bis 10,00 Mk.

Trauer-Hüte
von 95 Pf. an.

Lieferant des Rabatt-Sparvereins „Osten“.

Deutsche Compagnie.

Dem verfeinerten Geschmack des großen Publikums Rechnung tragend, haben wir bei Verfertigung von Lagersachen mit dem Rahmen des Schnitte und Arbeit ausführen lassen.

Als Beweis unserer Leistungsfähigkeit offerieren wir als besonders billig:

Winter-Paletot „Treffer II“

aus dunkelgrau fein meliertem Marengo oder solide gestreift, mit gutem kariertem Plaidfutter, einreihig mit verdeckter Leiste, sämtliche Nähte zweimal gestoppt, Sammetkragen und Windlitze. Mk. 18.—

Winter-Paletot „Treffer I“

aus dunkelgrau Marengo-Cheviot, glatt, grau oder gestreift, auch aus seidenartigem, schwarzem Eskimo, einreihig, mit schwerem Plaidfutter, Sammetkragen, Windlitze und höchst elegant verarbeitet, vollständiger Maß-Ersatz. Mk. 28.—

Winter-Paletot „Komet“

aus fein meliertem, glatt oder gemustertem, höchst solidem Oberstoff, sehr luxuriös verarbeitet und ausgestattet, von Maß-Schneidern hergestellt, vollständiger Maß-Ersatz. Mk. 36.—

Auch für extra starke Personen Paletots „Treffer“ und „Komet“.

Winter-Joppen

aus Loden, Marengo oder Double, mit Plaid- oder Lammfell-Imitation gefüttert, von Mk. 5,75, 7.—, 10.—, 12.—, 15.—

Bestellungen nach Maß eines von uns billig erstandenen Postens moderner, sehr haltbarer Stoffe unter Garantie des Gutsitzens. Artikel 40: Anzug Mk. 34.—, 39.—, 44.—; Paletot Mk. 31.—, 34.—, 37.— Die Preise sind streng fest und auf jedem Gegenstand in Zahlen deutlich sichtbar.

Heitinger & Co
Oranien-Str. 40/41
Deutsche Compagnie

40
Oranienstr.
41

BERLIN SO.

Preisurant gratis und franko.

Wo? machen wir am Sonntag hin? Nach Pichelswerder zum alten Freund! Da ist man immer wie zu Hause.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. Laden.

Suchen erschienen: 233/16* Protokoll des Parteitagés zu Bremen. Mit Anhang: Bericht über die dritte Frauenkonferenz.

Aus dem Inhalt heben wir besonders hervor: Organisation, Kommunalpolitik, der Internationale Kongress zu Amsterdam.

Preis: 70 Pf.; gebd. 1 M. Weiter empfehlen wir die Protokolle der früheren Parteitage:

Galle. 1890. Neuorganisation; Programmrede Neidharts; Stellung zu Streik und Boykott; Auseinandersetzung mit den „Unabhängigen“. 50 Pf.

Erfurt. 1891. Festlegung des Programms; Programmtextuelle; Aufschluß der „Unabhängigen“; Taktik der Partei. 50 Pf.

Berlin. 1892. Staatssozialismus; Genossenschaftswesen; Boykott; Kontrollmarke. 50 Pf.

Röln. 1893. Gewerkschaftsbewegung; Antimilitarismus; Wahlrecht und Beteiligung an preussischen Landtagswahlen. 40 Pf.

Frankfurt. 1894. Budgetbewilligungsfrage in den Landtagen; Agrarfrage; Trübs, Ringe und Partelle. 25 Pf.

Breslau. 1895. Agrarprogramm; Handindustrie. 30 Pf.; gebd. 50 Pf.

Worps. 1896. Frauenagitation; Literaturdebatte. 30 Pf.

Hamburg. 1897. Preuss. Landtagswahlen; Militarismus. 35 Pf.; gebd. 60 Pf.

Stuttgart. 1898. Koalitionsrecht; Bergarbeiterstreik; Preuss. Landtagswahlen; Zoll- und Handelspolitik. 35 Pf.; gebd. 60 Pf.

Hannover. 1899. Bernheim-Debatte; Justizreformfrage; Militärfrage. 50 Pf.

Weins. 1900. Weltpolitik; Verkehrs- und Handelspolitik; Taktik bei den Landtagswahlen; Anhang: Bericht über die Frauenkonferenz. 50 Pf.

Dübel. 1901. Berggriffen.

München. 1902. Berggriffen.

Dresden. 1903. Taktik der Partei; Reichstagswahlen; Bismarckfrage; Die revisionistischen Bestrebungen. 75 Pf.; gebd. 1 M.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden.

Bestellungen n. Nach. tabell. Nach. Wertstatt im Hause.

J. Kurzberg, An der Jannowbrücke 1. 1. Bahnhof Jannowbrücke.

Dr. Simmel, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. Prinsenzstr. 41. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4.

Anerkannt sehr leistungsfähig ist die Stahlwarenfabrik und Versandhaus I. Ranges

Gebrüder Rauh & GRÆFRATH bei Solingen

Nachstehende Gegenstände versenden wir 30 Tage zur Probe Jedes Stück wird einzeln abgegeben und franko versandt.



Abbild. ca. 1/2 natürl. Grösse.

Nr. 1600. Hochfeine, kräftige Herren-Nickel-Uhrkette ganze Länge 27 cm, unter Garantie stets weissbleibend mit Glücksanhänger (Perlmutt mit Emaille-Kleeblatt), modernes Façon, zum Preise von nur Mk. 1.40 per Stück franko.

2 Buchstaben in das Perlmutt des Anhängers eingestochen kosten 10 Pfennig.

Neueit! Vixier-Börse „Fortuna“



Abbild. ca. 1/2 natürl. Grösse. Prima Saffian Vexier-Börse

Vollständige Rasier-Einrichtung



in feinem Etui praktisch zusammengestellt. Rasier-Garnitur No. 1600, bestehend aus einem hochfeinen Rasiermesser No. 300, 5 Jahre Garantie, für jeden Bart passend, aus prima englischem Silberstahl geschmiedet, fein hohl geschliffen u. gebrauchsfertig abgezogen, Streichriemen mit Pasta, Rasierpinsel, Rasiernapf u. Rasierseife, alles kompl. in hübschem Etui mit Klappdeckel, Gr. 16x18 cm 3 Mk zum Preise von nur 3 franko No. 1501. Dieselbe Garnitur, aber Rasiermesser mit Schutzvorrichtung für Ungeübte (Ver-375 Mk. letzung unmögl.) nur 3 franko

Versand unter Nachnahme oder gegen Vorauszahlung des Betrages.

Garantieschein: Nichtgefallende Waren tauschen wir bereitwilligst um oder zahlen Betrag zurück.

Umsonst und portofrei ohne Kaufzwang versenden wir auf Wunsch an jeden mann unseren neuesten Pracht-Katalog über 400 Gegenstände illustrierten. Alle Arten Solinger Stahlwaren, Haus- und Küchengeräte, Werkzeuge, Luxusartikel, Waffen, optische Waren, Bijouterie, Gold- und Silberwaren, Uhren, Lederwaren, Pfeifen, Cigarren, Stöcke, Schirme, Musikinstrumente, Kinderspielwaren u. viele andre Artikel in grösster Auswahl.

Bei grösseren Sammel-Aufträgen Extra-Vergünstigungen.

Wir bemerken noch, dass nur elegante, gediegene und preiswürdige Ware zum Versand kommt.



Der „Danniger Bowko“ ist ein Likör, Der stärkt den Magen und schmeckt nach mehr, Drum geh' in keinem deutschen Haus Der „Danniger Bowko“ jemals aus.

*) Orig. Danniger Likör, Fl. M. 1,50.

Hüte in allen Preislagen. R. Weidner, Hutmacher, Dresdenerstr. 100, an der Prinzessstr. 61/11.



Dieser schwarze steife Hut mit Futter kostet 2 Mark.

Dieser weiche Herrenhut kostet mit Satinfutter 1,75 Mark, mit Atlasfutter 2.—, kleinere Form 1,50

Colliers von den billigsten bis zu den feinsten Pelzarten

Neueit! Die modernen Beulenbüte führe zu M. 2.— bis 5,50 Grösste Auswahl in Herren-, Knaben- und Mädchen-Mützen

Oscar Arnold Grösstes Special-Geschäft Engros für Hüte, Mützen und Pelzwaren Export nur Dresdenerstr. 116 Einzelverkauf zu orstauend billigen Preisen und aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl in allen Preislagen.

Herren- und Knaben-Garderobe

Prachtvolle Qualität * Beste Verarbeitung Vornehme Ausstattung * Tadelloser Sitz * * * Ausgezeichnete Haltbarkeit * * *

Vollständiger Ersatz für Maarbeit.

- | | |
|---|---|
| Winter-Paletots
18, 20, 25, 30 bis 75 Mark. | Rock-Anzüge
27, 33, 38 bis 53 Mark. |
| Havelocks
8,50, 12, 15 bis 35 Mark. | Gehrock-Anzüge
30, 36, 42 bis 66 Mark. |
| Pelerinen-Mäntel
25, 30 und 40 Mark. | Frack-Anzüge
54, 60 und 66 Mark. |
| Kaiser-Mäntel
20, 25 und 30 Mark. | Knaben-Anzüge
je nach Grösse von 3 M. an. |
| Wetter-Pelerinen
10,50, 12 und 13,50 Mark. | Burschen-Anzüge
von 11 bis 31 Mark. |
| Winter-Joppen
6,50, 7,50, 9, 10,50, 12—25 M. | Knaben-Paletots
je nach Grösse von 5 M. an. |
| Beinkleider
3,50, 4,50, 5, 6, 7 bis 15 Mark. | Burschen-Paletots
von 16 bis 31 Mark. |
| Jackett-Anzüge
15, 17,50, 20, 25, 30 bis 50 M. | Knaben- u. Burschen-Joppen
von 4,50 bis 12 Mark. |

Große Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.

Grosses Stofflager.

Hochelegante Anfertigung nach Mass.

Die Preise sind billig, streng fest und geschlicht der Verkauf nur gegen bar.

Carl Stier

Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe
Oranienstr. 166 Berlin Potsdamerstr. 113 a
Potsdam, Nauenerstr. 23. 792L

Theater.

Schiller-Theater. „Die Jüdin von Toledo“. Historisches Schauspiel in fünf Aufzügen von Grillparzer. — Im Deutschen Theater hat einst König den jungen König, Frau Sorana die Rachel der „Jüdin von Toledo“ gespielt. Der ganz eigenartige, persönliche Reiz ihrer Darstellung verhalf dem Drama hier in Berlin zu dem Theatererfolge, wie er unergiebiglich größeren Werken des dichters, der muthigen, erhabenen Tragik seiner „Rebecca“ nicht zuill geworden ist. Selbst so trefflichen Schauspieler wie Wassermann und Irene Triesch gelang es nicht, in späteren Aufführungen den außer zu erneuern. Dem Flug gefügten Stücke gebracht es an alle schöpferischer Phantasie, die Durchsichtigkeit der Handlung erzeugt aus programmatisch Abfälligkeit, und auch die Charakteristik ist allzu deutlich daran denken, daß sie dieses und jenes zeigen o. l. Nämlich fühlen Sinnes folgten die Zuschauer im Schillertheater den Liebesaffären Alfonso. Erst nach den letzten Akten ang der Weisheit wärmer.

Die „Jüdin“ Franziska Schumanns hob sich im Verlauf der vorstellung beträchtlich. Das Laute, Aufdringliche, Affektierthe, das dem ersten Akt gestört hatte, trat zurück. In der wilden unmissigen Liebeswerbung, dem kindlich-eitlen Trog, dem Kumphe ihrer maßlos herrschsüchtigen Koletterre lag eidenhaft und Kasse. Alle Torheit, alle Widersprüche sinnlicher beschränkter Weiblichkeit hat Grillparzer in die Figur gelegt, der das Geheimnis von Staßels Siegen sollte doch nicht eben diese erwerflich, sondern der strahlend darüber hingebreitete Schimmer zu Anmut sein. Diese verklärte Hülle, durch die sich die Gestalt direkt von der Alltäglichkeit, dies Letzte, das allein an die ringende Gewalt der „Jüdin“ und glauben machen kann, — das Alle dem Spiel. In eigener Weise die Rolle seinen Mitteln spassend, gab Erich Ziepel den jungen König — laß, verstehen mit weicher Stimme, ein wenig Inhaberslust und in unrichtlicher Haltung. Erst überraschte das eufere der Erscheinung und der lässig-leichte Ton der edel; aber man gewöhnte sich bald, denn höchst interessant und aturalistisch nuanciert war alles Einzelne auf einen einseitigen on gestimmt. Vorzüglich gelang das Erwachen aus der Liebes- thargie, das wechselnde Hin und Her der Stimmungen in dem esprache mit der Königin, der Ausbruch wilden Rachebranges, die großen Worte der Empörung wider die Mörder Staßels, die lätigen der Erde, die achlos die niedrig Geborenen zertröten, nach Alwine Wiede mit seltener Kraft. Bei offener Szene nach der Applaus hervor. —

Versammlungen.

Zentralverband der Stuckateure. Die am Montag, den 7. d. Mo., bei Franke, Sebastianstr. 39, tagende Generalversammlung beschäftigte sich zunächst mit dem Kassendbericht für das dritte Quartal, nach welchem die Einnahme der Hauptkasse 4130,53 M. betrug, wovon 388,79 M. am Orte verausgabt, 4011,74 M. an die Hauptkasse in Hamburg abgeführt wurden. Bei der Bilanzabgabe wurden einschließlich eines Bestandes von 6898,10 M. 11 978,14 M. erübrigt, 2820,02 M. verausgabt, so daß ein Bestand von 165,12 M. verbleibt. — Hierauf referierte Kleinert über Handwerkerkammern und Lehrlingsprüfung. Durch die Gewerbe-Ordnung von 1869 sei den Zünften und Innungen der letzte Rest ihrer überlieferten Privilegien genommen worden. Erst in den achtziger Jahren, als Konserervative und Zentrum in Mittelstandsvertretung traten, habe man die Innungen zu neuem Leben zu erwecken erucht und sie mit einer Reihe von Vorrechten ausgestattet, so z. B. auch Gewerbetreibende, die der Innung nicht beitreten wollen, zu den Kosten der Innungseinrichtungen herangezogen werden können. Die Ordnung des Gewerbes seien die Handwerkskammern. Welcher Geist in diesen herrsche, könne man daraus ersehen, daß der bekannte Baumeister Felsch und der Tischlermeister und Reichstags-Abgeordneter Pauli aus Potsdam das tolle Wort darin führten. Von den Unternehmern der Stuckateurekammer seien bei der Handwerkskammer 300 Lehrlinge als bei ihnen beschäftigt gemeldet. Der Referent, der dem Gesellenauschuss der Handwerkskammer angehört, berichtet über die im allgemeinen sehr schlechten Ergebnisse der Lehrlingsprüfungen im Stuckateurgerwerbe und beantragt eine Resolution, wonach die Lehrzeit vier Jahre betragen und der Lehrherr verpflichtet sein soll, den Lehrling der leiche nach in bestimmten Arbeiten unterweisen zu lassen. In der Diskussion wendet sich Krebs gegen die Festsetzung der vierjährigen Lehrzeit; drei Jahre seien genügend, das vierte Weisheit ist nur ein Jahr längere Ausbeutung des Lehrlings. Wilhelm Schulz glaubt, daß mehr als 300 Lehrlinge im Berliner Stuckateurgerwerbe tätig sind und schlägt vor, die Lehrlingszählerei durch einzudämmen, daß man im Vorfeld ein bestimmtes Verhältnis zwischen der Zahl der bei dem einzelnen Unternehmer beschäftigten Schülern und Lehrlinge festsetzt. An der Debatte beteiligten sich auch Bleibum, Röhr, Sched, Remschli, Reithold und andere. In seinem Schlusswort erklärt der Referent auf Anfrage, daß der Lehrling nicht gezwungen werden könne, sich einer Prüfung zu unterziehen. Die Resolution wurde zurückgezogen. — Unter Gewerkschaftlichem wurde die Fenster- und Kofsbordfrage behandelt. Wie Krebs mitteilte, ist unter den beteiligten Verufen keine Einigung in betreff eines gemeinsamen Vorgehens erzielt worden. Man müsse daher in der Fensterfrage an Fall zu Fall vorgehen und sich eventuell anderen Gewerben anschließen, wobei besonders die Töpfer in Frage kämen. An der Diskussion beteiligten sich Gärner, Remschli, Jäncke, Reichbrodt, Weger und andere, die sich mit den Ausführungen des Vorsitzenden einverstanden erklärten und vor allem die Bedeutung der Kofsbordfrage hervorhoben. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Generalversammlung verpflichtet den Kollegen wie alljährlich, überall die Forderung zu stellen, daß die Baupolizei-Bestimmung vom 1. Oktober 1901 eingehalten wird, indem vom 1. November bis 1. April jeden Jahres ie Bauten zugänglich sein müssen und daß keine offenen Kofsbauer in Räumen zu dulden sind, in denen gearbeitet wird. Des weiteren ist die Lichtarbeit auf Bauten unter allen Umständen zu meiden, d. h. die Arbeitszeit ist der Tageszeit ent-

sprechend zu verkürzen, und zwar so, daß mindestens je zwei Pausen a 1/2 Stunde zu machen sind. Die heutige Generalversammlung beschließt, daß die Arbeitszeit folgendermaßen als geregelt gilt: Vom 16. Februar bis 15. Oktober Normalzeit laut Tarif; vom 16. Oktober bis 15. November und vom 16. Januar bis 15. Februar von früh 7 1/2 bis abends 4 1/2 Uhr, einschließlich einer Frühstückspause von 9—9 1/2 und einer Mittagspause von 12—12 1/2 Uhr, Arbeitszeit 8 Stunden; vom 16. November bis 15. Januar von früh 8 bis abends 4 Uhr mit denselben Pausen, Arbeitszeit 7 Stunden.“ — Zum Schluss gab der Vorsitzende das Resultat der Gewerbeberichtsabwahl bekannt und wies auf die Kurze der freien Hochschule und den am 6. November stattfindenden Kunstabend hin.

Die Arbeiter-Bildungsschule hielt ihre ordentliche Generalversammlung am 7. d. M. im Gewerkschaftshause ab. Der kurze, vom 1. Vorsitzenden gegebene Vorstandsbericht besagt das folgende: Im vergangenen Quartal gehörten der Schule 288 Mitglieder (39 Damen und 229 Herren) an. Nach den statistischen Angaben waren organisiert nur politisch 6, nur gewerkschaftlich 73, politisch und gewerkschaftlich 109 Mitglieder. Der Vorstand macht der Generalversammlung den Vorschlag, an den Fortschrittskursen für Redeprüfung und Nationalökonomie bis 30 Mitglieder teilnehmen zu lassen. Die Teilnehmer sollen politisch und gewerkschaftlich organisiert sein und mindestens einen anderen Kursus an der Schule belegt haben. Nach dem vom 2. Kassierer Genossen P. Eisner gegebenen Kassendbericht betrug im Berichtsdrittjahr die Gesamteinnahme 213,50 M., die Gesamtausgabe 405,17 M., sodas am 1. Oktober ein Bestand von 2568,82 M. zu verzeichnen war. Dem vom Gen. Busemann gegebenen Bibliotheksbericht ist zu entnehmen, daß aus der an 22 Abenden geöffneten Bibliothek 328 Bände an 20 Damen und 84 Herren verliehen wurden. In der Diskussion über den Vorstandsbericht wird nach längerer Debatte der Vorschlag des Vorstandes betreffs Fortschrittskurse nur für Nationalökonomie akzeptiert. Für Redeprüfung soll die alte Norm bestehen, so daß also wie bisher nur 20 Teilnehmer zugelassen werden. Der Unterricht erstreckt sich auf 20 Tage, das Schulgeld beträgt 2 M. Von Dittmer wird ausgeführt, der Vorstand solle dem in der „Neuen Zeit“ diskutierten Projekt der „Mühleschen Unterrichtsreihe“ seine Aufmerksamkeit zuwenden. Die Schule wäre der geeignete Ort, ein derartiges Projekt zur Durchführung zu bringen. Die weitere Diskussion wird durch einen Schlußantrag verhindert, um genügend Zeit für den 2. Punkt der Tagesordnung zu haben. — Dr. Steiner erklärt am Beginn seines Vortrages über „Geschichtsauffassung“, mit demselben nun endlich Klarheit zwischen sich und seinen Kritikern in der Schule schaffen zu wollen. Seine Anschauungen seien noch die gleichen als vor 5 Jahren, da man ihn an die Schule holte. Damals schon hätte man seinen Standpunkt gegenüber dem historischen Materialismus geklärt. Wenn man jetzt mit Angriffen gegen ihn komme, so sei das jedenfalls wegen seiner teosophischen Tätigkeit in letzter Zeit. In seinem Vortrage bestritt der Vortragende die Gültigkeit des historischen Materialismus in bezug auf eine umfassende Weltanschauung. In der sehr umfangreichen Diskussion sprachen sich Weidner und Grünwald sehr scharf gegen Dr. Steiner aus, gleichzeitig die Ansicht vertretend, daß ein Lehrer mit solchen Anschauungen schon von sich selbst aus nicht länger Lehrer in der Schule sein könnte. Alle übrigen Redner erklärten, sich zwar gleichfalls nicht mit den Anschauungen des Dr. Steiner befreunden zu können, doch läge kein Anlaß vor, die Tätigkeit des Dr. Steiner an der Schule einzustellen. Es habe an der Schule immer eine gewisse Lehrfreiheit geherrscht und die Mitglieder hätten dadurch nicht Schaden gelitten. Zum Schluss wird folgende Resolution Dittmer mit allen gegen 7 Stimmen angenommen:

Die Generalversammlung der Arbeiter-Bildungsschule kann sich zwar mit der Auffassung des Herrn Dr. Steiner über den historischen Materialismus nicht einverstanden erklären, gibt aber ihrer Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß er nach wie vor das Vertrauen der Schüler besitzt und in den Augen der Schule weiter als Lehrer fungieren kann.“

Zum 2. Schriftführer wird H. Boldt gewählt, als Hilfsbibliothekar Buchmann und als Revisoren Wilhelm Kriegel und Wötcher. Nach Wahl einer aus 10 Personen bestehenden Ordnungskommission wird die Versammlung vertagt.

Genosse Wilhelm Ritsche erwidert uns um Aufnahme folgender Verächtigung: Der Versammlungsbericht des Wahlvereins Offen läßt mich sagen: Uebrigens sei es ein Unglück, wenn das Proletariat jetzt plötzlich die Macht in die Hände bekäme; bei dem Mangel an Schulung der Massen sei es ausgeschlossen, daß die Macht in der richtigen Weise benutzt werde.

Genosse Friedberg sagte in seinem Vortrag: Ein Staat sei nur unter der heutigen Gesellschaftsform nötig, wenn das Proletariat die Macht hat, sei eine Staatsgewalt überflüssig.

Daraufhin erklärte ich: Wenn die Möglichkeit eintrete, daß wir nach der Friedberg'schen Idee plötzlich durch einen Generalstreik zur Macht gelangen würden, wäre es nicht möglich, mit der so mangelhaft geschult und gebildeten Volksmasse ohne jede Gefährdung auszukommen. Das Ziel der wahren persönlichen Freiheit kann erst durch ein freieres Staatswesen erreicht werden.

Rixdorf. Der sozialdemokratische Wahlverein hielt am 18. d. M. seine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des im letzten Quartal verstorbenen Gen. Rixmann sowie des so unerwartet aus dem Leben geschiedenen Reichstagsabgeordneten A. L. Schmidt durch Erheben von den Plätzen.

Genosse Jäger ergriffte zunächst den Vorstandsbericht. Danach haben im Laufe des Jahres stattgefunden 4 Generalversammlungen, 9 Mitgliederversammlungen, wovon 1 der politischen Auflösung vertiel, 18 öffentliche Versammlungen und 50 Vorstandssitzungen. Agitationstouren fanden 2 statt, Flugblattverbreitungen am Ort 8. Ferner hatten die Genossen des 7. und 10. Bezirks Gelegenheit, eine regere Agitation anlässlich der Stadtverordnetenwahl zu entfalten. Die Wahlen endeten mit dem Siege der Genossen Ritsche und Spreer. Die Zahl der Vorwärtsleser in der Parteipublikation beträgt 4800 gegen 3950 im Vorjahre. Der „Jahob“ wird in 800 Exemplaren abgesetzt, die „Neue Zeit“ zählt 20 Abonnenten, die „Gleichheit“ 22. „In freien Stunden“ und „Klassenherrschaft“ wird von 280 bzw. 230 Lesern abonniert. Ueber den Mitgliederbestand berichtet Hoffmann, daß die

Zahl am Schluß vorigen Jahres 2775 betrug. Neu aufgenommen wurden 1289, abgemeldet wurden, weil ausgeschlossen wegen Verstoß gegen § 8 des Statuts 30 Mitglieder, darunter 26 wegen Nichtbeteiligung an der Landtagswahl; durch Tod schieden 12 Genossen aus; Verzug nach anderen Orten war bei 117 Genossen Grund des Ausscheidens. Die Zahl derjenigen, welche wegen Nichtersens der Beiträge gestrichen werden mußten, betrug 279. Insgesamt schieden aus 438, so daß die Zahl der Mitglieder gegenwärtig 3626 beträgt. Diefelben gehören folgenden Verufen an: Arbeiter 484, Aufschlager 5, Aufsteiger 2, Arzt, Apotheker, Affekuranzinspektor, Adhphateur je 1, Barbier 43, Bauarbeiter 44, Buchdrucker 36, Buchbinder 34, Bildhauer 23, Bäcker 12, Brauer 9, Wötcher 8, Buchdruckerhilfsarbeiter 6, Bierfahrer 4, Bädermeister 4, Bürstenmacher und Bierabzieher je 3, Buchhalter 3, Brauereiarbeiter, Bureauhilfsarbeiter je 2, Buchdruckerhilfsarbeiter, Votz, Vohrer, Maschinenmacher, Drehtertreger, Weizer, Buchhandlungsgeselle, Bauaufseher, Brunnbauer, Bronzierer, Blumenanschläger, Bügler, Butterhändler je 1, Eiselseure 7, Chemigraph 1, Dreher 37, Drüder 22, Dachbeder 18, Drechsler 17, Drochsenkutscher 6, Drochsenbesitzer 2, Drahtzieher 2, Drechslermeister, Dekateure, Drahtweber, Drochse je 1, Eigentümer 4, Esfigbrenner, Expedient je 1, Formner 46, Formsteder 3, Fuhrerren 3, Fensterputzer 2, Fabrikanten, Färber, Fraisenmeister, Flaschenellerarbeiter, Gahrstuhlführer je 1, Gärter 76, Graveure 10, Glaser 6, Gärtner 4, Gummiarbeiter 4, Goldarbeiter 3, Gießer 3, Glasarbeiter 3, Gasarbeiter, Grünkammhändler je 1, Hausdiener 17, Sändler 10, Holzarbeiter 15, Handlungsgehülfen 4, Handelshilfsarbeiter 2, Heizer 2, Keller 1, Instrumentenmacher 4, Jalousiearbeiter 1, Klempner 46, Koffenbeamte 20, Kutscher 15, Kaufleute 10, Kellner 8, Kerzmacher 6, Mablearbeiter 7, Riffenmacher 5, Kupfer- schmiede 3, Kohlenhändler 3, Korbmacher 2, Kassierer 2, Kürschner, Kurbestifter, Konditoren je 1, Lackierer 18, Lederarbeiter 20, Lagerhalter 4, Lohgerber 3, Lithographen 3, Linoleumdrucker 2, Maurer 280, Maler 69, Metallarbeiter 63, Möbelpolierer 40, Mechaniker 19, Maschinenarbeiter 13, Monteure 5, Milchhändler 4, Musiker 4, Mauerpolierer 3, Maschinenhilfsarbeiter 5, Müller 2, Marmorarbeiter 3, Mollereibesitzer 1, Musikdirigent 1, Kabler 2, Putzer 8, Pofamentiere, Bader je 6, Presser 5, Parkwächter, Photo-graph, Perfmutterarbeiter, Porzellanarbeiter, Papierarbeiter je 1, Rohleger 25, Rammer, Reijender, Registrator je 1, Schlosser 138, Schanzwirte 134, Schleißer 43, Schriftföher 83, Schneider 24, Stuckateure 28, Schmiede 21, Schraubendreher, Steinbreder je 18, Steinseher 15, Sattler 14, Schuhmacher 13, Steinbehen 16, Stellmacher 10, Schriftföher 7, Schuhmachermeister 7, Schlächtermeister 4, Steinschleifer 4, Schlächter, Silberarbeiter, Stereotypseure, Seifenföher und Sodarbeiter je 3, Schneidermeister 2, Schnittarbeiter 2, Säniger 1, Steinbrudrucker, Spanner, Tecmann, Strumpfwirker, Stempelschneider je 1, Tischler 312, Töpfer und Ofen-seher 83, Tapezierer 21, Tischner 4, Tanzlehrer 1, Töföermeister 1, Uhrmacher 7, Vergolter 27, Versicherungsbeamte 3, Weber 8, Webermeister 1, Werkzeugmacher, Werkmeister, Weijgerber, Wäcker je 1, Zimmerer 66, Zigarrenmacher 20, Zigarrenhändler 15, Zigarrenfabrikanten 4, Zinsföher 11, Zeitungspediteure 2, Zuzrichter 1, Zuschneider 1, Zinlfayer 1, Zinggießer 1, ohne Angabe von Beruf 41.

Den Kassendbericht erstattete Stieger. Die Gesamteinnahme betrug 5697,04 M., darunter 587,60 M. für Bona, auf Listen zum Parteitag 692,30 M. Mitgliederbeiträge 2055,00 M. Ueberdies vom Sommerfest 85,60 M. Die Ausgabe am Ort betrug 906,40 M. An die Zentralkasse sind abgeführt 3708,02 M., so daß ein Bestand am Ort von 992,02 M. verbleibt. Aus dem Bericht des Bibliothekars Thomas ging hervor, daß die Bibliothek, welche im letzten Quartal wieder um 68 Bände vermehrt wurde, zurzeit 630 Bände umfaßt. Ausgeliehen wurden im viertel Quartal 329 Bände. Auf Antrag Heinrichs bewilligte die Versammlung wiederum 150 M. zum weiteren Ausbau der Bibliothek. Eine Diskussion über den Bericht des Vorstandes fand nicht statt. Die Neuwahl des Gesamtvorstandes ergab die vollständige Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder, und zwar als 1. Vors. Wilhelm Jäger, 2. Vors. Karl Röhr, Kassierer P. Stieger, Schriftföher P. Hoffmann, Weizer W. Wildgrube, als Revisoren fungieren wiederum Heinrichs, Hoffmann und Gemeneder, Bibliothekar bleibt Thomas. Der Lokalkommission gehören wie bisher an Reichsod, Voges und Schröder.

Ueber den Punkt: „Wie stellen sich die Genossen zur Beschaffung eines Volkshauses“ referierte Buchti. Den Parteigenossen ist unter günstigen Bedingungen die Beschaffung eines Volkshauses angeboten worden. Der Vorstand ist mit einigen anderen Parteigenossen dieser Frage näher getreten, um die event. Bedingungen zu prüfen. Eine Kommission von 5 Personen, welche mit der Prüfung dieser Frage betraut worden war, empfahl nun der Generalversammlung, der Erwerbung zuzustimmen, da die Umstände und Bedingungen für die Parteigenossen nur günstige seien. In der Diskussion sprachen Hoffmeister, Bagels und Ebel gegen das Projekt, indem sie die Bedürfnisfrage bezeichnen und die Rentabilität des Berliner Gewerkschaftshauses sowie des Charlottenburger Volkshauses nicht allzu glänzend sei. Die Genossen Jäger, Hoffmann und Rambow sprachen für den Vorschlag der Kommission, indem sie betonten, daß es für später doch einmal notwendig sein werde, sich mit dieser Frage zu beschäftigen, eine gleich günstige Gelegenheit sich jedoch nie wieder bieten würde. Die Abstimmung ergab die Ablehnung des Antrages der Kommission. Als Delegierte der Kreis-Generalversammlung wurden noch gewählt Jäger, Buchti und Engel. — Neu aufgenommen wurden 121 Mitglieder.

Essentielle Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinenstr. 26. Geöffnet werktäglich von 5 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zur Zeit 315 Zeitungen und Zeitfchriften jeder Art und Richtung aus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 23. Oktober, vorm. 8 1/2 Uhr, im Bürger-Saale des Rathauses, Königl. 15—18: Versammlung. „Freireligiöse Vorlesung“. Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Past. Da Altmann: „Die christlich-europäischen Kulturträger bei den farbigen Völkern“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Zentral-Verband der Konditoren. Sonntag, den 23. Oktober, abends 6 Uhr, Kommandantenstraße 20 (Arminshallen): Versammlung. Tagesordnung: Antere Lohnbewegung in Herford usw. Referent: Zentralvorsitzender Karl Bül-Hamburg. — Nachdem gemüthliches Beisammensein mit Tanz. Zahlreichem Besuch steht entgegen die Lokalerwaltung.

Advertisement for S. Joseph Herren-Moden. The ad features a large central logo for 'S. Joseph' and 'Herren-Moden'. Below the logo, it lists '1. Hauptstraße 1. Schöneberg' and 'Ecke Grunewaldstraße'. Two main items are advertised: 'Winter-Joppen' (warm gefüttert) with prices 7.50, 10.50, and 13.50 Mark; and 'Winter-Paletots' (mit prima Plaidfutter) with prices 19.00, 24.00, and 29.50 Mark. The ad is framed by 'Extra-Preise: Sonnabend Sonntag Montag' on both sides and 'So lange der Vorrat reicht!' at the top and bottom corners.

